Nr. 108 ✦ 44. Jahrg.

Ausgabe A Nr. 55

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Sonnabend, den 5. März 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Neuer Justizminister in Preußen.

Abschied Am Zehnhoffs. – Kammergerichtsrat Dr. Schmidt-Lichtenberg zum Nachfolger ernannt.

Der preußische Justizminister Dr. Hugo Am Zehnhoff hat gestern abend 6 Uhr sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Zu seinem Nachfolger wurde Kammergerichtsrat Dr. Hermann Schmidt-Lichtenberg ernannt.

•

Der scheidende Justizminister Dr. am Zehnhoff steht im 73. Lebensjahr. Er begibt sich in den wohlverdienten Ruhestand nach seiner rheinischen Heimat. Am Zehnhoff gehört zur alten Generation der Zentrumspolitiker. Im Jahre 1898 trat er zum ersten Male in das preußische Abgeordnetenhaus ein.

Der neue Justizminister — ebenfalls Abgeordneter des Zentrums im Preußischen Landtag — gehört zur jüngeren Generation der Zentrumspolitiker. Er steht im 46. Lebensjahr. Im Jahre 1913 trat er als Amtsrichter in Berlin-Lichtenberg in den preußischen Justizdienst ein. Im Jahre 1920 wurde er zum Kammergerichtsrat ernannt.

Dr. Schmidt findet im preußischen Justizministerium eine Fülle von verantwortungsvollen Aufgaben vor. Zu ihrer Lösung bedarf es eines ganzen Mannes voll Energie, Entschlußkraft und Tätigkeitsdrang. Wohl ist — gemessen am Durchschnitt — die preußische Justiz vernünftiger geworden, aber eine unendliche Fülle von Arbeit ist zu leisten, **und entschiedener Reformwille muß sich durchsetzen, wenn der Vertrauenskrise der Justiz von Preußen aus entgegengewirkt werden soll.**

Ein Schreiben des Ministerpräsidenten.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat an den Justizminister Dr. Am Zehnhoff das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Staatsminister! Mit lebhaftestem Bedauern hat das Staatsministerium die Mitteilung entgegengenommen, daß Sie aus Ihrem Amte scheiden wollen. In einer Zeit, die immer zu den schwersten in der deutschen Geschichte rechnen wird, und in der sich oft Entscheidungen wichtigster Art überstürzten, haben Sie mehr als acht Jahre an der Spitze eines Ministeriums gestanden, dessen Arbeitsgebiet für die Ueberleitung des Staates in die neuen Verhältnisse von ganz besonderer Bedeutung war. Mit vorbildlicher Kollegialität und unbeugsamer Festigkeit haben Sie bei den Entschließungen des Staatsministeriums stets den Standpunkt des Rechtes vertreten. Aber Sie haben in Ihrer Amtsführung auch verstanden, mit der Wahrung des Rechtes Humanität und verständnisvolle Rücksichtnahme auf die Schwächen der menschlichen Natur zu vereinigen und insbesondere beim Strafvollzug zur Geltung zu bringen. Dem Danke der Bevölkerung Preußens, die Ihren Namen stets in Ehren nennen wird, schließt sich das Staatsministerium mit wärmsten Herzen an und wünscht Ihnen, hochverehrter Herr Staatsminister, noch einen ruhigen und glücklichen Lebensabend in Ihrer rheinischen Heimat."

Die sozialdemokratische Fraktion an Zehnhoff.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat an den scheidenden Justizminister Dr. Am Zehnhoff folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Minister! In dem Augenblick, in dem Sie das Justizministerium verlassen, das Sie durch volle acht Jahre mit soviel Klugheit und Erfolg geleitet haben, ist es uns ein Bedürfnis, Ihnen unsere Dankbarkeit und unsere besten Wünsche auszusprechen. Mitten in den Stürmen der Revolution in Ihr hohes Amt berufen, haben Sie in stiller, aber zielklarer Arbeit das preußische Justizministerium zu einer Behörde von vorbildlicher Arbeitsleistung und edler Humanität gestaltet. Sie selbst haben mit umfassendem Geist und vornehmer Menschlichkeit auch die politisch anders Denkenden entzückt, die die Ehre hatten, Sie näher kennen zu lernen.

Wir hoffen, daß die von Ihnen gepflanzte Tradition der Milde und des Verstehens auch nach Ihrem Ausscheiden aus dem Amt im preußischen Justizministerium fortleben wird. Ihr Wirken werden wir in liebevoller und dankbarer Erinnerung bewahren und wünschen Ihnen auch fern von den Amtsgeschäften noch viele geistesfrische Jahre eines Sie befriedigenden Wirkens."

Die mobilisierte Nation.

Französische Kammerdebatte über die Kriegsorganisation.

Paris, 4. März. (WTB.) Die Kammer hat heute vormittag die Einzelberatung des Gesetzentwurfes betreffend die Organisierung der Nation für die Kriegszeit fortgesetzt.

Kriegsminister Painlevé

führte u. a. aus, er sei durch die neue Organisation der nationalen Verteidigung, die bereits für die Friedenszeit vorgesehen sei, um in Kriegszeiten zu funktionieren, vollkommen beruhigt. Am Anfang des Weltkriegs habe man, nachdem sich die Auffassung, daß es sich um einen Krieg von kurzer Dauer handele, als falsch herausgestellt habe, mit Schrecken bemerkt, daß die Munitionsvorräte ausgingen und es an Explosivstoffen fehlte. Frankreich habe damals seine Heeresindustrie erst ausbauen müssen, und dies habe nur unter starken Verlusten und unter großer Vergeudung von Geld geschehen können, wobei sich gewisse Leute bereichert hätten.

Der Völkerbund könne nur mit Vorsicht, mit Geduld und kühler Ueberlegung vorgehen. Sein Ansehen wachse. Die schlimmste Schwäche des Völkerbundes wäre es, wenn Frankreich schwach wäre.

Der Gesetzentwurf, weit davon entfernt, eine Kundgebung des Militarismus zu sein, bezeuge lediglich den

Friedenswillen Frankreichs

und seine Entschließung, seine Unabhängigkeit bis zum Tode zu verteidigen, wenn gegen alle Erwartungen Frankreich angegriffen werden sollte.

Abg. **Chaumié** (radikal) fragte, ob Artikel 1 nicht stillschweigend und ohne Gegenseitigkeit den Verzicht Frankreichs auf die Haager und Londoner Abmachungen über den Schutz der Nichtkämpfer in sich schließe, denn die Frau sei bis jetzt als Nichtkämpferin angesehen worden.

Berichterstatter Paul-Boncour (Soz.)

erwiderte, der Heeresausschuß könne hierauf nicht mit einem glatten Ja oder einem glatten Nein antworten. Die Haager und Londoner Abmachungen würden zweifellos auf Grund der Erfahrungen des letzten Krieges Abänderungen erfahren. Der letzte Krieg habe gezeigt, daß die alte Unterscheidung der Begriffe „offene Stadt" und „befestigte Stadt" die Beschießung „offener" Städte nicht verhindert habe.

Hierauf wandte Chaumié ein, daß Artikel 1 vielleicht feindliche Deportierung von Frauen und Kindern oder Torpedierung unbewaffneter Schiffe rechtfertigen würde.

Abg. **Duval-Arnould** (republ.-dem.) forderte den Berichterstatter auf, zu bestätigen, daß das Völkerrecht hinsichtlich der

Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten (wobei zu den letzteren Frauen und Kinder zählen) **keine Aenderung erfahre.**

Kriegsminister **Painlevé** erklärte, es werde möglich sein, im Artikel 6 des Entwurfs zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu unterscheiden, um diesen Einwendungen Rechnung zu tragen.

Abg. **Loucheur** bat den Heeresausschuß, über die Einwendungen Chaumiés reiflich nachzudenken. Wenn Frankreich wie 1914 unglücklicherweise einem Einfall ausgesetzt sein würde, dürften die Feinde Frankreichs nicht dieses Gesetz zum Vorwand nehmen, um Deportierungen von Frauen vorzunehmen.

Ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Artikels 1 wurde mit 500 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Abg. **Lafont** (unabh. Komm.) verlangte die Streichung der Worte „ohne Unterschied des Alters und Geschlechts" in Artikel 1 und begründete diesen Antrag. Frankreich sei **die erste Nation, die proklamiere, daß jedermann an der Front stehe.**

Abg. Paul-Boncour

bekämpft den Antrag Lafont. Was die Einwendung Chaumiés anbetreffe, so werde das Völkerrecht nicht durch ein Gesetz betreffend die zivile Mobilisierung abgeändert. Um jedoch den Einwendungen Rechnung zu tragen, nehme der Heeresausschuß einen Zusatz an, den Artikel 1 wie folgt zu fassen: „In Kriegszeiten sind sämtliche Franzosen und französische Staatsangehörige ohne Unterschied des Alters und Geschlechts sowie sämtliche legal gebildete Vereinigungen gehalten, unter den im Artikel 5 bis 16 festgesetzten Bedingungen des vorliegenden Gesetzes entweder als Kombattanten an der Verteidigung ihres Landes oder als Nichtkombattanten an der Unterhaltung des materiellen und moralischen Lebens des Landes mitzuarbeiten."

Der Zusatzantrag Lafont wurde abgelehnt und Artikel 1 mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Nachmittags wurde der Gesetzentwurf und Artikel 2 angenommen, der bestimmt, daß die Gesamtheit der Maßnahmen, die bestimmt sind, von der Friedensorganisation zu der Kriegsorganisation überzuleiten, jederzeit vorgesehen sei und ihre Ausführung die nationale Mobilisierung darstelle, die angeordnet werde im Falle eines offenkundigen Angriffs, der das Land in die unmittelbare Notwendigkeit versetzt, sich zu verteidigen, oder in den durch das Statut des Völkerbundes vorgesehenen Fällen. Ebenso wurde Artikel 3, der die Regierung zur Vorbereitung der Mobilisierungsmaßnahmen ermächtigt, angenommen. Artikel 4 setzt die Ausführungsbestimmungen der Mobilisierung fest und behandelt in fünf Punkten die Ausnutzung der Verkehrsmittel, die wirtschaftliche Mobilisierung, die soziale Mobilisierung, die intellektuelle Mobilisierung **und die zur Garantierung der Moral notwendigen Arbeiten.**

Rote Armee und Diktatur.

Zum neunjährigen Bestehen der Roten Armee.

Von Peter Garwy.

Inmitten des heftigsten bolschewistischen Parteizwistes ertönte aus den Reihen der weißgardistischen Emigration ein ungeduldiger Ruf: „So schlagen Sie doch endlich los, Herr Woroschilow!"

Das Haupt der Roten Armee scheint es allerdings damit nicht eilig zu haben. Er probiert vielleicht in seinen vier Wänden den Dreimaster Napoleons. Aber weder er, noch seine Kollegen werden für den ehemaligen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch oder Kyrill Wladimirowitsch die Kastanien aus dem Feuer holen.

Die monarchistischen Hoffnungen, den Umsturz mit Hilfe der Roten Armee herbeizuführen, entbehren jeder realen Grundlage. Aber es gibt im neuesten Stadium des Umwandlungsprozesses der Roten Armee trotzdem etwas, was den „weißen Traum" der Monarchisten beflügelt. Die Monarchisten haben zwar den vorsichgehenden Prozeß der Bonapartisierung mit dem Prozeß ihrer Monarchisierung verwechselt, doch haben sie die nicht ganz unrichtige Beobachtung gemacht, daß das Vertrauen der Diktatoren zu der Roten Armee, als der stärksten Stütze der Diktatur, ins Schwanken geraten sei. Und je mehr sich die bolschewistische Parteidiktatur in eine persönliche Diktatur verwandelt, um so mehr wächst die Unruhe der gegenwärtigen Parteisieger. Es ist kein Zufall, daß jede Phase des bolschewistischen Parteikampfes stets von einem Abbau der oppositionellen Elemente in der Roten Armee begleitet wird.

Nach dem Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion muß die Rote Armee, als ein Werkzeug der proletarischen Diktatur, einen offenen Klassencharakter, d. h. sie muß sich ausschließlich aus den Reihen des Proletariats und der ihm verwandten halbproletarischen Schichten der Bauernschaft rekrutieren". Man war aber gleich von vornherein gezwungen, von diesem Grundsatz abzusehen, insbesondere inbezug auf den Kommandobestand. Als Trotzki nach der Brest-Litowsker Katastrophe mit der Aufgabe der Schaffung einer regulären Armee betraut wurde, fand er keinen anderen Ausweg, als die zaristischen Generäle und Offiziere als Fachleute heranzuziehen. Trotz des hartnäckigen Widerstands seiner Parteigenossen ist ihm dies auch zum Teil gelungen. Durch das Dekret vom 2. April 1918 wurde die „Offizierswahl" abgeschafft und gleichzeitig die Institution der „politischen Kommissare" ins Leben gerufen, deren Pflicht es war, die zaristischen Offiziere, die in den Dienst der „proletarischen Revolution" eingestellt wurden, zu überwachen.

Zahlreiche Offiziere der alten Armee haben sich, teils aus Angst, teils aus materieller Not und teils in dem Bestreben, an dem Wiederaufbau der militärischen Macht Rußland mitzuhelfen, in die Rote Armee einstellen lassen. Durch diese nationalstaatlichen Bestrebungen wurde der Abgrund zwischen den Offizieren der alten Armee und der Sowjetmacht gewissermaßen überbrückt. Die Mehrheit hat in der Tat das in sie gesetzte Vertrauen der Sowjetmacht gerechtfertigt. Formell ist dieser Teil des Kommandobestandes der Roten Armee, in dem alle sozialen Schichten des alten Rußlands vertreten sind, „unpolitisch" und „parteilos". In Wirklichkeit jedoch vereinigt er in sich sämtliche politische Schattierungen, vom Monarchismus angefangen.

Für die zukünftige politische Rolle der Roten Armee hat jedoch die neue nachrevolutionäre Offiziersschicht eine viel wesentlichere Bedeutung als die Reste des alten Offizierkorps. Während die alten Offiziere ihrer sozialen Wurzeln beraubt sind und in den neuen, ihnen verwandtschaftlichen Schichten des nachrevolutionären Rußlands eine neue soziale Basis für sich suchen müssen, wurzelt der neue Offizierstand tief in den neuen, durch die Revolution in den Vordergrund gerückten sozialen Schichten der Gesellschaft.

Die Politik der Durchdringung des Kommandobestandes mit Vertretern der Arbeiter- und Bauernklasse wird von der Sowjetmacht folgerichtig und zielbewußt durchgeführt. Dieser neue Offizierstand, der sich ursprünglich in den Jahren des Bürgerkriegs, aus den alten Unteroffizieren und selbst Soldaten der früheren zaristischen Armee, sowie aus den ungeschulten Arbeitern und Bauern rekrutierte, hat in den letzten Jahren gleichfalls eine bedeutende Umwandlung durchgemacht. Das rote Offizierkorps ist jetzt mit allen Schichten des neuen Rußland — mit der Arbeiterklasse, mit der Bauernschaft, dem sowjetistischen Beamtentum und zum Teil auch mit der neuen Nep-Bourgeoisie — eng und organisch verknüpft. Es spiegelt deshalb alle sozialen Widersprüche, alle politischen Schwankungen und Strömungen der neuen Stadt und des neuen Dorfes wieder. Die überwiegende Mehrzahl der jungen, roten Kommandeure hat Militärschulen absolviert und bringt in die Kaserne außer der Berufsbildung und Intelligenz, auch jenen Lebensdurst, jenen Hang nach Reichtum, Macht und Erfolg mit, der sie den alten Offizieren einerseits und der Sowjetbureaukratie un Nep-Bourgeoisie anderseits näherbringt.

So bildet sich der rote Offizierstand zu einer geschlossenen Einheit heran, die von einem gemeinsamen Kastengeist durchdrungen ist. Die Rote Armee ist schon jetzt zum Teil als ein gewisses Amalgam zu betrachten, als eine Verbindung der alten und neuen Elemente, die die Quintessenz der napoleonischen Staatsweisheit bildete.

Die Bolschewisten sehen die enorme politische Bedeutung des Kommandobestandes vollkommen ein und sind bestrebt, einen monopolistischen Einfluß auf den Kommandobestand auszuüben. Sie haben sich schon seit langer Zeit das Ziel der Bolschewisierung des Offizierstandes gestellt. Schon im Jahre 1924/25 war die Zahl der kommunistischen Offiziere (nach dem Bericht Bubnows in der „Prawda" vom 10. März 1925) sehr groß. Sie betrug unter den Armeeführern 69 Proz., unter den Korpskommandeuren 85 Proz., unter den Divisionskommandeuren 45 Proz., unter den Regimentskommandeuren 41 Proz. Von den politischen Kommissaren gehörten 42 Proz. dem Arbeiterstande und 43 Proz. dem Bauernstande an. Jetzt sind diese Zahlen entsprechend gestiegen. Nach den letzten Angaben von 1926 fällt von der Gesamtzahl, 87 000 Kommunisten, die der Roten Armee angehören, 47 Proz. auf den Kommandobestand. Die Mehrheit des Offizierkorps besteht somit aus Kommunisten, was unvermeidlich zu seiner Heranziehung in den politischen und innerparteilichen Kampf führen muß. Anderseits führt die soziale Buntscheckigkeit des neuen Offizierstandes zu einer Zerrüttung der Parteiorganisation in der Roten Armee.

Das trifft in gleicher Weise auch auf die breiten Massen der Rotarmisten zu: auch diese untere Schicht der Armeepyramide hat eine große und bedeutungsvolle Umwandlung durchgemacht. Die Bolschewisten sahen sich sehr bald gezwungen, den Grundsatz der Komplettierung der Roten Armee durch freiwillige „klassenbewußte und revolutionäre Arbeiter und Dorfarme" aufzugeben. Der Militärdienst vollzieht sich jetzt nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht. Nicht nur die „Dorfarmut", sondern auch die Mittelbauern werden zum Militärdienst herangezogen. Der im kommunistischen Programm geforderte „offene Klassencharakter der Roten Armee, als eines Werkzeugs der proletarischen Diktatur" wird unter diesen Umständen sehr vertuscht. Es wird jetzt zum Militärdienst die Mehrheit der städtischen sowie der Dorfbevölkerung, mit Ausnahme der nichtwerktätigen Elemente, die eine besondere Militärsteuer zu zahlen haben, herangezogen. Nach den offiziellen Angaben hatte die Rote Armee im Jahre 1925 folgende soziale Zusammensetzung: Bauern 82 Proz., Arbeiter 11 Proz., sonstige 7 Proz. Es besteht also ein krasser Unterschied zwischen der sozialen Zusammensetzung in den oberen und unteren Schichten der Roten Armee: sie ist im großen und ganzen eine Bauernarmee unter kommunistischer Führung.

Dieser Widerspruch wird in der Zukunft zweifellos bestimmte Folgen zeitigen. Der Leiter der politischen Organisation der Roten Armee, Bubnow, bemerkt in seinem Bericht, daß „die Rote Armee jetzt ein feinfühliges Instrument bilde, das die kleinste Schwankung der Bauernschaft registriert". Im Jahre 1924—25 gehörten nur etwa 2 Proz., im Jahre 1927 dagegen gehören 7 Proz. der Rotarmisten der kommunistischen Partei an, abgesehen von den 14 Proz. Jungkommunisten.

In den unteren Schichten kommt der krasse Widerspruch zwischen der kleinbürgerlichen Ideologie der Bauernmehrheit und der kommunistischen Ideologie der Weltrevolution, die für die Rote Armee als offizielles Glaubensbekenntnis dient, noch stärker zum Ausdruck. Die Bauernschaft will weder zum junkerlich-zaristischen Regime zurückkehren, noch in die kommunistische Utopie hineinwachsen, die ihr durch die terroristische Diktatur aufgezungen wird.

Solange eine demokratische Bewegung im Lande, besonders unter der Arbeiterklasse, nicht die Oberhand gewinnen wird, kann die Rote Armee leicht als Werkzeug eines bonapartistischen Staatsstreichs ausgenutzt werden, der in der Kommunistischen Partei allmählich heranreift. Das sinnlose Säbelrasseln, die Militarisierung der Bevölkerung, der Heereskultus — alles das führt zur Schaffung der psychologischen Voraussetzungen für einen solchen Staatsstreich.

Auch Jagow wollte Pension!

Aber das Kammergericht hat ihn abgewiesen.

Die Verschworenen des Kapp-Putsches haben eine neue Verschwörung veranstaltet. Diesmal nicht gegen die Verfassung der Republik, sondern nur gegen ihr Geld. Sie wollen alle von der Republik ernährt werden. Zum Danke für ihre hochverräterischen Anschläge. Herr Lüttwitz und Herr Bischoff klagen auf rückständiges Gehalt aus der Kapp-Putschzeit.

Auch Herr Jagow hat sich gemeldet. Er hat den Preußischen Staat auf Weiterzahlung seiner Wartegeldbezüge verklagt.

Nachdem Jagow sich am Kapp-Putsch beteiligt hatte, und vom Reichsgericht wegen Beihilfe zum Hochverrat zu fünf Jahren Festung verurteilt worden war, hatte der damalige Innenminister Severing die Auszahlung des Wartegeldes auf Grund des Disziplinargesetzes von 1852 gesperrt.

Herr Jagow aber ging hin und klagte. Indessen: seine Klage ist abgewiesen worden, und die letzte Instanz, das Kammergericht, hat endgültig erkannt, daß er keine Ansprüche hat. Ein Hochverräter, der nicht vom Geld der Republik leben kann.

Der Ordnungsblock scheitert in Thüringen.

Demokratisches Mißtrauen.

Weimar, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der mit der Regierungsbildung beauftragte Landbündler Baum hat, soweit die Oeffentlichkeit feststellen kann, nur mit den Demokraten verhandelt. Scheinbar sind sich die rechts von den Demokraten stehenden Parteien über Grundsätze und Ministerportefeuilles schon so weit einig gewesen, daß sie nur noch der Demokraten bedurften, um die alte Ordnungsmacht aufrechtzuerhalten.

Die Demokraten haben am Freitag nach langen Verhandlungen Baum eine Antwort erteilt, die keinen Zweifel läßt über ihre aufrichtigen Bemühungen, eine Regierung der Mitte zustandezubringen. In dieser schriftlich niedergelegten Antwort heißt es u. a., daß sie nicht in der Lage wären, eine Regierung von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten bilden zu helfen; eine solche Regierung würde nach ihrer Ansicht die Politik des Ausgleichs, die sie wünschen, nicht herbeiführen.

Der Aeltestenausschuß des Landtags wird am Montag wahrscheinlich einen neuen Unterhändler vorschlagen. Das sozialdemokratische „Volk" in Jena ist der Auffassung, daß nunmehr die Demokraten den Versuch unternehmen müßten, eine Regierung zu bilden.

Der Stahlhelm hat Sorgen.

Die Polizei soll schützen.

Die neueste Nummer des „Stahlhelm" bringt drei volle Seiten in Fettdruck. Das will etwas bedeuten. Deshalb lesen wir die Dinge mit besonderer Aufmerksamkeit: „Gegen den roten Terror" — „Für die Freiheit der Straße! — Fort mit dem Stockverbot!"

Aufregende Ueberschriften. Der Inhalt weniger. Denn der „Stahlhelm" druckt nur eine lange Eingabe seines Landesverbandes Berlin an den Polizeipräsidenten ab, in der er über roten Terror wehklagt und schließlich verlangt, der Polizeipräsident solle das Stockverbot aufheben, damit die hakenkreuzlerischen Gesellen selbst die „Freiheit der Straße" herstellen könnten! Um die Sache dramatischer zu gestalten, werden einzelne Mißhandlungen von Stahlhelm-Leuten durch rote Frontkämpfer geschildert und — zu durchsichtigen Zwecken — immer Reichsbannerleute und Kommunisten in einem Atemzuge genannt.

Diese Vermischung von „Reichsbanner" und „Rote Frontkämpfer" ist eine Unverfrorenheit, um so mehr, als in fast allen Einzelschilderungen der Stahlhelmleitung immer nur von Kommunisten, nicht aber von Reichsbannerleuten die Rede ist.

Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß auch wir die Freiheit der Straße wünschen, daß wir Ueberfälle auf Andersdenkende verurteilen. Aber wir sehen, daß überall im Lande die Hakenkreuzler und Stahlhelmer die rupublikanisch Gesinnten anpöbeln, mißhandeln und sie dann noch dem Gericht als Landfriedensbrecher überliefern. Die Prozesse, die in den letzten Jahren immer wieder gegen Reichsbannerleute geführt wurden, während die Stahlhelmer Angreifer und — Zeugen waren, haben eine Erbitterung wachsen lassen, die mehr als verständlich ist.

Jetzt kommt noch der Stahlhelm auf die Idee, einen schwarzweißroten Tag in dem republikanischen Berlin zu veranstalten. Er will 100 000 Mann nach Berlin „werfen", und später will er gar dort bleiben, wie Seldte angekündigt hat. Die Veröffentlichung des Schreibens an den Berliner Polizeipräsidenten dient nur zur Reklame für den „schwarzweißroten Tag", der nichts anderes als eine Provokation des republikanischen Berlin darstellt. Dazu fordert der Stahlhelm auch noch die Bewaffnung mit Knüppeln, damit seine Anhänger in Berlin hausen könnten, wie die Hitler-Garde in Weimar! Hat man eine größere Dreistigkeit bisher gesehen?

Die ganze Reklame kann aber nicht über die inneren Schwierigkeiten des Stahlhelms hinwegtäuschen. Es gärt in der Bundesleitung schon seit langem bedenklich. Der Gegensatz zwischen dem Volksparteiler Seldte und seinem Stellvertreter, dem deutschnationalen Duesterberg, wird zwar immer noch verdeckt. Inzwischen aber sind die Wikingbrüder in dem „Stahlhelm" aufgenommen. Und diese treue Ehrhardt-Truppe arbeitet im Stillen, aber mit zäher Festigkeit daran, ihren „Chef", den Oberputschisten Ehrhardt zum Stahlhelmführer zu machen. Selbst wenn man dies in der Oeffentlichkeit abstreiten sollte, bleibt es trotzdem wahr. Und wenn Ehrhardt mit dem Stahlhelm „nach Berlin gehen und dort bleiben" will, so hat das eine besondere Bedeutung. Die Stahlhelmer dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn sie in dem republikanischen Berlin anders empfangen werden, als sie das in hinterwäldlerischen Kleinstädten gewohnt sind.

Hergt Zeuge im Sodenstern-Prozeß.

Er wehrt sich dagegen, von den Putschplänen gewußt zu haben.

Amtlich wird mitgeteilt: In Artikeln der „Vossischen Zeitung" und der „Roten Fahne" vom gestrigen Tage ist die Behauptung aufgestellt, der Reichsjustizminister Hergt sei über irgendwelche hochverräterische Pläne des Justizrats Claß informiert und mit den Staatsstreichlern im Bunde gewesen. Diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende frei erfunden.

Der Reichsjustizminister Hergt hat sofort Veranlassung genommen, in einem Schreiben an das Amtsgericht Berlin-Mitte den dringenden Wunsch auszusprechen, ihn in dem schwebenden Privatklageverfahren Sodenstern gegen Mahraun, das in der Oeffentlichkeit mit den erwähnten unwahren Behauptungen in Verbindung gebracht ist, wenn irgend möglich eidlich als Zeugen zu vernehmen, um auf diese Weise auch an Gerichtsstelle den verleumderischen Gerüchten authentisch entgegentreten zu können.

Gegen die Knechtung Deutsch-Südtirols Vorstellungen in Rom zu erheben, hat die demokratische Reichstagsfraktion den Außenminister unter Anführung zahlreicher Unterdrückungsfälle aufgefordert.

Die Frau des Bettlers.

Von Erich Grisar.

An der Straßenecke, da wo der lebhafte Verkehr gegen die Häuser brandet, wo Menschen und Wagen sich stauen, liegt ein hilfloser Bettler. Er hat nur ein Bein. Das andere liegt wahrscheinlich in Frankreich oder in Rußland. Vielleicht auch in einem Kohlenschacht. Neben ihm steht in zerrissenen Kleidern ein schmutziges Weib und sammelt die spärlichen Gaben, die den beiden zufallen. Es regnet. Beide frieren. Zitternd kuscheln sie sich aneinander an. Die Frau hustet.

„Warum geht sie nicht nach Hause?" sage ich zu meinem Begleiter und bleibe stehen. „Sie muß doch nicht hier stehen. Sie ist doch gesund und kann arbeiten. Vielleicht hat sie auch Kinder, die ihrer Aufsicht entbehren. Und dem Manne, der den ganzen Tag hier auf der Straße herumliegt, wäre auch mehr damit gedient, wenn sie ihm ein warmes Essen vorsetzte, wenn er heimkommt."

„Das sagst du so," bekam ich zur Antwort. „Aber der Mann würde nicht halb soviel Almosen bekommen, wenn er allein hier säge."

Zwei Männer gingen vorüber. „Das arme Weib," sagte der eine und ging weiter.

„Hast du gehört," sagte mein Begleiter, „er bedauert die Frau, nicht den Mann."

Frauen kamen vorüber. Solche in guten Kleidern und solche, denen anzusehen war, daß ihre Männer schwer arbeiteten.

„Siehst du, wie sie zusammenzucken, wenn sie hier vorüber müssen? Wenn sie etwas geben, so nur, weil sie an den eigenen Mann denken, dessen gesunde Glieder sie vor solchem Schicksal bewahren."

„Du magst recht haben," sagte ich. „Aber es ist doch wohl die Gedankenlosigkeit, die hier der Frau und nicht dem Manne gibt. Und das Schlimmste dabei ist, daß eben diese Gedankenlosigkeit diese Frau dazu verurteilt, in Wind und Wetter herumzustehen und ihre Zeit zu opfern, die sie benutzen könnte, um ihr Haus in Ordnung zu halten, sich ihrer Kinder anzunehmen und im wohltuenden Gefühl im Dienste der Gesellschaft getaner Arbeit den Abend zu erwarten."

„Auch diese Frau erfüllt eine Funktion im Dienste der Gesellschaft, denn sie gibt den satten Bürgern Gelegenheit, sich durch einen in Eile hingeworfenen Groschen von dem Unrecht, das täglich und stündlich im Namen der Gesellschaft an Zehntausenden geschieht, loszukaufen."

Wir gingen weiter. Ich dachte über die Worte meines Gefährten nach. „Nun gut," sagte ich dann, „wenn die Gesellschaft sie braucht, dann sollte sie ihr wenigstens soviel zukommen lassen, daß sich die Frau mal ein paar neue Schuhe oder ein neues Umschlagtuch kaufen könnte."

„Und was wäre, wenn sie es wirklich kaufen könnte, wenn soviel bei ihrem Tagewerk herauskäme? Sie darf es ja nicht tragen bei ihrem Dienst. Sie darf ihre Kleider nicht flicken, darf sich keine neuen Schuhe kaufen; sie muß in Lumpen gehen; denn sie lebt von dem Mitleid, das sie erregt. Das ist ja das Fluchwürdige dieser Gesellschaft, daß sie den Armen nicht nur zwingt zu betteln, sondern ihn auch noch in den Schmutz hinabzerrt, ihn in Lumpen zwängt; denn dem Sauberen, dem anständig Gekleideten versagt sie ihr Mitleid. Dem Menschen, der sich trotz seiner Armut dem Bürger gleichberechtigt fühlt, hilft sie nicht. Nur dem Paria, dem Verkommenen, dem anzusehen ist, daß er die Kraft nicht mehr hat, sich heraufzuschwingen aus der Tiefe, gönnt sie das Leben."

„Dann ist dieser Frau also erst zu helfen, wenn dieser Gesellschaft geholfen ist. Wenn wir ihr durch unsere Arbeit eine neue bessere Ordnung gegeben haben," sagte ich.

„So ist es."

Wy Magito, Deutschrussin, Wigman-Schülerin, gab im Blüthnersaal einen Tanzabend. Große, ernste, vornehme Kunst. Bewundernswert ist die Technik der Arme, Hände, Hüften. Aeußerlich Mischung aus orientalischem und Wigman-Stil. Trotzdem so viel Eigenes, rein Persönliches, impulsiv aus dem Innern Flutendes, daß ein völlig neuer Stil sich bildet. Gipfelleistungen: Ein zarter, duftiger, sehnsüchtig verklingender „Maskentanz in Silber", ein „Roter Tanzo", dessen rein dekorativer erster Teil der Künstlerin offenbar nicht recht lag, der sich dann aber im Pathos, Elan, Sturm zu hinreißender Wirkung steigerte. Sehr schön auch die Wirbel und retardierenden Schwünge des „Anfang", die aufrumpfende Kraft (glänzende Becken- und Händeaktion) des „Heroischen Maskentanzes", das ruhige Schreiten mit flimmernd wiegenden Hüften in den aufblühenden Rhythmen des „Melodischen Tanzes", die wuchtig ausladenden Schwünge und die Schlußakkorde des „Goldenen Tanzes". In allen Kompositionen eine Fülle neuer tänzerischer Motive. Jede trug ihr eigenes Gepräge. Kein einziger Versager. Eine der interessantesten und erfreulichsten Veranstaltungen dieses Winters. J. S.

Das Bild an der Wand. Im Hörsaal der staatlichen Kunstbibliothek behandelt Bernhard Wende in einem Zyklus „Die Entstehung eines Kunstblattes". Es ist gewiß interessant, Näheres über die modernen Kunstdruckverfahren zu hören und der Vortrag hatte auch ein zahlreiches Publikum gefunden. Leider zeigte sich der Redner recht unkritisch, als es sich darum handelte, über die Verwertung der Kunstblätter zu sprechen. Ein Kunstdruck wird in der Hauptsache Minderbemittelten das teure Originalbild ersetzen. Es wäre also wesentlich gewesen, zwischen Bildschmuck und Wohnungskultur der Gegenwart einen Zusammenhang klarzulegen. Das gelang dem Vortragenden nicht. Zahlreiche Kunstdrucke nach Bildern aus vergangenen Jahrhunderten, bisweilen nicht einmal geschmackvoll gerahmt, bekam man auf einer Tapete im Renaissancestil zu sehen. Welchen Sinn sollten diese Lichtbilder haben? In welchem Wohnraum eines Minderbemittelten paßt diese Tapete, passen diese prunkvollen Rahmen? Richtig wäre gewesen, zu zeigen, wie man auch Reproduktionen nach Gemälden vergangener Epochen sinnvoll einem einfachen Raum eingliedern kann, wie dabei jeder Verzicht auf aufdringliche Rahmen nötig ist und eine schlichte Museumsleiste die Bildumrahmung darstellt. Besonders aber die Kunst unserer Zeit hätte in dem Vortrag und in den Lichtbildern viel stärkere Berücksichtigung verdient, da sie zu der Wohnung der Gegenwart in einem viel natürlicheren organischen Verhältnis steht, als die alte Kunst. Gewiß wird es immer Liebhaber geben, die diese auch als Wandschmuck bevorzugen. Aber vielleicht zeugt es von größerem Kunstverständnis und gewiß von einem kultivierteren Geschmack, wenn man sich darauf beschränkt, Reproduktionen solcher Bilder in Mappen zu sammeln. Tes.

Um das Beethoven-Denkmal. Nachdem Magistrat und Kunstdeputation den Wettbewerb für ein Beethoven-Denkmal zurückgezogen und beschlossen haben, von der Errichtung eines Denkmals überhaupt abzusehen, ist aus Bildhauerkreisen eine Zwischenlösung des Problems angeregt worden. Der Vorschlag geht dahin, an Stelle eines Monumentaldenkmals eine kleine Beethoven-Büste, etwa vor der Singakademie, aufzustellen. Die Anregung unterliegt zurzeit der Prüfung im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Michael Arzibaschew. Der in Warschau erfolgte Tod des russischen Schriftstellers Arzibaschew weckt die Erinnerung an den sensationellen Erfolg, den er vor zwanzig Jahren mit seinem Roman „Sanin" auch in Deutschland gehabt hat. Damals fanden sich in Deutschland weltfremde Literaten, die dieses Werk als eine der größten Schöpfungen der Weltliteratur betrachteten und Arzibaschew neben Gogol, Turgenjew und Dostojewski stellten. In Wirklichkeit verrauschte der Erfolg sehr bald, und Arzibaschew verfiel, trotz krampfhafter Bemühungen, sich immer wieder bemerkbar zu machen, der verdienten Vergessenheit. Im Grunde war seine plötzliche Berühmtheit nur eine Begleiterscheinung der Reaktionsperiode, die nach der Revolution von 1905 einsetzte. Seine Propaganda des Sichauslebens und der Befreiung des Fleisches, die den Inhalt seiner Romane bildete, entsprach durchaus den reaktionären Wandlungen in jenen Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft, die aus der rauhen Wirklichkeit der Politik flüchteten und auf dem Gebiet einer zügellosen Erotik, die heute recht antiquiert anmutet, einen gewissen Ersatz suchten. Als diese Welle verrauscht war, blieb dem Verfasser des „Sanin" nichts mehr zu tun übrig. Sein Talent reichte nicht aus, um sich an anderen, größeren Problemen der Gegenwart zu versuchen. A. S.

741 Todesfälle durch Alkohol in New York. Dr. Charles Norris, der oberste Medizinalbeamte von New York, erklärt in einem soeben veröffentlichten Bericht, daß im Jahre 1926 741 Todesfälle infolge Alkoholvergiftung in New York vorgekommen sind. Das sind mehr Todesfälle, als durch Automobilunfälle in der gleichen Zeit verursacht wurden. Die größte Zahl von Todesfällen infolge Alkoholvergiftung, die vor der Einführung des Alkoholverbots festgestellt wurde, betrug 687 im Jahre 1916. Norris versichert, daß diese Zahl aus den offiziellen Berichten gewonnen ist, daß aber die eigentliche Ziffer der Toten zweifellos viel höher ist, da Privatärzte sich scheuen, als Todesursache Alkoholvergiftung anzugeben. Nach seinen Feststellungen ist es ganz unmöglich, in New York reinen Whisky zu erhalten, selbst für ärztliche Rezepte. Die Zahl der Todesfälle durch Alkoholvergiftung belief sich im ersten Jahre des Verbots auf 98 und ist seitdem ständig gestiegen.

Die Jutta-Alami-Schule veranstaltet am 10., abends 8 Uhr, eine Tanzvorführung im Klindworth-Scharwenka-Saal. Karten bei Bote u. Bock, Wertheim und an der Abendkasse.

Die Bühne der Jugend spielt am 13., vorm. 11 Uhr, im Mercedes-Palast, Utrechter Straße, Georg Büchners „Dantons Tod".

Als eine traurige Folge der Hungerblockade in den Jahren 1917 und 1918 wird der „Kölnischen Volkszeitung" aus Mittlich gemeldet, daß in diesem Jahre die Pfarrgemeinde Eisenschmidt mit über 600 Einwohnern nicht einen einzigen Erstkommunikanten aufzuweisen hat. Die Kinder, die die in Jahren 1917 und 1918 geboren wurden, sind sämtlich gestorben.

Die deutsche Republik in Schanghai.

Im Zeichen einer Phantasie-Kaiserkrone.

Ein Mitglied der deutschen Kolonie in Schanghai sendet uns eine Nummer der dortigen englischen Zeitung „North-China Daily News" vom 31. Januar, auf deren Titelseite an der Spitze der „Offiziellen Bekanntmachungen" nachstehendes seltsame Inserat prangt:

OFFICIAL NOTICES

WEGEN des Chinesischen Neujahrs bedauert Frau Generalkonsul Thiel am Mittwoch dem zweiten Februar keine Gaeste zum Thee empfangen zu koennen.

1890

Mit Recht wirft unser Gewährsmann die folgenden Fragen auf: 1. Wie kommt das deutsche Konsulat zu einem solchen Wappen, oder, wie er sich selbst humoristisch ausdrückt, „zu diesem Kuckuck mit der Nachtmütze?" 2. Gelten die Kaffeekränzchen der Frau Generalkonsul als amtliche Angelegenheiten des Deutschen Reiches, die unter den „Offiziellen Bekanntmachungen" ausländischer Konsularbehörden registriert werden?

Es mag sein, daß dieses Phantasiewappen aus dem Setzereikasten der „North-China Daily News" entnommen wurde, denn es ist kaum denkbar, daß es vom Deutschen Konsulat selbst stammt. Heraldische Sachverständige behaupten sogar, daß es sich um das Wappen vom Hause Savoyen handele. Indessen ist es kaum anzunehmen, daß es sich um die erste Bekanntmachung des deutschen Generalkonsuls handelt, die unter dieser Firma erschien. Die Similikaiserkrone scheint aber diesem Vertreter der Deutschen Republik so gut gefallen zu haben, daß er nichts unternahm, um ihr Wiederauftauchen zu verhindern.

Unser Gewährsmann fügt übrigens ausdrücklich hinzu, daß der Generalkonsul Thiel nicht nur bei dieser Gelegenheit gezeigt hat, wie wenig er sich mit dem republikanischen Regime befreundet hat. Sein ganzes Auftreten, auch gegenüber minderbemittelten Mitgliedern der deutschen Kolonie sei das eines typischen Vertreters des kaiserlichen Deutschlands. Das angeführte Beispiel spricht jedenfalls nicht gegen die Auffassung unseres Gewährsmannes. Sie bildet übrigens nur ein neues Glied in der endlosen Kette der Beschwerden, die uns von republikanischen Auslandsdeutschen über das Verhalten vieler offizieller Vertreter der deutschen Republik in fremden Ländern seit Jahr und Tag zugehen.

Die unnötige „Reichsfeuerwehr".

Sozialdemokratie gegen Technische Nothilfe. — Mehr Mittel für Studentenheime und Junglehrer.

In der Beratung des Ausschusses für den Reichshaushalt am Freitag entspann sich über den Etat des Reichsministerium des Innern beim Kapitel „Unterhaltung und Durchführung der Technischen Nothilfe" eine längere Debatte. Es werden für diese Zwecke 2½ Millionen angefordert. Die Sozialdemokratie beantragte Streichung des ganzen Kapitels. Ferner lagen vor ein sozialdemokratischer Antrag, der genaue Auskunft über die Tätigkeit der Technischen Nothilfe verlangt, und eine sozialdemokratische Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, die Verordnung des Reichspräsidenten betr. das Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben vom 10. November 1920 aufzuheben. Der Berichterstatter Dr. Schreiber hofft, daß die Technische Nothilfe einmal verschwinden könne. Im Augenblick sei es noch nicht so weit. Er bäte die Regierung um Auskunft, ob weitere Abbaumöglichkeiten vorliegen. Der Minister des Innern v. Keudell erklärte kurz, daß die Richtlinien für den Einsatz der Technischen Nothilfe zurzeit nachgeprüft werden.

Genosse Schmidt-Köpenick meinte, die Haltung des Berichterstatters zeige, daß die sozialdemokratische Kritik doch nicht ganz ohne Erfolg geblieben sei. Tatsächlich habe die Nothilfe so gut wie nichts zu tun. Sie sei nur eine Art Reichsfeuerwehr. Im Winter 1924/25 sei sie 14 Wochen überhaupt nicht eingesetzt worden. Vom 1. April 1925 bis Mitte 1926 waren unter 102 Einsatzfällen nur 19 Streiks. Alles übrige waren Waldbrände, Hochwasserschäden usw. Dazu genügt natürlich das Aufgebot der Bevölkerung. Der frühere Reichsinnenminister Külz ist für den allmählichen Abbau der Technischen Nothilfe. Den sozialdemokratischen Antrag auf Auskunftserteilung lehne er ab, weil er zu große Kosten verursache. Er brachte einen abgeschwächten Antrag ein. Staatssekretär Dr. Zweigert wendet sich gegen einen weiteren Abbau der Technischen Nothilfe. Die Kosten der Technischen Nothilfe seien eine Art Versicherungsprämie. Er müsse aber zugeben, daß sie im Jahre 1926 in wirtschaftlichen Kämpfen gar nicht eingesetzt worden sei. Ob die Verordnung des Reichspräsidenten betr. Stillegung lebenswichtiger Betriebe aufgehoben werden könne, werde zurzeit nachgeprüft.

Unter den einmaligen Ausgaben wird für Zwecke studentischer Wirtschaftshilfe ein Betrag von 3 Millionen verlangt. Neben zahlreichen anderen Anträgen verlangte die Sozialdemokratie Erhöhung dieser Summe auf 5 Millionen, und zwar sollen von diesem Betrage auch Wirtschaftsbeihilfen für Studierende sozialer Akademien und sonstiger Hochschulen gegeben werden. Zur Gründung eines Heimes für unbemittelte Studenten verlangt die Sozialdemokratie 1 Million Mark. Die Anträge wurden von Gen. Löwenstein begründet.

Die Anträge gehen an den Unterausschuß. Die gleiche Behandlung erfährt ein sozialdemokratischer Antrag, der zur Behebung der aus den Kriegsfolgen entstandenen Junglehrernot 6 Millionen Mark verlangt.

Die Titel: Neubauten des Instituts der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wurden von dem Präsidenten der Gesellschaft, Dr. v. Harnack, begründet. Dieser prägte in seiner Begründung den Satz: Die Bildung ist national, die Wissenschaft international. Gen. Moses wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft von jeher die Fortschritte der Wissenschaft auf das Lebhafteste unterstützt habe. Aber während des Krieges und nach dem Kriege haben vielfach Wissenschaftler einen nationalistischen Einschlag in die Wissenschaft gebracht. Zum Beweis für diese Behauptung zitierte Genosse Dr. Moses aus dem Werk von Professor Basler: Einführung in die Rassenphysiologie den einen Satz: „Das Proletariat ist die Kloake, in die alle diejenigen versinken, welche für die menschliche Gesellschaft unbrauchbar oder schädlich sind". Redner gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß das neue Institut für Anthropologie sich von allen einseitigen Forschungen fernhalten wird.

Milde Richter für völkische Beleidiger.

Schwere Beschimpfung republikanischer Minister. — Mildes Urteil und noch Bewährungsfrist!

Vor der Berufungsinstanz der Großen Strafkammer des Landgerichts III stand am Freitag der frühere Reichstagsabgeordnete und jetzige Geschäftsführer der deutsch-völkischen Landtagsfraktion Fahrenhorst. Er hatte sich wegen Beschimpfung der Reichsregierung, des Ministerpräsidenten Braun, des Ministers Severing und der Reichsfarben zu verantworten. Von dem Schöffengericht Charlottenburg war er am 9. November vorigen Jahres zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Fahrenhorst hat in der Beschimpfung der Republik und der Reichsfarben eine gewisse Erfahrung. Er kennt deshalb auch die Praxis der republikanischen Gerichte. So mußte er bereits einmal über sich ein Urteil von 500 Mark und das andere Mal eins von 14 Tagen Gefängnis ergehen lassen. Allerdings wurden ihm beide Strafen durch Amnestie erlassen. Er war es auch, der den hübschen Vers erfunden hat: „Deutschland kann nur gesunden, wenn Braun und Severing den Weg zum Galgen gefunden." Die doppelte Amnestie war aber Herrn Fahrenhorst zu Kopfe gestiegen. Am 22. und am 29. September wurden aus Anlaß der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in den Hohenzollern-Sälen deutsch-völkische Versammlungen abgehalten, wobei Fahrenhorst in den unerhörtesten Beschimpfungen gegen die republikanischen Minister und die Reichsfarben sich gefiel. In der Versammlung am 22. sprach er von Braun und Severing als den „Obergenossen und Verbrechern von 1918". Wenn der Landtag in der nächsten Zeit von dem Oberverbrecher Severing auseinandergejagt wird, dann bringen Neuwahlen bestimmt eine Schwarz-Rot-Kinder-Republik", meinte er. Und in der Versammlung am 29. September schrie er temperamentvoll in den Saal: „Die Verbrecher Braun und Severing, der Verbrecherpräsident Braun". Dabei hatte er in beiden Versammlungen die Frechheit, die anwesenden Beamten der Abteilung Ia aufzufordern, „Notiert nur, Ihr Spitzel, ich sage der Verbrecher Severing, der Verbrecherpräsident Braun".

In der Gerichtsverhandlung am 9. November kniff der mutige Mann: Er habe nicht die Minister beleidigen wollen, sondern mit seinen Worten nur die Parteiführer Braun und Severing gemeint; er habe auch nicht die Reichsfarben beschimpfen wollen, sondern nur die Parteien im Auge gehabt, die zum schwarz-rot-goldenen Banner halten. Beim Gericht fand jedoch Herr Fahrenhorst wenig Glauben. Die Urteilsbegründung des Landgerichtsdirektors Krohne packte ihn scharf an: es sei klar, daß die Bezeichnung Schwarz-Rot-Kinder-Republik nur eine Umschreibung gewisser Stoffwechselprozesse bei Kindern bedeute und daß im übrigen der verbrecherische Wille des Angeklagten durch eine strenge Strafe gebrochen werden müsse. Das Gericht schloß sich zwar nicht dem Antrag des Staatsanwalts und des als Nebenkläger erschienenen Genossen Landsberg an, die eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten verlangten, verurteilte jedoch den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Staatsanwalt, Nebenkläger und der Verurteilte selbst hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. In der gestrigen Berufungsverhandlung erklärte Fahrenhorst noch wie vor, daß er weder die Regierung noch die Reichsfarben habe beschimpfen wollen. Allerdings müsse er zugeben, daß er in seinen Ausdrücken zu weit gegangen sei. Der Verteidiger des Angeklagten, der völkische Reichstagsabgeordnete Schröder, machte zugunsten seines Klienten sowohl die im politischen Kampf herrschende Unsitte der gegenseitigen Beschimpfung geltend, wie auch den Ton, der in den Reichstagssitzungen eine „alltägliche Erscheinung geworden sei". Obwohl der Staatsanwalt und Rechtsanwalt Landsberg sich für das bereits in der ersten Instanz beantragte Strafmaß von 10 Monaten Gefängnis aussprachen, glaubte das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Passauer Milde walten lassen zu müssen; es setzte die Strafe auf drei Monate herab und gab dem völkischen Republikbeleidiger eine Bewährungsfrist bis zum Jahre 1930 unter der Bedingung, daß er im Laufe von sechs Monaten eine Buße von 3000 M. und die Gerichtskosten bezahle. Die Urteilsbegründung schloß sich hinsichtlich der Schuldfrage dem Urteil der ersten Instanz an, glaubte aber entsprechend den Darlegungen der Verteidigung ein gewisses Verständnis der Ausdrucksweise des völkischen Schimpfhelden entgegen bringen zu müssen. (!) Allerdings eine eigenartige Logik, die gegenüber linksgerichteten Beleidigern der Staatsform oder der Staatsbeamten jedenfalls nicht angewandt zu werden pflegt.

Verständnis für Beleidigung der Republik!

Immer noch: Hochverräterischer Buchhandel

Ein neuer Prozeß vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag begann vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein neuer großer Buchhändlerprozeß. Es hat sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und Gotteslästerung der Buchhändler Max Härzer aus Jena zu verantworten.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1924 bis 1926 in Jena und Umgebung als Funktionär der KPD. den Literaturvertrieb geleitet zu haben. Härzer, der eine Zeitlang Vorsitzender der Ortsgruppe Jena und Unterbezirksleiter der KPD. sowie auch Stadtverordneter war, hatte seit dem Jahre 1923 in Jena eine Arbeiterbuchhandlung betrieben und von verschiedenen Verlagen Bücher bezogen. Da Härzer mit dem Verlag der Viva in Verbindung stand, fanden bei ihm im Jahre 1925 und 1926 Beschlagnahmungen statt. Hierbei wurden verschiedene Schriften, Kampfliederbücher, Hamburger Aufstand, Becherscher Gedichtssammlungen, Arbeiterkalender des Jahres 1925/26 usw. vorgefunden. Außer diesen Schriften fand man bei einer weiteren Haussuchung Anfang dieses Jahres Schriften über die Rote Armee sowie Bürgerkriegshefte vor. Diese Bücher wurden in einem Verschlag im Treppenhaus gefunden. Die Kriminalpolizei hatte hiervon, nachdem Härzer bereits seit dem 17. Dezember 1926 in Untersuchungshaft war, durch einen Spitzel Kenntnis erhalten und die Nachforschungen vorgenommen.

Die Anklage nimmt an, daß Härzer als Literaturobmann der KPD. tätig gewesen sei und die Buchhandlung selbst dem Verlag der Viva gehöre. Der Angeklagte bestreitet das. Er selbst sei Inhaber der Buchhandlung und beziehe von dem Verlag der Viva Bücher ebenso wie von anderen Verlagen. Später habe er allerdings das Inventar übereignet und über den Bezug von Büchern verschiedene Abmachungen getroffen, jedoch stehe er unabhängig da. Als Literaturobmann der Partei kommt er nicht in Frage. Er habe nur in Jena und Umgebung seine Bücher umgesetzt. Ohlau und andere Buchhandlungen habe er nicht versorgt. Die bei ihm beschlagnahmten Bücher seien zum Teil von ihm verkauft worden. Das Buch „Tritt in unsere Kampfreihen ein" sowie der Spitzelalmanach sei nur als Pakete bei ihm niedergelegt und auch so vorgefunden worden. Gleichfalls habe er die Bücher „Der Leichnam auf dem Thron" weder erhalten noch verkauft. Es könne nur sein, daß hiervon das Titelblatt im Schaufenster ausgestellt gewesen ist. — Für die Verhandlung sind mehrere Tage vorgesehen.

Preußen und das Arbeitszeitnotgesetz.

Allgemeine Bezahlung von Ueberstunden.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat das Preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 2. März den von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegten Entwurf eines Arbeitszeitnotgesetzes mit der Maßgabe zugestimmt, daß Lohnzuschläge nicht nur für behördlich zugelassene, sondern auch für tariflich vereinbarte Mehrarbeit zu zahlen sind und daß in gleicher Weise wie die Arbeiter auch die Angestellten bei Leistungen von Mehrarbeit auf angemessene Lohnzuschläge Anspruch haben sollen.

Die „einige" KPD.

Vertrauensvotum für die Zentrale.

Essen, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem auf dem kommunistischen Parteitag der bisher zur Opposition gehörige Dr. Ernst Meyer eine Loyalitätserklärung abgegeben hatte, während der frühere sächsische Finanzminister Böttcher scharf gegen die Politik der KPD. aufgetreten war, hielt gestern Thälmann das Schlußwort. Er beschäftigte sich u. a. mit einem Flugblatt der Maslow-Gruppe, dessen Verbreitung auf dem Parteitag verhindert wurde und in dem dieser Parteitag als der verlogenste bezeichnet wurde. Unter dem Beifall der Versammelten erklärte Thälmann, Maslow und Ruth Fischer seien Verräter und die Gründer eines neuen Reichslügenverbandes. Thälmann betonte weiter, daß der Faschismus auch mit illegalen Mitteln bekämpft werden müsse. Die Opposition müsse sich entscheiden, ob sie zur Partei halten wolle oder nicht.

Ein angebliches Mitglied der SPD. überbrachte im Verlauf der Freitagsitzung einen Brief an den Parteitag, der gleichzeitig an die Adresse des Hauptvorstandes und des ADGB. gerichtet und von 32 angeblich sozialdemokratischen Arbeitern und 25 parteilosen(!) Arbeitern unterschrieben ist. In diesem Brief wird gefordert, daß die Arbeiterschaft einen gemeinsamen Kampf führen und die Zerrissenheit der Arbeiterklasse ein Ende nehmen müsse. Wir erwähnen dieses harmlose Intermezzo als einen alles weniger als originellen Regieeinfall der KPD.-Leitung.

Abschließend nahm der Parteitag eine Resolution über die Haltung der Parteiführung an, die das von der Regie vorgesehene Ergebnis hatte. Der Parteileitung wurde mit 176 von 186 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Deutschösterreichischer Wahltag.

Am 24. April.

Wien, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat hat am Freitag das Auflösungsgesetz angenommen und der Hauptausschuß den 24. April als Wahltag bestimmt. Die Auflösung bedeutet nach der Verfassung nicht, daß der Nationalrat seine Tätigkeit beendet, sondern er bleibt bis zum Zusammentritt des neugewählten Nationalrats weiter in Funktion. Er wird vor allem noch das Gesetz über die Altersversicherung zu erledigen haben. Gleichzeitig mit dem Nationalrat werden auch die Gemeinderäte von Wien und Innsbruck neugewählt werden, vielleicht auch noch weitere.

Fortschritt der Kantonarmee.

30 Kilometer vor Schanghai.

Kanton, 4. März. (Chines. Nachr.-Agentur.) Sunkiang, 30 Meilen südlich von Schanghai, ist am 3. März von der revolutionären Armee eingenommen worden.

„Plötzliches Erscheinen der Kantontruppen."

Peking, 4. März. (Agentur Indopacifique.) Acht Generale in Honan haben telegraphisch mitgeteilt, daß sie sich Mukden anschlössen, Wuweifu unterstützen und den General Kijunas, der zu den Kantontruppen übergegangen sei, bekämpfen würden. Der Kriegsschauplatz im Süden ist von der Provinz Tschekiang mehr nach der Provinz Nganhuei verlegt worden, und zwar infolge des plötzlichen Erscheinens von 30 000 Mann Kantontruppen, die aus Kiangsi und Hupei kamen, um auf Schanghai vorzurücken. Suntschuanfang hat das Oberkommando in Schanghai nach dem Verrat Maontschaoyues, der die Beteiligung an den Kämpfen verweigerte, niedergelegt.

Neues britisch-chinesisches Abkommen.

Zwischen dem britischen Delegierten O'Malley und Außenminister Tschen ist ein Abkommen bezüglich der britischen Konzession Siukiang unterzeichnet worden. Das Abkommen ist auf den gleichen Grundsätzen wie das britisch-chinesische Abkommen bezüglich Hankau aufgebaut. Der aus Engländern bestehende Gemeinderat wird aufgelöst und den Chinesen übertragen, auch wird die europäische Polizei durch chinesische ersetzt. Die Chinesen verpflichten sich, als Ersatz für beschädigtes britisches Eigentum 40 000 Dollar zu zahlen.

Zur Beratung der Strafrechtsreform fand im Reichsjustizministerium eine Besprechung der Justizminister der Länder statt, die die Stellungnahme des Reichsrats vorbereiten sollte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Dafür verzeichnet der amtliche Bericht eine Klärung der Anschauungen.

Die Forderungen der Metallarbeiter.

46½stündige Arbeitswoche. – Verbot der Akkordarbeit am fließenden Band.

Das Metallkartell hat in seiner Sitzung am 3. März 1927 zu der Kündigung des Rahmentarifvertrages Stellung genommen und beschlossen, folgende Forderungen dem Verband Berliner Metallindustrieller zu überreichen. 46½stündige Arbeitswoche. Ueberstunden sollen nur gemacht werden, wenn der Unternehmer mit der geschäftlichen Betriebsvertretung verhandelt und ein Einverständnis erzielt wird. Für diese Ueberstunden soll ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt werden. Für weitere Ueberstunden an Wochentagen, die im § 9 der Verordnung über Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 vorgesehene Höchstgrenze überschreiten, und für Sonntagsarbeit soll ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt werden.

Für alle Arbeiten, die im fließenden Arbeitsprozeß hergestellt werden, wird verlangt, daß die Akkordarbeit verboten wird. Ferner für alle im fließenden Arbeitsprozeß Beschäftigten wird eine Pause von 10 Minuten pro Stunde verlangt. In bezug auf Urlaub wird gefordert, daß jeder der drei Monate in einem Betrieb Beschäftigten Anspruch auf Urlaub hat. Der Urlaub soll betragen für die Arbeiter, die drei Monate im Betriebe beschäftigt sind, drei Arbeitstage, bei einer Beschäftigung von einem Jahr sechs Arbeitstage, nach zwei Jahren sieben Arbeitstage, usw. bis zwölf Arbeitstage nach sieben Jahren und und achtzehn Arbeitstage nach zehn Jahren.

Für die Akkordarbeiter wird gefordert, daß bei Beginn der Arbeit auch sofort der Akkordzettel ausgehändigt und der Preis für die Arbeit auf dem Akkordzettel verzeichnet sein muß. Bei der Festsetzung der Akkordpreise soll die Leistung eines Arbeiters durchschnittlicher Leistungsfähigkeit und unter Zugrundelegung einer Arbeitsstunde von 50 Minuten als die Rechnungsgrundlage dienen. In Zeitlohn müssen alle die Arbeiten hergestellt werden, die im fließenden Arbeitsprozeß und die wegen ihrer Eigenart oder der damit verbundenen Lebensgefahr nicht im Akkord hergestellt werden können.

Mit der Aufstellung dieser Forderungen ist die Bewegung der Berliner Metallarbeiter, deren Ziel die Wiederherstellung des Achtstundentages ist, in ein akutes Stadium getreten. Der gegenwärtig noch laufende Manteltarif ist bis zum 4. April in Kraft. Genau ein Monat trennt also die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie von dem entscheidenden Augenblick, in dem der Achtstundentag wieder hergestellt sein wird — wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie diese Wiederherstellung nicht nur wollen, sondern auch entschlossen sind, ihren Willen in die Tat umzusetzen.

Wie wir von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erfahren, häufen sich die Aufnahmen in den letzten Wochen und Tagen in erfreulicher Weise. Dieser stetige Zufluß muß jetzt zu einem unwiderstehlichen Zustrom werden.

Der Verband Berliner Metallindustrieller muß sich von vornherein darüber klar sein, daß er es diesmal mit einer einheitlich geschlossenen und entschlossenen Masse organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen zu tun hat. Je größer die Zahl der Neuaufnahmen sein wird, desto stärker wird auch der Druck sein, den die im Metallkartell vereinten Gewerkschaften auszuüben imstande sein werden.

Die Forderungen, die das Metallkartell aufgestellt hat, näher zu erläutern, erübrigt sich. Sie sprechen für sich selbst. Besonders bemerkenswert ist jedoch, daß hier die Erfahrungen mit der Rationalisierung zum ersten Male gewerkschaftlich praktisch verwertet werden. An sich bedeutet die Forderung auf Unterbrechung der Arbeit bei Fließarbeit von je 10 Minuten in der Stunde und die weitere Forderung des Verbotes der Akkordarbeit bei Fließarbeit durchaus keine Neuerung. Es ist bekannt, daß insbesondere Ford, der ja auf dem Gebiete der Fließarbeit bahnbrechend voranging, diese Forderung längst verwirklicht hat.

Mit dieser Forderung wird aber auch die Lohnfrage angeschnitten, die ja in der Berliner Metallindustrie gegenwärtig tariflich nicht mehr geregelt ist, abgesehen von den Löhnen der Hilfs- und der Transportarbeiter. Hier wird es eines ganz außerordentlichen Druckes, eines schweren Ringens, sehr wahrscheinlich auch eines offenen Kampfes bedürfen, um der Arbeiterschaft der Berliner Metallindustrie zu ihrem Lebensrecht zu verhelfen.

Dieser Kampf aber kann nicht ohne Kämpfer durchgefochten werden. Es bedarf dazu einer großen und geschlossenen Armee. Die Gewerkschaften haben mit klarem Blick und entschlossener Hand die Forderungen aufgestellt. An der Arbeiterschaft der Berliner Metallindustrie liegt es nunmehr, die Reihen zu schließen und diesen Forderungen zum Siege zu verhelfen!

Allzu scharf macht schartig.

Die Lehren des schlesischen Textilkampfes.

L. **Breslau**, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Verlauf des gewaltigen Lohnkampfes der schlesischen Textilarbeiterschaft haben wir wiederholt berichtet. 35 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen wurden im Verlauf des Kampfes ausgesperrt, weitere 18 000 sollten am 5. März folgen. Dies ist durch das Eingreifen des schlesischen Schlichters verhütet worden.

Der Schlichter hatte die Parteien zum 3. März zu neuen Verhandlungen nach Breslau geladen. Das Ergebnis war der bereits mitgeteilte einstimmig gefällte Schiedsspruch, wonach ab laufender Lohnwoche sämtliche Lohnsätze der Tarife, desgleichen die Akkordsätze 9 Proz. erhöht werden. Mit dieser Aenderung laufen die bisherigen Lohnabkommen bis 31. März 1928 unkündbar weiter. Sie sind von da ab mit vierwöchiger Kündigungsfrist kündbar zum Schlusse der letzten Lohnwoche im Monat. Streik und Aussperrung sind sofort aufzuheben. Die Arbeit ist nach Annahme des Schiedsspruchs sofort wieder aufzunehmen. Maßregelungen dürfen aus Anlaß des Streiks oder der Aussperrung nicht stattfinden. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

Noch am Abend des gleichen Tages beschäftigte sich eine Funktionärkonferenz der beteiligten Gewerkschaften mit dem Schiedsspruch und stimmte demselben zu. Auch die Unternehmer berieten noch am gleichen Tage und haben den Spruch angenommen.

Damit hat dieser schwere Kampf, der den Textilarbeitern Schlesiens von den Unternehmern aufgezwungen worden war, den die schlesischen Weber aber auch mit Entschlossenheit aufnahmen, ein für die Arbeiterschaft erfolgreiches Ende gefunden. Die Unternehmer, die den ersten Schiedsspruch abgelehnt hatten und hofften, durch die Aussperrung die Arbeiterschaft auf die Knie zwingen zu können, haben sich mit ihrer Scharfmachertaktik hineinmanövriert. Durch das einmütige und geschlossene Vorgehen der Arbeiterschaft wurden sie gezwungen, nicht 6, sondern 9 Proz. Lohnerhöhung zu gewähren. Die streikende und ausgesperrte Textilarbeiterschaft wird ebenso einmütig und geschlossen, wie sie im Kampf gestanden hat, die Arbeit am Montag wieder aufnehmen.

Heute Lohnverhandlungen der Eisenbahner

Besprechungen in der Reichsbahngesellschaft.

Heute beginnen die Lohnverhandlungen zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften über die Neuregelung der Löhne. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Arbeitszeit eingehend besprochen werden. Da sich besonders über die Frage der Arbeitszeit langwierige Auseinandersetzungen entspinnen werden, ist damit zu rechnen, daß zuerst die Lohnfrage geregelt werden wird. In der heutigen Besprechung, die zunächst wohl nur informatorischen Charakter haben wird, wollen die Gewerkschaften ihre Forderungen vortragen, damit die Hauptverwaltung der Reichsbahn dazu Stellung nehmen kann.

Der Konflikt in den Kraftdroschkenbetrieben.

Mittwoch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Wie wir vor längerer Zeit mitteilten, waren die Verhandlungen zwischen dem Verkehrsbund und der Vereinigung der Kraftdroschkengroßbetriebe gescheitert. Die Forderung der Droschkenchauffeure der Großbetriebe ging bekanntlich dahin, das reine Prozentsystem zu beseitigen und einen garantierten Festlohn neben den Prozenten zu zahlen.

Die Unternehmer begründeten ihre Ablehnung damit, daß zurzeit eine andere Regelung als die bisherige für sie wirtschaftlich nicht „tragbar" sei. In den Berliner Innungsbetrieben des Kraftdroschkengewerbes, die etwa 7000 Chauffeure beschäftigen, besteht schon seit dem 1. Januar d. J. eine tarifliche Regelung, in der ein Festlohn neben den Prozenten festgelegt ist. Es klingt sehr sonderbar, daß die Großbetriebe, die finanziell sehr gut fundiert sind, und deren organisatorischer Aufbau dem der Innungsbetriebe weit überlegen ist, nicht in der Lage sein sollen, die Forderungen ihrer Fahrer zu bewilligen.

Der Verkehrsbund hatte nach dem Scheitern der direkten Verhandlungen den Schlichtungsausschuß angerufen, der die Parteien zum nächsten Mittwoch zu Verhandlungen geladen hat. Wir zweifeln nicht daran, daß der Schlichtungsausschuß den berechtigten Forderungen der Kraftdroschkenfahrer entgegenkommen wird und durch seine Entscheidung dazu beiträgt, daß endlich auch in Berlin das unwürdigste Entlohnungssystem, das nur auf Prozenten aufgebaut ist, beseitigt wird.

Kein Konflikt mehr im Mercedes-Palast.

Einigung mit dem Musikerverband.

Wie uns vom Deutschen Musikerverband, Ortsverwaltung Berlin, mitgeteilt wird, ist es in dem Konflikt mit der Direktion des Mercedes Palast zu einer Verständigung gekommen. Die Direktion, die den groben Mißgriff der Uebergehung der gewerkschaftlichen Organisation eingesehen hat, hat sich verpflichtet, künftig nur gewerkschaftlich organisierte Musiker zu beschäftigen, bzw. diese vom Arbeitsnachweis anzufordern. Damit dürfte zur Zufriedenheit beider Teile der Konflikt beigelegt sein.

SPD.-Metallarbeiter

besucht die Wahlkörperversammlungen!

Heute Entscheidungstag bei den Sattlern.

Jedes Mitglied muß zur Wahl gehen.

Heute von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends finden in den bekannten 24 Lokalen die Urwahlen der Angestellten der Ortsverwaltung statt. Ausgerechnet die „Rote Fahne" beschwert sich über persönliche Kampfesweise. Sie soll ihre eigenen Spalten betrachten, oder sich bei ihren eigenen Genossen über die moralischen Qualitäten eines Teiles ihrer Kandidaten erkundigen.

Wenn nichts zieht, holt man noch Offenbach heran. Daß trotz besseren Geschäftsganges in Offenbach die Löhne niedriger als in Berlin waren, ist den Kollegen ja selbst bekannt. Was in bezug auf die Heimarbeit in Offenbach getan wird, zeigt die furchtbare Schmutzkonkurrenz Offenbachs für die Berliner Portefeuiller.

Offenbach war einmal die größte Verwaltungsstelle. Heute hat sie 300 Mitglieder weniger als Berlin. Offenbach hat heute einen Kassenbestand von 4000 M., Berlin einen solchen von 44 000 M. Berlin hat in den Jahren 1925 und 1926 an Extraunterstützungen für Streikende und Erwerbslose über 22 000 M. ausgezahlt und Offenbach keinen Pfennig. Trotzdem hat Berlin heute einmal mehr in der Kasse.

Das Rätsel ist leicht gelöst. Offenbach hat eine kommunistische Verwaltung und

Berlin eine Verwaltung der Amsterdamer Richtung.

Ganz besonders ist den Kommunisten der Kollege Osten verhaßt. Und doch wird Osten zu jeder Lohnverhandlung von Müller und Hegenbart herangezogen und als Beisitzer genommen. Ständig werden bei Verhandlungen zwei Amsterdamer als Beisitzer genommen, trotzdem die Mehrheit der Tapeziererkommission, die darüber zu entscheiden hat, aus Kommunisten besteht. Woher Kommunisten nehmen, wenn die dazu fähigen Kollegen zur Amsterdamer Richtung gehören?

Wie die Kommunisten sachlich die Dinge ansehen und nur nach persönlichen und politischen Gründen urteilen, beweist der letzte Verbandstag. Nach dem Antrage der Kommunisten sollte der Verbandsvorstand aus sieben Tapezierern und nur zwei Sattlern bestehen. In Berlin soll jetzt dasselbe eintreten. Hier zeigt sich ganz klar, daß man zwar politische Verhältniswahl wollte, aber das richtige Verhältnis der Berufsvertretung im Bureau, was doch das wesentlichste mit ist, von den Kommunisten abgelehnt wird.

Kolleginnen und Kollegen! Hier kann und muß es nur eine Entscheidung geben: Wer da will, daß unser Verband sich weiter kräftig entwickeln soll, wer da will, daß in unserem Verbande wirkliche gewerkschaftliche Aufbauarbeit geleistet wird, der wähle die zuverlässigen Kandidaten der Amsterdamer Richtung: **A. Blume**, Täschner, **W. Osten**, Tapezierer, **K. Weyher**, Täschner, **O. Heinrich**, Sattler, **W. Hoffmann**, Tapezierer.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Die Zechenbesitzer provozieren.

Bochum, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurden die Tarifverhandlungen für Ruhrbergbau fortgesetzt, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Der Zechenverband lehnte sämtliche Forderungen der Gewerkschaften ab, sowohl die auf Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserungen in der Urlaubsfrage, als auch die in der Arbeits- und Gedingeregelung, nach der den Gedingearbeitern (Hauern) ein annehmbarer Minimallohn garantiert werden soll.

Bezüglich der Arbeitszeit und des Urlaubs hat der Zechenverband Anträge gestellt, die eine wesentliche Verschlechterung der jetzt geltenden Bestimmungen bedeuten. So verlangen die Unternehmer u. a. das Recht, die Arbeitszeit auf 8½ Stunden auszudehnen, falls sie das aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig halten. Die Urlaubsdauer soll für die Arbeiter über Tage von 9 Tagen auf 6 Tage und für die Arbeiter unter Tage von 12 auf 9 Tage abgebaut werden. Der von den Gewerkschaften geforderte Urlaub für Jugendliche wurde von den Arbeitgebern glatt abgelehnt.

Der Zechenverband hat jetzt den Schlichter angerufen. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen am 14. März.

Lohnbewegung der rheinischen chemischen Industrie.

Essen, 4. März. (Mtb.) Die Arbeitnehmer im Wirtschaftsgebiet B der chemischen Industrie (Sauer- und Siegerland) haben das bestehende Lohnabkommen zum 31. März gekündigt, nachdem bereits im Wirtschaftsgebiet C (Bezirk Bielefeld) eine Kündigung für Ende Februar erfolgt ist. Für die chemische Industrie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnerhöhung um 9,5 Proz. vorsieht. Die Erklärungsfristen der Parteien für diesen Schiedsspruch laufen bis zum 9. März.

Lohnbewegung im französischen Bergbau.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeitergewerkschaften der Loire haben gestern in einem Brief an die Grubenbesitzer betont, daß sie die von diesen für den 15. März in Aussicht genommene Lohnherabsetzung nicht annehmen. Sie haben zwecks Verhandlungen eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Grubenbesitzer für den 8. März verlangt, es sei aber ausgeschlossen, daß eine Einigung zwischen den Parteien zustande kommen wird.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Gruppenheim Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Vorbesprechung: „Unser Ostertreffen." — **Landsberger Platz und Frankfurter Allee:** Sonntag früh 7 Uhr Bahnhof Landsberger Allee. Wanderung durch den Krämer. — **Achtung, Sprechchorteilnehmer!** 6½ Uhr im Jugendheim des DMV., Linienstr. 83—85. Uebungsabend.

Jugendgruppe des ADB. Heute abend 7½ Uhr veranstalten die Jugendgruppen des AfA-Ortskartells (Zentralverband der Angestellten, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten und Bund der technischen Angestellten und Beamten) einen geselligen Abend im Muschelsaal des Rheingold, woran sich alle Jugendbezirke beteiligen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehkorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage, „Unterhaltung und Wissen" und „Stadtbeilage".

Der neue Stadthaushalt.

Ausgleich durch Steuererhöhungen.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung jetzt die Vorlage des Haushaltsplans 1927 zugehen lassen. Der Haushalt ohne außerordentliche Verwaltung und ohne Werke schließt in der Ausgabe mit 712 Millionen Mark ab, während der Haushalt 1926 einschließlich des Nachtragshaushalts 630 Millionen enthielt, ein Betrag, der sich aber noch um die im Winterhalbjahr eingetretenen Ueberschreitungen vornehmlich in der Wohlfahrtspflege und Fürsorge bei der anhaltenden großen Erwerbslosigkeit erhöht. Ueber die einzelnen Kapitel verbreitet das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Mitteilungen:

Die laufenden Ausgaben

sind von 609 Millionen nach dem Haushalt 1926 auf 676 Millionen, also um 67 Millionen oder 11 Proz. gewachsen. Der Hauptanteil an dieser Steigerung entfällt auf die Kapital- und Schuldenverwaltung, bei der allein 30 Millionen Mehrausgabe für Verzinsung und Tilgung der 1926 aufgenommenen und 1927 voraussichtlich aufzunehmenden Anleihen (einschließlich Verzinsung der Hochbahnzertifikate) verwendet werden sollen. Diesen Mehrausgaben stehen rund 20 Millionen höhere Erstattungen aus den Werken gegenüber.

Die allgemeine Wohlfahrt verursacht 129 Millionen Kosten (statt bisher 120 Millionen), deren Hauptanteil durch das Unterstützungswesen benötigt wird. Zur Fortführung der Notstandsaktion des Jahres 1926 sind hierin 25 Millionen enthalten, gegenüber 28 Millionen, die für diese Zwecke im Vorjahre vorgesehen waren. Unterricht und Bildungswesen erfordern laufende Mehrkosten von rund 8 Millionen. Etwa der gleiche Mehrbedarf entfällt auf das Gesundheitswesen, hauptsächlich infolge stärkerer Belegung der Anstalten. Den Mehrausgaben des Gesundheitswesens stehen 4,5 Millionen Mehreinnahmen durch Erhöhung der Kurkostensätze und durch Mehrbelegung gegenüber. Der Anteil der Stadt an den Kosten der

Erwerbslosenfürsorge

und der Krisenfürsorge ist angesichts der Unsicherheit über die künftige gesetzliche Neuregelung nach den bisherigen Grundsätzen berechnet. Der Rest der Mehrausgaben entfällt im wesentlichen auf eine Steigerung der Verwaltungskosten, wo 7,5 Millionen Mehrausgaben für die Besoldung von Angestellten eingesetzt werden mußten.

Für einmalige Ausgaben der ordentlichen Verwaltung ohne Werke enthält der Haushaltsplan rund 36 Millionen (gegenüber rund 27 Millionen im Vorjahre). Dieser Bedarf für einmalige Ausgaben hat sich trotz aller Bemühungen auf möglichste Einschränkung nicht weiter verringern lassen. In ihm ist als Hauptbetrag die Summe von 9 Millionen für unabweisbare Volks- und Mittelschul- und Turnhallenbauten enthalten (1926: 3 Millionen). Davon sind 3 Millionen in den Haushalten der Bezirke und weitere 6 Millionen im „Nachträglichen der Bezirke" aufgeführt. Für Straßen- und Brückenbauten sind 8,6 Millionen bereitgestellt (1926: 6,7 Millionen) und für einmalige Ausgaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens 3,9 Millionen (1926: 1 Million). Die übrigen Anforderungen halten sich ungefähr in den Grenzen der vorjährigen Ansätze.

Die außerordentliche Verwaltung weist die große Erhöhung von 67,5 auf 233 Millionen auf. Hieran sind die Kämmerei mit 63 Millionen und die Werke mit rund 17 Millionen beteiligt. An großen Beträgen enthält der Kämmereianteil 2 Millionen für Verwaltungsgebäude, 21 Millionen für Neubauten von höheren Schulen und Berufs- und Fachschulen, 4,2 Millionen für Krankenhausbauten, 2 Millionen für Meliorationen, rund 12 Millionen für Tiefbauten und rund 20 Millionen für die Kapital- und Schuldenverwaltung (darunter 11,2 Millionen für den Ankauf von Düppel-Dreilinden, 2¼ Millionen Restkaufgeldrate 1927 für den Dauerwald, rund 4½ Millionen für die Hochbahnzertifikate. Für die

Verkehrsunternehmungen

(für Ausbau des Schnellbahnnetzes und für Zwecke der Straßenbahn) sind einschließlich der vom Reich und Staat zu gewährenden Darlehen für die Notstandsarbeiten fast 145 Millionen vorgesehen, für Zwecke der Wasserwerke und der Stadtentwässerung je 10 Millionen. Für den Wohnungsbau sind in diesem Jahre in den außerordentlichen Haushalt keine Mittel eingesetzt, da seine Förderung in diesem Jahre neben der Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken durch Uebernahme von Bürgschaften für zweite Hypotheken erfolgen wird.

Bei den Einnahmen werden die Ueberschüsse der großen Werke nicht in dem Maße zur Deckung der Kämmereiausgaben beitragen können wie in 1926. Während die eigentlichen Kämmereiabgaben (Bruttoabgaben) von den Zahlen des Vorjahres nicht wesentlich abweichen, hat der Magistrat geglaubt, von der Einsetzung eines Ueberschusses aus der Straßenbahn in den Haushalt ganz absehen zu müssen; ferner sind auch die Wasserwerke nicht in der Lage, die im Vorjahre vorgesehene weitere Ablieferung von 4 Millionen aus Ueberschüssen ohne Erhöhung ihres Tarifs zu bewirken.

Auf dem Gebiete der Steuern besteht im gegenwärtigen Zeitpunkt noch eine große Unsicherheit wegen der schwebenden Neuregelung des

Reichs- und Finanzausgleichs

und der Grund- und Gewerbesteuer. Hier sind die Beträge vorgesehen, wie man nach Lage der Verhältnisse erhoffen kann, ohne daß damit endgültig auf den Eingang gerechnet werden darf. Bei dem Anteil der Reichseinkommensteuer ist eine nicht unwesentliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahre zu erwarten. Sie beruht einmal darauf, daß für 1927 zum ersten Male der Goldmarkschlüssel auf Grund der letzten Veranlagung zugrunde gelegt wird, während 1926 noch nach dem Papiermarkschlüssel auf Grund der Veranlagungsergebnisse der Inflationszeit die Verteilung durchgeführt wurde. Dieser völlig unzulängliche Verteilungsschlüssel bedeutete für Berlin eine außerordentliche Benachteiligung. Ferner aber erwartet der Magistrat aus der Aenderung der preußischen Ausführungsgesetze zum Finanzausgleich (Lockerung der sogenannten relativen Garantie) eine Erhöhung unseres Anteils. Die Grunderwerbssteuer ist mit ungefähr demselben Betrage wie im Vorjahre vorgesehen in der Erwartung, daß die an sich für den 1. April vorgesehene Senkung des Zuschlags von 4 Proz. auf 2 Proz. in den Fällen, in denen eine Wertzuwachssteuer nicht erhoben wird, um ein Jahr hinausgeschoben wird. Ebenso ist der Anteil an der Reichsumsatzsteuer mit den Ziffern des Vorjahres berücksichtigt, in der Erwartung, daß die Garantie des Reiches in der bisherigen Höhe aufrechterhalten bleibt. Ferner sind auch die Getränkesteuern in der Einnahme wieder mit einem Betrage von rund 14 Millionen eingesetzt, wenngleich ihre Forterhebung über den 1. April hinaus vom Reichstag noch nicht beschlossen worden ist. Bei der Gewerbesteuer wäre zunächst ohne Erhöhung der Zuschläge mit einem Mehrertrage von 12,6 Millionen gegenüber dem Haushaltsansatz des Vorjahres zu rechnen, der seinerzeit noch nach den groben Vorauszahlungen berechnet worden war. Dagegen ermäßigt sich der Ansatz für die Vergnügungssteuer durch die Herabsetzung der Steuersätze (Aenderung der Reichsratsbestimmungen u. a.) um 3 Millionen gegen 1926.

Unter Berücksichtigung dieser nicht in allen Ansätzen sicheren Steuereinahmen würde im Haushalt noch ein

ungedeckter Fehlbetrag von 24 Millionen

verbleiben. Zu seiner Deckung wird vorgeschlagen: 1. Erhöhung der Zuschläge bei der Grundsteuer von 200 Proz. auf 230 Proz. gibt 9,15 Millionen; 2. Erhöhung der Zuschläge zur Gewerbeertragsteuer von 425 auf 500 Proz. gibt 23,34 Millionen; 3. Erhöhung der Hundesteuer von 60 M. auf 80 M. gibt 2,5 Millionen; zusammen rund 24 Millionen.

Nach Berücksichtigung dieser Steuererhöhungen schließt der Haushalt in Einnahme und Ausgabe nach dem Bruttohaushalt mit 979 796 789 M. und nach dem Nettohaushalt mit 857 178 200 M. ab. Der umlagefähige Steuerbedarf beträgt 177 194 000 M. Zu seiner Deckung sieht die Vorlage vor: a) die Grundsteuer mit 230 Proz. Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer, b) die Gewerbesteuer mit 500 Proz. des Steuergrundbetrages nach dem Ertrage und mit 1000 Proz. des Steuergrundbetrages nach der Lohnsumme. Die Zweigstellensteuer wird auf 20 Proz., die Schankgewerbesteuer auf 10 Proz. der Gewerbesteuer nach dem Ertrage festgesetzt.

Rowdies in Neukölln.

„Ueberfälle zu ihrem Vergnügen."

Zu einer wahren Plage hat sich das Rowdytum in Neukölln ausgewachsen. Vorgestern wurde der Schneider Jensen festgenommen, der den Schlosser Rochow durch Messerstiche tödlich verletzt hatte. Er wurde wegen Körperverletzung mit Todeserfolg in das Amtsgericht eingeliefert. Gestern gelang es, auch einen anderen Ueberfall aufzuklären, der sich in der Nacht zum 13. Februar im Flur des Hauses Bodestraße 10 ereignete. Als damals der Klempnermeister Benner mit seinem Neffen heimkehrte, fielen auf dem dunklen Flur drei Männer über beide her, schlugen sie zu Boden und mißhandelten sie mit viehischer Roheit. Dem Meister traten sie mit den Stiefeln auf das Gesicht, so daß ihm das linke Auge aus der Höhle quoll. Auch sein Neffe wurde arg zugerichtet. Beide befinden sich noch heute in ärztlicher Behandlung. Die Neuköllner Kriminalpolizei ermittelte die Täter und nahm sie fest. Es sind ein 23 Jahre alter Schlosser Albert Schmidt aus der Jonasstraße 30, ein 24 Jahre alter Kürschner Fritz Roßbach aus der Jonasstraße 24 und ein ebenso alter Arbeiter Erich Kinner aus der Jonasstraße 25. Wie festgestellt wurde, kannte keiner von den dreien Berner oder seinen Neffen und diese hatten ihnen auch nicht die geringste Veranlassung zu den Mißhandlungen gegeben. Die Verhafteten überfielen sie lediglich „zu ihrem Vergnügen".

Für 7.40 M. zur Leipziger Frühjahrsmesse.

Am Sonntag wird die große Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet. Die Sonderzüge des Leipziger Messeamts sind bereits angekündigt. Auch die Reichsbahn-Verwaltung läßt am Mittwoch, den 9. März und am Sonntag, dem 13. März, je einen Sonderzug von Berlin nach Leipzig mit 33⅓ Proz. Fahrpreisermäßigung für die Hin- und Rückfahrt verkehren. Die Hinfahrt erfolgt ab Berlin, Anhalter Bahnhof 7.02 vorm., ab Lichterfelde-Ost 7.19 vorm., Ankunft in Leipzig 9.56 vorm.; Rückfahrt ab Leipzig 9.24 nachm., Ankunft in Lichterfelde-Ost 11.45 nachm., in Berlin 12.01 nachts. Der Fahrkartenverkauf hat bereits begonnen und findet an folgenden Stellen statt: Fahrkartenausgaben Berlin, Anhalter Bahnhof und Lichterfelde-Ost, Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens, Reisebureaus Unter den Linden 57-58. Der Fahrpreis beträgt von Berlin 7,40 M., von Lichterfelde-Ost 7,00 M. Für die Fahrt am 9. März können zugleich mit der Fahrkarte drei verschiedene Zusatzkarten gelöst werden: 1. Eintrittskarte zum Besuch der Technischen Messe und der Meßhäuser in der Stadt, gültig zu mehrmaligem Zutritt zum Preise von 1,50 M., 2. Straßenbahnfahrkarte für Hin- und Rückfahrt zum Gelände der Technischen Messe, Hinfahrt nur mit Sonderwagen, Rückfahrt beliebig für 30 Pf.

Berlins Fremdenverkehr im Februar.

Nach den Angaben des Statistischen Amts der Stadt Berlin ist die Anzahl der Gasthofsfremden im Februar um 1812 gegenüber dem Vormonat auf 129 954 gesunken. Der geringe Rückgang betrifft die aus dem übrigen Deutschland zugereisten Besucher, deren Zahl im Januar 119,722 und im Februar 117,470 betrug; sie blieb also um 2252 zurück. Diesem Rückgang steht jedoch eine Steigerung des wirtschaftlich besonders wichtigen Auslandsbesuchs von 12 044 im Januar auf 12 484 im Februar gegenüber.

Glimpflich davongekommen.

Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung hatte sich der Bierverleger Robert Laude vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln zu verantworten. Er hatte am 19. November v. J. eine 77jährige Frau mit seinem Bierwagen überfahren und getötet. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte in ziemlich scharfer Fahrt und in angeheitertem Zustande aus der Hermannstraße in die Oderstraße eingebogen war. In demselben Augenblick war die Greisin, deren Hör- und Sehvermögen fast erloschen war, über den Damm gegangen. Die Bedauernswerte wurde vom Wagen erfaßt und so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. Das Gericht war überzeugt, daß den Angeklagten durch sein schnelles Fahren die Schuld an dem Unglücksfall treffe, andererseits aber wurde der Getöteten auch ein guter Teil der Schuld beigemessen, da sie bei ihren körperlichen Gebrechen und ihrem hohen Alter nicht ohne Begleitung durch Hauptverkehrsstraßen gehen durfte. Infolgedessen erkannte das Gericht gemäß dem Antrag des Staatsanwalts gegen den Angeklagten nur auf eine Geldstrafe von 150 M.

35]

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1926 by Paul Zsolnay, Wien

„Dein Vater hat recht, wenn Eltern von ihren Kindern abhängig sind, dann wäre es besser für sie, sich einen Stein um den Hals zu hängen und ins Wasser zu gehen."

„Mama, du bist aufgeregt und ungerecht," erwiderte ich so kaltblütig, daß ich selbst darüber staunte. Dann ging ich in mein Zimmer und sperrte mich ein.

Ich war so zerschlagen, daß ich nicht einmal die Kraft hatte, mich aufzulehnen. Ein einziger Gedanke beherrschte mich: Ich habe alle Bande zerrissen, die uns aneinander knüpften, was wird jetzt geschehen?

Lange saß ich unbeweglich, außerstande, meine Gedanken zu ordnen, mein erhitztes Gehirn zu beruhigen. Die Angst, die mich am Morgen gepackt hatte, wuchs, wurde martervoll, unerträglich. Mir war, als lägen Mühlsteine in meinem Körper und hinderten mich, einen Atemzug zu tun, verwehrten mir jede Bewegung, jeden Gedanken. Plötzlich erkannte ich die Angst wieder und mein Entsetzen steigerte sich zur Qual. Dieselbe Angst hatte mich vor zehn Jahren mit ihren Krallen gepackt, als man mich „dorthin" geschickt hatte. Jahrelang war sie mir gefolgt, fiel mich jeden Morgen an und verließ mich erst am Abend, wenn ich die Augen schloß. Seit Jahren hatte mir diese unselige Angst ein wenig Ruhe gegönnt, jetzt war sie wieder da, erfaßte mein ganzes Sein, zermalmte es und drückte meinen Zügen ihren unauslöschlichen Stempel auf. Das Schweigen wurde nur durch das Ticken meiner Uhr unterbrochen, es schien mir, daß sie nicht in der Westentasche, sondern in meiner Brust tönte und daß ihre Schläge durch meinen ganzen Körper widerhallten. Endlich faßte ich einen Entschluß und ging mit festen Schritten ins Speisezimmer, wo meine Mutter die Zeitung las; ich hatte erwartet, sie dort zu finden.

„Mama, um wieviel Uhr werden wir spazieren gehen?" fragte ich so ruhig, als ob nicht vorgefallen wäre.

„Ah, der junge Herr will spazieren gehen, dazu ist ihm wohl seine Mutter gut genug," bemerkte der Vater, der beim Fenster saß.

„Wie gewöhnlich, ungefähr um vier Uhr," erwiderte die Mutter mit kalter Stimme, doch konnte ich heraushören, daß sie sehr froh über mein Einlenken war.

„Wohin sollen wir gehen?"

„Wohin du willst."

Jetzt warf André dem Vater einen bedeutungsvollen Blick zu: „Hörst du's?"

„Vorigen Monat sind wir nach Chêne gegangen, weißt du noch wie hübsch es dort war?"

„Gut, gehen wir hin."

„Wie," wendete der Vater ein, „ihr wollt nach Chêne gehen? Du bist wohl nicht klug, Aline? Man braucht wenigstens vier Stunden zu dem Weg."

„Ja, wenn man hin und zurück die Tramway benützt; es ist ein sehr schöner Spaziergang."

„Aber Aline, du bist ja krank und müde, du vergißt, daß du heute erst um zwei Uhr nachts schlafen gegangen und zeitig aufgestanden bist, um das Frühstück zu bereiten. Den ganzen Tag hast du dich dann wie ein Hund geplagt."

„Die frische Luft wird mir gut tun."

„Ja, wenn es nicht so weit wäre! Vergiß nicht, daß wir am Abend auch Besuch haben. Du siehst elend aus. Die Hausarbeit bringt dich ganz herunter; bis ich wieder wohl bin und für dich sorgen kann, nehme ich ein Mädchen und eine Bedienerin auf; das ist schrecklich, daß du in deinem Alter die groben Arbeiten machen mußt.

Du weißt nicht, wie du aussiehst, liebste Frau, deine Augen sind schwarz umrändert, du bist blaß und abgespannt. Glaub mir, gehe nicht so weit, ruhe dich bis zum Abendessen aus, mach ein Schläfchen, das wird dich stärken, und am Abend, wenn das Fräulein kommt, wirst du ganz frisch sein."

Die Mutter warf mir einen Blick zu, der bedeutete: Siehst du, er läßt mich nicht fortgehen.

„Es ist wahr, ich bin ein wenig müde und ich werde heute zu Hause bleiben. Wenn du willst, nimm die beiden Kleinen mit."

„Gern."

Alice kam vom Balkon herein: „Ich kann dich nicht begleiten, Rita hat mich eingeladen."

„Gut, so gehe ich allein."

„Jacquot, darf ich nicht mit dir gehen?" fragte Paul.

„Wie du willst, Liebling," meinte die Mutter. „Aber es ist weit, und wenn du müde bist, darfst du nicht jammern."

„Ich kann sehr weit gehen," beteuerte er halb lachend, halb weinend.

„Aber natürlich, Paulchen, komm nur, wir zwei gehen miteinander."

„Schöne Erziehung," warf plötzlich der Vater ein, der doch ganz vertieft in sein Buch zu sein schien; „Paul, du gehst nicht, ich, dein Vater, verbiete es dir."

Und sich zu mir wendend: „Das ist ja wahnsinnig, daß du den Kleinen zwingst, einen so weiten Weg zu machen. Willst du ihn denn auch so abhetzen, wie du es mit deiner Mutter getan hast?"

„Uebertreibe nicht; der Kleine hat schon viel weitere Ausflüge gemacht!"

„Bin ich sein Vater oder bin ich's nicht? Wem hat er zu gehorchen, mir oder diesem Rotzbuben?"

„Schrei nicht so, die Balkontür steht offen; es handelt sich ja nicht um Rechte, es handelt sich um den Spaziergang," erwiderte die Mutter.

Paul verstand nichts von alledem; er faßte meine Hand, blickte mich mit großen erstaunten Augen an; er schien die Angst, die in mir war, zu erraten und preßte meine Hand mit sanftem Druck; das gab mir Kraft und ihm zuliebe wollte ich standhaft bleiben.

Die Mutter machte mir ein Zeichen, ich verstand und entfernte mich mit dem Kleinen. Kaum hatte sich die Tür geschlossen, als ich den Vater englisch sprechen hörte, er schien die Mutter auszuschelten. Sie trat aus dem Zimmer und ging auf mich zu.

„Bitte, nimm Paul nicht mit, sonst läßt er mich nicht eine Minute in Ruhe."

„Das ist wirklich zu stark."

„Er wird sich schon beruhigen, aber heute gib nach."

Ich nahm den Hut und ging langsam die Treppe hinab. Als ich im unteren Stockwerk war, öffnete sich die Wohnungstür und eine Dame winkte mir, einzutreten. Sie war eine Engländerin, verwitwet und Mutter zweier junger Mädchen, die die höhere Töchterschule besuchten. Ich grüßte sie immer höflich und sie dankte mir durch ein Lächeln, aber wir hatten niemals ein Wort miteinander gesprochen. Ihre geheimnisvolle Miene erregte meine Neugier. Sie ließ mich in einen kleinen Salon eintreten, der unter unserem Speisezimmer lag, wies mir einen Stuhl an und setzte sich auch nieder.

„Vor allem entschuldigen Sie, mein Herr, daß ich Sie hereingerufen habe, und dann verzeihen Sie mir das, was ich Ihnen sagen will, aber das Interesse, das ich für Sie empfinde, und mein Gewissen treiben mich dazu . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Kommt die „Gasse" wieder zu Ehren?

Die Straßennamen Berlins haben im Laufe der Jahrhunderte manche Wandlungen durchgemacht. Von einer besonderen Neigung, die hergebrachten Namen der Straßen zu achten und in bewußter Absicht an ihnen festzuhalten, war in früheren Zeiten nicht viel zu merken. Die meisten der älteren Straßen haben ihren Namen gewechselt, und vielen ist dieses Schicksal sogar mehrere Male widerfahren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich auch das Verlangen durch, das alte Wort „Gasse" aufzugeben und dafür die stattlichere Bezeichnung „Straße" zu wählen. Der im Jahre 1862 aufgestellte Bebauungsplan, ein nicht glücklicher Versuch, Ordnung in die bauliche Entwicklung Berlins hineinzubringen, sah nur noch breite Straßen vor. Auch die Bewohner der alten Gassen wollten damals die „Ehre" genießen, in „Straßen" zu wohnen, und drängten auf entsprechende Aenderung der Gassennamen. Die Behörden willfahrten diesen Wünschen mehr, als sich mit dem vielgerühmten „historischen Sinn" und der angeblichen „Pietät für das Ueberlieferte" vertrug. Im Jahre 1861 gab es in dem damaligen Berlin noch 47 Gassen, aber bis in die siebziger Jahre verminderte sich ihre Zahl schon auf die Hälfte. Heute zählt man in dem Stadtgebiet alten Umfanges, den jetzigen Verwaltungsbezirken 1 bis 6, noch ein Dutzend Gassen. Nicht mehr als ein zweites Dutzend Gassen finden wir in der Gesamtheit der Vororte, die im Jahre 1921 mit Berlin zu der größeren Einheitsgemeinde vereinigt wurden und jetzt die Verwaltungsbezirke 7 bis 20 bilden. In neuester Zeit scheint man aber die „Gasse" wieder zu Ehren bringen zu wollen, zwar nicht im älteren Berlin, doch im Gebiet jener Vororte. Unter den letzten Neubenennungen von Straßen, die jetzt vom Magistrat bekanntgegeben worden sind, finden wir einige Gassen. Im Verwaltungsbezirk Cöpenick hat man den guten Einfall gehabt, ein paar Gassennamen vorzuschlagen, und der Magistrat sowie das Polizeipräsidium und das Staatsministerium haben ihre Zustimmung gegeben. In der Altstadt Cöpenick gibt es eine Straße, die amtlich noch den Namen „Kietz" trägt. Von diesem „Kietz" zum Spreeufer führen mehrere Verbindungswege, und für sie sind jetzt die Namen „Kaumannsgasse", „Breite Gasse" und „Judisgasse" behördlich genehmigt worden. Genehmigt ist auch der von Cöpenick beantragte Name „Spreegasse" für eine Verbindung zwischen Wilhelmstraße und Spree, desgleichen der Name „Finkengasse" für die im Ortsteil Schmöckwitz liegende Straße 10. Beliebter als die Gassennamen waren bisher die mit Weg und Steg (auch Steig oder Stieg) zusammengesetzten Bezeichnungen für kleine und schmale Straßen. In manchen Vororten gibt es Dutzende solcher Straßennamen.

Revolution unter den Straßennamen.

1500 Berliner Straßen werden umgetauft!

Ein Stadtverordnetenausschuß hat im Berliner Rathaus folgenden Beschluß gefaßt: Nach einer aufgestellten Liste sollen rund 1500 Berliner Straßen und Plätze in der nächsten Zeit umbenannt werden.

Der Magistrat wird ersucht, diese Umbenennung nach vorgeschlagenen Richtlinien vorzunehmen. Zunächst sollen die Bezirksämter ersucht werden, Vorschläge über alle die Straßen und Plätze zu unterbreiten, bei denen heute die Verwechselungsgefahr am allergrößten ist, d. h. also bei den Straßen und Plätzen, die vielfach in Berlin vorkommen, wie z. B. die Kaiser-Friedrich- und Bismarckstraße und ferner bei den Plätzen und Straßen, die in verschiedenen Stadtgegenden liegen oder in einem Verwaltungsbezirk mehrfach vorkommen. Solche Umbenennungen sollen als dringend behandelt werden. Weiter wird der Magistrat ersucht, diesen Bericht des Ausschusses allen zwanzig Bezirksämtern zuzuleiten, damit diese einheitlich nach den vorgeschlagenen Richtlinien vorgehen und entsprechende Vorschläge machen können. Die Luisen- und Neue Wilhelmstraße in Berlin, eine Querstraße der Straße Unter den Linden, soll den Namen Hugo-Preuß-Straße erhalten.

Der Einheitsfahrschein.

Die Einführung des Einheitstarifs für die Berliner Verkehrsmittel macht natürlich auch die Schaffung eines neuen Fahrscheins notwendig. Im Prinzip wird der neue Einheitsfahrschein für Straßenbahn, Omnibus und Hoch- und Untergrundbahn den bisher von der Straßenbahn benutzten Umsteigefahrscheinen gleichen, nur zeigt die Vorderseite entsprechende Hinweise auf die Umsteigemöglichkeiten. Auch die Rückseite, die die Beförderungsbedingungen mitteilt und auf das Rückfahrtsverbot hinweist, ist nur unwesentlich verändert. Die Farbe der Fahrscheine bleibt bei der Straßenbahn wie bisher weiß, jedoch wird das Papier stärker sein, um das Zerknittern der Fahrscheine zu verhüten. Das Omnibusbillett wird rot aussehen und außerdem bei den Nachtomnibussen, für die nach 1 Uhr eine Sondergebühr von 20 Pf. zu entrichten ist, den mit Handstempel angebrachten Vermerk „Nacht" tragen. Die Fahrscheine der Hoch- und Untergrundbahn werden ziemlich so aussehen wie sie bisher schon im Umsteigeverkehr zur Straßenbahn im Gebrauch waren, und behalten auch ihre grüne Farbe. Die Untergrundbahn wird nur insofern noch einen von der sonst üblichen Form abweichenden Fahrschein benutzen, als dort, wo die sogenannten Passimeter aufgestellt sind, die alten Fahrkarten vorläufig weiter ausgegeben, aber mit einem automatischen Zeitstempel versehen werden.

Zum Kampf um die Geistesfreiheit!

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände sendet uns einen Aufruf mit der Bitte um Abdruck, dem wir folgendes entnehmen:

Kapital und Kirche bestimmen für die nächste Zeit die Geschicke des deutschen Volkes. Reaktionäre Gesetze und Verordnungen werden beschert, der Verwaltungsapparat durchsetzt mit christlichen Vertretern der Profitinteressenten. Bücher freigeistigen Inhalts werden verboten, sogenannte Gotteslästerungsprozesse stehen auf der Tagesordnung. Dem Schmutz- und Schundgesetz werden andere mittelalterliche und ein Schulgesetz folgen, das die Schule wieder unter die Aufsicht der Kirche stellt. Die Reichsverfassung wird planmäßig abgebaut. Die Kirche wittert Morgenluft und verpflichtet den Staat, die Ausbreitung des freien Gedankens zu verhindern, weil es ihr an geistigen Waffen gegen das Freidenkertum mangelt. Dagegen müssen alle fortschrittlich denkenden Menschen protestieren. Die Trennung der Kirche vom Staate und von der Schule ist in 13 Kulturstaaten durchgeführt, in Deutschland nicht. Wo die kirchliche Organisation vom Staate unterstützt wird, haben alle weltanschaulichen Verbände das gleiche zu verlangen. Die freigeistigen Verbände werden in der Woche vom 21. bis 26. März im ganzen Reiche zum Protest aufrufen und eine große Kirchenaustrittspropaganda einleiten. In dieser Zeit sollten alle Freunde der Geistesfreiheit für Aufklärung sorgen und die Werbearbeit unterstützen. Wir bitten alle fortschrittlichen Organisationen, sich mit den Ortsgruppen der freigeistigen Verbände in Verbindung zu setzen, um gleichzeitige größere Veranstaltungen zu vermeiden. Sozialisten, Republikaner! Unterstützt unsere Arbeit für die Geistesfreiheit und den sozialen Fortschritt!

Die mordende Straße. Beim Spielen auf dem Fahrdamm wurde gestern nachmittag der 7jährige Schüler Werner Nitschke aus der Palisadenstraße 7 in der Nähe der elterlichen Wohnung von einem Pferdegespann überfahren. Das verunglückte Kind wurde mit einer schweren Wirbelsäulenverletzung zur nächsten Rettungsstelle geschafft, wo es unter den Händen des Arztes starb.

Emden–Azoren–New York.

Das erste deutsche Ueberseekabel seit dem Kriege.

Das Kabel Emden—Azoren—New York ist am gestrigen Freitag in feierlicher Form der Deutschen Reichspostverwaltung übergeben worden. In den letzten Wochen hatte bereits ein ausgedehnter Probebetrieb stattgefunden, der die technische einwandfreie Ausführung des Kabels wie der Sende- und Empfangsstationen bewies. Der Präsident des Deutschen Reiches und der der Vereinigten Staaten von Amerika tauschten als erste offizielle Grüße auf dem neuen Kabel aus, das seit Beendigung des Krieges wieder die erste direkte Drahtverbindung zwischen Deutschland und Amerika ist.

Das Telegramm des deutschen Reichspräsidenten hatte folgenden Wortlaut:

„An den Präsidenten der Vereinigten Staten von Amerika,
Herrn Calvin Coolidge,
Weißes Haus, Washington.

Mit Genugtuung begrüße ich die Wiederherstellung der direkten Kabelverbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staten von Amerika, und es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen, Herr Präsident, und dem amerikanischen Volke anläßlich der Eröffnung des neuen Emden—Azoren—New York-Kabels meine aufrichtigsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe zuversichtlich, daß diese von amerikanischen und deutschen Gesellschaften gemeinschaftlich hergestellte neue telegraphische Verbindung immer dazu beitragen wird, das gute Einvernehmen zwischen unseren Ländern und ihre wirtschaftlichen Interessen zu fördern und zu erhalten. v. Hindenburg."

Präsident Coolidge antwortete hierauf mit folgenden Worten:

„Sr. Exzellenz dem Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg,
Berlin.

Es gereicht mir zum Vergnügen, aus Anlaß der Inbetriebnahme der unmittelbaren Kabelverbindung zwischen den USA. und Deutschland Eurer Exzellenz meine aufrichtigsten Glückwünsche zu senden und die Hoffnung auszudrücken, daß diese neu hinzugekommene Telegraphenverbindung die gegenseitige Verständigung und das gute Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern fördern wird. Calvin Coolidge."

Am gestrigen Abend hatten sich die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie hervorragende Techniker, Industrielle und Vertreter der Presse im Hotel Esplanade zu einem Festakt versammelt, in dem die direkte Kabelverbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gefeiert wurde. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft, Dr. Georg Solmssen, hielt eine Begrüßungsansprache, in der er darauf hinwies, daß man an dem Tage, an dem zum erstenmal seit dem Weltkrieg wieder ein deutschen Transozeanisches Unterseekabel dem Verkehr übergeben werden solle, man der Zeiten gedenken müsse, als Deutschland über ein Kabelnetz verfügte, das es mit den Vereinigten Staaten und Südamerika verband und am ostasiatischen Kabelverkehr beteiligte. Der Weltkrieg hat Deutschland seinen ganzen etwa 20 000 Seemeilen messenden Kabelbesitz genommen, obwohl es sich hierbei um Privateigentum handelte. Unter den schwierigsten Verhältnissen wurde der Wiederaufbau des deutschen überseeischen Telegraphenverkehrs in Angriff genommen. Der Redner streifte die Verhandlungen, die zu diesem Zwecke geführt wurden und betonte die Wichtigkeit der unmittelbaren Kabelverbindung zwischen Deutschland und Amerika. Die innere Logik der Wirtschaft und auch der Politik der beiden Nationen forderten gebieterisch diese verkehrstechnische Tat. Anschließend schilderte Solmssen die Zusammenarbeit der Deutsch-Amerikanischen Telegraphengesellschaft und der Firma W. A. Herrmann u. Co. Die letztere sei bereit gewesen, das deutsche Kabel Emden—Azoren durch Uebernahme einer Anleihe im Höchstbetrag von 5 Millionen Dollar zu finanzieren. Darauf habe man sich mit Unterstützung der englischen Regierung um die portugiesische Konzession zur Landung des Kabels auf den Azoren beworben und mit der Commercial-Cable-Company ein Abkommen getroffen, durch das sich diese verpflichtete, anschließend an das Kabel Emden—Azoren ein amerikanisches Kabel von den Azoren nach New York zu legen. Inzwischen aber habe dann die Western Union-Telegraph-Company ein alle bisher gelegten Kabel übertreffendes Hochleistungskabel New York—Azoren gelegt, so daß sich die Legung eines weiteren Kabels erübrigte. Mit diesem Kabel wird nunmehr gearbeitet. Nachdem sich die beiden amerikanischen Gesellschaften geeinigt hatten, konnte der Betrieb aufgenommen werden. Es ist möglich, mit diesem Kabel in der Minute 1500 Zeichen zu versenden, während die Leistungen der Vorkriegszeit nur 500 betrugen. Zum Schluß seiner Rede wies der Redner auf die Wechselwirkung zwischen Kabel- und Radiotelegraphie hin und übergab das Kabel dem Reichspostminister, indem er erklärte, daß das transatlantische Kabel ein Werkzeug des Friedensgedankens sei und als solches arbeiten möge.

Reichspostminister Dr. Schätzel dankte dem Redner, verlas die Botschaften der beiden Präsidenten und übergab dann das Kabel dem öffentlichen Dienst, indem er den Wunsch aussprach, daß es die friedliche Entwicklung der Völkerbeziehungen fördern möge. Nach einer Rede des amerikanischen Botschafters Schurman, der ebenfalls zum Ausdruck brachte, daß das Kabel nicht nur ein wirksames Werkzeug des Handels und des Verkehrs werden möge, sondern auch für das deutsche und amerikanische Volk ein höheres Organ des gegenseitigen Verstehens und der Hochschätzung des Friedens und des guten Willens sein möge, fand die Feier ihren Abschluß.

Ein Amokläufer.

Unter dem Einfluß des Alkohols.

Am Freitag nachmittag gegen 4 Uhr überfiel der Schirrmeister Michael Schwer, Mariendorfer Weg 4 in Neukölln, seine Hausnachbarin, die Ehefrau Teichmüller, in einem Wutanfall wegen häuslicher Streitigkeiten, ohne den geringsten Anlaß und brachte der Frau mehrere Messerstiche in die Brust bei, so daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Auf die Hilferufe der Frau eilte ein anderer Hausgenosse, der Schlosser Greger, hinzu, wurde aber gleichfalls von dem Rasenden durch einen Messerstich am Arme verwundet. Sodann lief Schwer auf die Straße und wollte sich auf dort spielende Kinder stürzen, wurde aber an weiteren Ausschreitungen durch Straßenpassanten gehindert. Inzwischen war das Ueberfallkommando herbeigerufen worden, das den Täter, der sich in seine Wohnung begeben hatte, festnahm und zur Wache brachte. Die Verletzten erhielten auf der Rettungswache einen Notverband. Frau Teichmüller hat infolge des Messerstiches schwere innere Blutungen erlitten und war bis gegen Abend noch nicht vernehmungsfähig. Man hegt die ernstesten Befürchtungen für ihr Leben. Der Täter ist ein dem Trunke ergebener Mensch, der schon häufig Gewaltakte begangen hat und sich in vergangener Nacht durch schweren Skandal in seiner Wohnung übel bemerkbar gemacht hatte.

Forstschädlingsbekämpfung durch Flugzeuge.

Die wirksame Bekämpfung von Forstschädlingen ist bisher großen Schwierigkeiten begegnet. Alle Mittel, die vom Waldboden aus angewandt werden mußten, haben sich als unzulänglich erwiesen und man hat sich tatsächlich darauf beschränken müssen, den Baumschädlingen, besonders der Raupe der Forleule, freien Lauf zu lassen und auf ihr natürliches Absterben zu rechnen.

Versuche, die mit dem Streuen von Giftpulvern von oben her, d. h. also durch Flugzeuge unternommen wurden, haben überraschende Erfolge gehabt, doch mangelte es bisher an geeigneten Flugmaschinen. Ein provisorischer Umbau von Frachtflugzeugen für Bestäubungszwecke hat sich als unzulänglich erwiesen, so daß die Caspar-Werke in Travemünde den Bau eines eigens für diese Zwecke konstruierten Flugzeuges übernehmen. Die Maschine wurde dieser Tage geladenen Sachverständigen und der Presse über einem kleinen Wäldchen unweit des Flugplatzes Staaken in Tätigkeit vorgeführt. Sie hat eine außerordentlich gedrungene Bauweise und einen ganz ungewöhnlich hohen Rumpf, der die Mitnahme von etwa 14 Zentnern Giftstreupulver ermöglicht. Eine besonders sinnreich konstruierte Abwurfvorrichtung ermöglicht nicht nur die genaue Dosierung, sondern, was besonders wichtig und für den Erfolg ausschlaggebend ist, auch eine feine, gleichmäßige und große Verteilung des Pulvers. Besondere Schwierigkeiten machte die durch das Rütteln im Flugzeug hervorgerufene Zusammenballung des Streupulvers im Vorratstank. Man nimmt jetzt in der neuen Maschine den durch das Flugzeug hervorgerufenen Luftstrom zu Hilfe und erreicht dadurch eine vollkommene Zerstäubung. Die verhältnismäßig hohe Geschwindigkeit des fahrenden Flugzeuges bedingt es, daß pro Sekunde etwa sieben Kilogramm Streupulver das Flugzeug verlassen müssen. Bei der Vorführung war die Bestäubung der Kiefern eine vollkommene, im Ernstfalle wäre wohl kaum eine Raupe mit dem Leben davon gekommen. Das Streupulver ist arsensaurer Kalk, ein Präparat, das höheren Tiergattungen — dem Wild und den Vögeln — nicht gefährlich ist. Die neuen Spezialmaschinen scheinen berufen, in der Forstschädlingsbekämpfung erfolgreiche Hilfe zu leisten.

Prof. Hans Baluschek spricht am 12. März, abends 8 Uhr, im Rahmen der Ausstellung des Volksbildungsamtes Friedrichshain „Die Welt der Arbeit im graphischen Bild" in der Schulaula, Petersburger Str. 4. Er behandelt das Thema „Bildende Kunst und bildende Künstler in der Gegenwart". Der Eintrittspreis ist auf 30 Pf. festgesetzt. Die Ausstellung ist vom 12. bis 19. März geöffnet.

Das städtische Schulmuseum in der 309. Volksschule in Berlin, Dunckerstr. 64, Nähe Bahnhof Prenzlauer Allee, ist am 6. März von 10 bis 12½ Uhr vormittags geöffnet. Der Verwalter des Museums, Rektor Roß, übernimmt die Führung und wird Vorträge über die interessantesten Gegenstände der Sammlung halten. Interessenten und Gäste sind willkommen. Der Eintritt ist kostenfrei.

Frau Meisterin will keine Haube tragen.

Es hilft ihr aber nichts!

Die Frau des Fleischermeisters T. aus Görlitz war seinerzeit in Strafe genommen worden, weil sie im Geschäft ihres Ehemanns keine weiße Haube getragen habe, wie es eine Polizeiverordnung vom 12. Februar 1925 vorschreibt; hiernach sollen Frauen, welche in Fleischergeschäften tätig sind, weiße Hauben tragen, so daß das Herausfallen von Haaren verhindert wird. Frau T. weigerte sich entschieden, eine solche Haube im Geschäft zu tragen, da die Polizeiverordnung ungültig sei; auch bekomme sie Kopfschmerzen, wenn sie die Haube trage. Das Amtsgericht verurteilte aber Frau T. zu einer Geldstrafe und nahm an, daß die erwähnte Polizeiverordnung gültig sei, da sie verhüten wolle, daß Fleischwaren durch herabfallende Haare verunreinigt werden können. Die Kopfschmerzen der Angeklagten seien nicht auf das Tragen der Haube, sondern auf andere Ursachen zurückzuführen. Diese Entscheidung focht Frau T. durch Revision beim Kammergericht an und bestritt vor allem die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung, welche u. a. mit den Grundsätzen der Gewerbeordnung und der Gewerbefreiheit im Widerspruch stehe. Es liege aber auch ein Notstand vor, da die Angeklagte vom Tragen der Haube Kopfschmerzen erhalte. Der I. Strafsenat des Berliner Kammergerichts wies die Revision der Angeklagten als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Verurteilung der Angeklagten sei ohne Rechtirrtum ergangen. Die Polizeiverordnung sei unbedenklich als rechtsgültig anzusehen und stehe nicht mit den Grundsätzen der Gewerbefreiheit im Widerspruch. Die Gewerbeordnung beseitige nur solche Beschränkungen, welche der Zulassung zum Gewerbebetrieb entgegenstehen, nicht aber Vorschriften, welche die Ausübung der Gewerbe regeln. Die Polizeiverordnung sei im Interesse von Leben und Gesundheit ergangen und wolle verhüten, daß die Fleischwaren durch die Haare verunreinigt werden. Nach § 6c und f des Polizeiverwaltungsgesetzes gehöre es zu den Aufgaben der Polizeibehörde, für Leben und Gesundheit Sorge zu tragen; zu den Gegenständen des Polizeiverordnungsrechts gehöre auch nach § 6c des Polizeiverwaltungsgesetzes der Marktverkehr und das öffentliche Feilhalten von Nahrungsmitteln. Einwandfrei habe die Vorinstanz auch festgestellt, daß der Kopfschmerz nicht auf die leichte Haube zurückzuführen sei. (1. S. 1221. 26. Nachdruck verboten.)

Die Sulzenbacher Hütte abgebrannt.

Die der Sektion Kempten-Füssen der „Naturfreunde" gehörige Sulzenbacher Hütte in den Lechthaler Alpen ist gänzlich abgebrannt. Am Tage vorher war die Hütte noch von Münchener Skifahrern besucht.

Zum Mundspülen kann man keine Zahnpasta benutzen, keine einzige!
Nur
mit Mundwasser kann man den Mund spülen und nur ein wirklich antiseptisches Mundwasser wie
ODOL
hemmt die Entwicklung der Bakterien im Munde und beseitigt üblen Mundgeruch.

Die Helfer der Reaktion.

Kommunisten für den Hausbesitz.

Als Schrittmacher der Pläne des Stadtrats Busch für uneingeschränkte Herrschaft des privaten Baukapitals entpuppten sich die Kommunisten unter Führung ihres sattsam bekannten Leo Ostrowsky in dem von der Bezirksversammlung Friedrichshain eingesetzten Ausschuß zur Beratung des Wohnungsbauprogramms unserer Fraktion.

Gemäß ihrer Devise, erst muß alles verruiniert werden, übertrumpfen sie sogar Stadtrat Busch noch und lehnen die Hauszinssteuer glatt ab, sind also bereit, den Hausbesitzern ungezählte Millionen in die Taschen zu jagen. Daß der Vertreter der Hausbesitzer seine helle Freude an dieser neuen Erleuchtung seiner Freunde von links hatte, versteht sich von selbst. Die neueste Erfindung auf finanzpolitischem Gebiet gab Herr Ostrowsky zum besten. Man nehme den sozialen Versicherungsgesellschaften die angesammelten Gelder weg und verwende sie restlos zum Wohnungsbau. Bei diesem Angriff auf die Selbstverwaltung der von den Arbeitnehmern aufgebrachten Gelder wurde Herr Ostrowsky nicht einmal rot. Wer dann die Renten zahlt, kümmert Herrn Ostrowsky nicht. Arm in Arm mit den Hausbesitzervertretern suchten die Moskauer den SPD.-Antrag zu sabotieren, was einen der ihrigen, Herrn Reepschläger, den Führer der Berliner Zimmerer in die größte Verlegenheit brachte. Schließlich zogen unsere Genossen ihren Antrag zurück und überließen die Beschützer des Haus- und Finanzkapitals der Beschlußunfähigkeit. Die Bauhandwerker und die Wohnungslosen können sich bei den Kommunisten nun ebenso bedanken wie bei den Hyänen der freien Bauwirtschaft, wenn weniger gebaut wird und die Mieten ins ungemessene steigen.

In einer gut besuchten Werbeversammlung, die der Kreis Friedrichshain in den Andreassestsälen veranstaltete, sprach Landtagsabgeordneter Genosse Leinert. Anknüpfend an die letzten politischen Ereignisse gab er einen Ueberblick über den wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterschaft. Das Betriebsrätegesetz könnte für die Arbeiterschaft eine starke Waffe werden. Leider sieht ein Teil der Betriebsräte immer noch sein Aufgabengebiet darin, nur für die Kommunistische Partei Werbearbeit zu leisten. Die Kommunisten zeigen immer wieder, daß sie gar nicht daran denken, für die arbeitende Bevölkerung ganze Arbeit zu leisten. Sie liefern die Regierungsmacht der Reaktion aus. Heute regieren in Deutschland wieder Männer, die den Krieg verloren haben und es ist kein Zufall, daß gerade unter ihrer Regierung der Militarismus wieder stark wird. Erst der gewaltigen Agitation der Sozialdemokratie sei es gelungen, im Interesse der Befriedung Europas gegen den Militarismus anzukämpfen. Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Der Jürgensprozeß.

Um den Stargarder Einbruch.

Im Jürgens-Prozeß wurden die früheren Hausangestellten des Ehepaars Jürgens, ein Fräulein Werner aus Stargard und die Köchin Blank vernommen. Beide waren nach dem Einbruch in Stargard in den Verdacht der Mittäterschaft geraten. Jürgens aber erklärte, daß dieser Verdacht ohne jede Begründung sei. Sie schilderten dann den Einbruch so, wie es schon mehrfach im Verlauf des Prozesses bekanntgeworden ist. Beide bestritten, irgend jemanden Türschlüssel oder den Schlüssel zum Schreibtisch ausgeliefert zu haben. Sie erklärten, im Hause Jürgens gut behandelt worden zu sein und daß man dort gut, aber durchaus nicht üppig gelebt habe.

Nach der Pause kam es zunächst noch zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Oberstaatsanwalt und der Verteidigung über die Frage der Ladung von Sachverständigen, die sich über die Möglichkeit äußern sollen, ob tatsächlich Komunisten diesen Einbruch verübt haben können. R.-A. Dr. **Alsberg** protestierte scharf gegen diesen Antrag des Oberstaatsanwalts, da es unverständlich sei, wie man unter Beweis stellen könne, ob sich Kommunisten bei Einbrüchen immer in ganz bestimmter Art und Weise benehmen. Es könne doch niemand in Deutschland bekunden, wie die seelische Struktur der Kommunisten beschaffen sei. Justizrat Dr. **Werthauer** kam zu der gleichen Auffassung und riet dem Oberstaatsanwalt, auf diese Beweisführung überhaupt zu verzichten, da man doch nicht Beweisanträge darüber stellen könne, daß Kommunisten Einbrüche verübten. Bei dieser Gelegenheit kündigte Justizrat **Werthauer** auch einen Protest gegen die vom Oberstaatsanwalt beabsichtigte Heranziehung der Schallanalyse bei der Begutachtung des Drohbriefes an. Eventuell werde die Verteidigung die Gegensachverständigen Raphael Sherman aus Wien laden. Das Gericht setzte die Beschlußfassung über diese Anträge zunächst aus. — Im Anschluß daran wurden weitere Hausbewohner über den Stargarder Einbruch vernommen. Ziemlich ergötzlich war die Vernehmung eines Beamten der Stargarder Schließgesellschaft, dem der Schutz des Jürgensschen Hauses anvertraut war. Ganz abgesehen davon, daß ein Hausbewohner behauptete, der Schließer habe meistens die Haustür offen gelassen, wenn er auf dem Hofe nachsah, stellte sich auch heraus, daß der Schließer tagaus tagein seiner Vorschrift gemäß immer zu den gleichen Stunden kontrollieren mußte, so daß, wie der Vorsitzende bemerkte, ein intelligenter Einbrecher in der Zwischenzeit ungehindert eindringen konnte. Der Schließer will auch einmal in der Nähe des Jürgensschen Hauses zwei verdächtige Gestalten bemerkt haben. Er will auch Spuren im Schnee bemerkt haben, es seien aber nur die eines etwa zehnjährigen Kindes gewesen. Hierauf wurde der Prozeß auf Sonnabend vertagt.

Aufführungen der Jugendbühne. Die Jugendbühne, Arbeitsgemeinschaft von Lehrern und Lehrerinnen, veranstaltet bereits im 6. Jahre Schülervorstellungen für höhere, Mittel- und Volksschulen von Berlin und der Provinz (Jüterbog, Luckenwalde, Wriezen, Kreis Ruppin usw.). Die guten Aufführungen bei entsprechend billigen Preisen (85 Pf.) sichern den Veranstaltungen großes Interesse und zahlreichen Besuch. Die am 2., 3. und 4. März stattgefundenen Vorstellungen von „Wilhelm Tell" im Theater am Nollendorfplatz gingen vor ausverkauftem Hause vor sich. Man verpflichtete für die Rollen der Hauptdarsteller Mitglieder der Staatsbühne, wie Hans Mühlhofer, Toblina Gondy u. a., auch die Besetzung der Nebenrollen war eine recht gute und die Aufführung fand starke, begeisterte Aufnahme bei den 1100 kleinen Besuchern. Es tut in unserer Zeit mit der fast krankhaften Sucht der allgemeinen Modernisierung einmal ganz gut, alte Klassiker, weder in der Form früherer Kunstepochen, noch in der umstürzlerischen Auffassung heutiger Darsteller, sondern in allgemein verständlicher Auffassung des Stoffes vorgesetzt zu bekommen. Als nächste Vorstellung findet eine Aufführung von „Minna von Barnhelm" statt.

Arbeiter-Kultur-Kartell. Für die am Sonntag, dem 6. März, vormittags 11½ Uhr, in der Volksbühne stattfindende Aufführung „Frühlings-Mysterium" sind noch einige Karten zum Preise von 1,50 Mark im Bureau des Arbeiter-Kultur-Kartells, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8, zu haben.

Sarrasanis Völkerschau in der Arena hat gestern mit seiner Premiere in der Neuen Autohalle am Kaiserdamm großen Beifall gefunden. Das Premierenprogramm wird täglich 7.30 Uhr abends wiederholt, Mittwochs, Sonnabends, Sonntags auch nachmittags 3 Uhr (Kinder halbe Preise). Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Sarrasanis Berliner Gastspiel nur von kurzer Dauer sein kann.

Freie Sozialistische Hochschule.

Heute, 5. März, 7½ Uhr abends

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Gen. Prof. Dr. **Max Adler-Wien**

„Psychologische und ethische Probleme des Marxismus."

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, II, Zimmer 8. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5. — „Werkfreude" Bücherstuben, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Vorwärts-Spedition Lange Str. 88.

GepflegteMenschen

kauen mit Vorliebe P.K.-Kau-Bonbons. Reine Zähne, kräftiges Zahnfleisch und angenehm duftender Atem sind die Folgeerscheinungen.

Millionen Menschen, jung und alt, erfreuen sich der angenehmen Wirkung der berühmten P.K.-Kau-Bonbons.

P.K.-Kau-Bonbons verschaffen ein erfrischendes Gefühl bei Wanderungen, Spiel und Sport. G. H. 28

Päckchen — 4 Stück — 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY P.K. KAU-BONBONS

FABRIK: WRIGLEY A.G. FRANKFURT a. M.

Rachitis, Skrofulose, Tuberkulose bedrohen alle Kinder!

Die Gefahr, daß Gesundgeborene durch Vernachlässigung verkrüppeln, muß systematisch bekämpft werden.

Eine Vernachlässigung beginnt, wenn Eltern die moderne Elternpflicht versäumen, jedes Kind in seinem ersten Lebensjahre vorbeugend mit der Quarzlampe „Künstliche Höhensonne" – Original Hanau – bestrahlen zu lassen.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Bei rachitischen Kindern werden an sich harmlosere Erkrankungen stets gefährlich. Nichts anderes als Rachitis ist meist die Grundlage der zahlreichen Todesfälle „an Masern", „an Keuchhusten", „an Grippe". Die meisten Kinder, die an Rachitis schwer erkranken, laufen Gefahr, zu Krüppeln zu werden. Verkrümmungen der Beine, Rückgratverkrümmungen, vom einfachen schiefen Rücken bis zum schwersten Höcker, Plattfüße mit ihren lebenslänglichen Beschwerden, Zwergwuchs, Häßlichkeit der Gesichtszüge, stockige Zähne, vorspringende Stirn, eingezogene Nase, Beckenverengungen der Mädchen, die bei späterer Geburt zur Gefahr werden, sind alles Folgeerscheinungen schwerer rachitischer Erkrankungen der Kindheit; alle davon Betroffenen werden Unglückliche und in ihrem ganzen Leben in traurigster Weise körperlich und seelisch benachteiligt.

Was ist Rachitis?

Rachitis (englische Krankheit) ist eine derart verbreitete Erkrankung, daß — was häufig unbekannt — fast jedes Kind in Mitteleuropa im ersten Lebensjahr eine rachitische Erkrankung durchmacht. Rachitis bedroht alle Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre, gleichviel, ob arm, ob reich, gut oder schlecht ernährt, auf dem Lande wie in der Stadt. *Wie erkennt die Mutter eine beginnende Rachitis?* Durch Betühlen des Hinterkopfes, an dem sich weiche Stellen im Schädeldach zeigen; ferner durch häufiges Auftreten starken Kopfschweißes. In solchen Fällen muß sofort der Arzt befragt werden.

Es ist Elternpflicht,

jeden Säugling in seinem ersten Lebensjahr vorbeugend mit der Hanauer Quarzlampe bestrahlen zu lassen, da auch die Entstehung der Rachitis durch vorbeugende Bestrahlung sicher verhindert werden kann. „Rachitis bekämpfen heißt auch den Masern, dem Keuchhusten und banalen Erkrankungen ihre Gefährlichkeit nehmen." (Husler.)

Fragen Sie Ihren Arzt!

Was ist Skrofulose?

Skrofulose ist eine besondere Form der Tuberkulose. Beim Säugling äußert sie sich im Wundsein, Ausschlag, Milchschorf, beim älteren Kinde in Neigung zu Katarrhen der Luftwege (Schnupfen, Husten, Heiserkeit) oder in Nesselsucht, Juckausschlag, Vergrößerung der Rachen- oder Gaumenmandeln u. a. m. Ferner in Abmagerung, Blässe, Appetitlosigkeit, Müdigkeit, leicht erhöhten Temperaturen. Oft besteht lange anhaltende Ohreiterung. Am häufigsten anzutreffen aber ist eine Entzündung der Augen, Tränenfluß, wunde Lidränder und starke Lichtscheu. Insbesondere sollten auch *die* Kinder bestrahlt werden, bei denen *nur Drüsenschwellungen* ohne die Zeichen der Skrofulose bestehen. Findet die Mutter am Halse ihres Kindes *kleine Knötchen*, so sind die Drüsen des ganzen Körpers geschwollen. Das Kind hat keinen Appetit und ist nervös. Diese Drüsenkrankheit (lymphatische Diathese) wird mit Sicherheit durch die ultravioletten Strahlen der „Künstlichen Höhensonne" auf das günstigste beeinflußt. — *Nicht nur bei Skrofulose,* sondern auch bei vielen anderen Formen der Tuberkulose, bei *Tuberkulose-Verdacht* werden nach den Erfahrungen zahlreicher Autoritäten treffliche Heilerfolge erzielt durch die billige, bequeme und schnellwirkende Ultraviolett-Therapie mit Quarzlampe „Künstliche Höhensonne" — Original Hanau —.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Helfen Sie mit! Ihre wirksame Mithilfe

kann darin bestehen, bei Ihrem Bürgermeister und den von Ihnen gewählten Abgeordneten anzuregen, daß den Mutterberatungsstellen, den Fürsorgestellen, den Wohlfahrtsämtern, den Schulen ärztlich geleitete Bestrahlungsanlagen angegliedert werden. Die geringen Kosten kann jede Gemeinde aufbringen. Aerzte und Stadtverordnete sollten dazu beitragen, daß den Schulen, den Fürsorgestellen, den Gemeinden, den Wohlfahrtsämtern und größeren Fabriken ärztlich geleitete *Bestrahlungshallen mit Quarzlampen „Künstliche Höhensonne" — Original Hanau* — zur Behandlung nach Prinzipien von Professor Jesionek angegliedert werden. Für einen Bruchteil der Kosten, die die Anstaltskur nur eines Kranken sonst verursacht, können täglich viele Kranke mit Quarzlampe „Künstliche Höhensonne" — Original Hanau — bestrahlt werden. Jede rechtzeitig begonnene Bestrahlung spart Unsummen öffentlicher Gelder, die sonst für Anstaltskuren geopfert werden müssen — Verlangen Sie zur Begründung von Anträgen die „Merkblätter für Eltern und Pflegerinnen" betreffs Rachitis, Skrofulose, Tetanie (Säuglingskrämpfe). Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Quarzlampen-Gesellschaft m. b. H. — Hanau a. Main, Postfach Nr. 143

Ein Aufklärungsfilm zur Verhütung rachitischer Erkrankungen der Kinder wird Korporationen, Gemeinden, Vereinen auf Antrag leihweise zur Verfügung gestellt. Verlangen Sie das „Filmflugblatt" kostenlos.

Sage allen Freunden, Bekannten, Verwandten und den Vereinen für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Paul Rusch

meinen herzlichen Dank.

Emma Rusch.

Für die überaus große Teilnahme bei der Einäscherung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Anna Krenzlin

sagen wir allen lieben Freunden, Bekannten und Hausbewohnern, der Konsumgenossenschaft unseren herzlichsten Dank!

Oskar Krenzlin nebst Kindern.

Kurhaus Clausthal

in Kellinghusen (Mittelholstein)

herrlich gelegen, großer, schöner Garten, geräumige, sonnige Glasveranda, helle Fremdenzimmer, gemütl. Aufenthaltsräume, Zentralheizung, Winter und Sommer geöffnet. Pension 4,50 Mk. ohne sonstige Nebenkosten. Nähere Auskunft erteilt

Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt,

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8

Bettfedern Adolf Pohl

Dresdener Straße 15

(Fabrikgebäude)

Ueber die Geschichte der Feuerbestattung spricht am 8. März, abends 6 Uhr, in der Urania Otto Roth vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung an Hand von Lichtbildern und Filmen. Durch Lichtbilder werden zunächst die heute bei anderen Völkern noch angewandten vier Bestattungsformen: Luft und Wasser, Erde und Feuer erläutert. Weiter wird im Film eine moderne Feuerbestattungsanlage gezeigt.

Eine Ausstellung von Arbeiten jugendlicher Erwerbsloser veranstaltet das Bezirksjugendamt Prenzlauer Berg vom 10. März bis zum 12. März im Tagesheim der jugendlichen Erwerbslosen, Pappelallee 25, Quergebäude rechts 4 Treppen. Die Ausstellung ist täglich von 3—7 Uhr, Sonnabends bis 5 Uhr geöffnet. Der Besuch ist unentgeltlich.

Eine große öffentliche Versammlung aller Laden-, Geschäftsraum- und Wohnraummieter findet am Sonntag, dem 6. März, vorm. 10½ Uhr, in den Pharussälen, Müllerstr. 142, statt.

Eine neue Stiller-Filiale in Schöneberg. Heute, den 5. März, nachm. 3 Uhr, findet die Eröffnung der neuen Stiller-Schuhfiliale in der Hauptstraße 146 und Bahnstraße 48, nahe beim alten Schöneberger Rathaus, statt. Am Eröffnungstage wird allen Kindern ein Eröffnungsgeschenk bei Stiller überreicht.

„Bubikopf-Wasserwellen." Die Fachabteilung der Friseurgehilfenorganisation in Berlin hat einen Wettbewerb in Wasserwellen moderner Damenkurzhaarfrisuren ausgeschrieben, der morgen, Sonntag abend 6 Uhr, in Haverlands Festsälen ausgefochten wird. Außer den Berliner Bewerbern beteiligen sich an dem Wettstreit, der um das deutsche Verbandsschild geht, Spezialisten in Wasserwellen aus 10 Großstädten. Für das Preisgericht haben sich erstklassige Fachleute zur Verfügung gestellt. (S. a. Anzeigenteil.)

Wohltätigkeitskonzert der Schupo. Zu Gunsten des neugegründeten „Frauenhilfsvereins der staatlichen Polizeiverwaltung Berlin" veranstaltet das Sinfonie-Orchester der Schutzpolizei Berlin am Montag, den 7. März, 8 Uhr abends, in der Staatlichen Hochschule für Musik das IV. Sinfonie-Konzert, dessen Reinertrag durch den „Frauenhilfsverein" den durch Krankheit in Not geratenen Familien von Polizeibeamten zugute kommt. Auf dem Programm stehen diesmal neuzeitliche Komponisten wie Reznicek, Malipiero, Grainger und Bruckner. Die Leitung liegt wieder in Händen des bewährten Kapellmeisters Camillo Hildebrand. Der Tenor Roland Hell singt Patacky-Lieder. Kammersängerin Mafalda Salvatini hat in liebenswürdiger Weise ihre Mitwirkung in der Arie aus „Russalka" von Dworak und „Manon" von Puccini zugesagt.

Sport.

Scott schlägt Diener.

Der Engländer in jeder Runde überlegen.

Der Sportpalast hatte gestern seinen Großkampftag im Boxen, bei dem die deutschen Meister Diener und Domgörgen die Siege ihren ausländischen Gegnern lassen mußten.

Im Hauptkampf des Abends, in dem Diener gegen Scott kämpfte, mußte sich der Deutsche von Anfang an auf die Verteidigung beschränken. Der baumlange Engländer verstand es glänzend, seinen Gegner mit dem linken Arm zurechtzuschieben, um ihm rechts seine harten Schläge zu erteilen. Oft lief Diener ohne jede Direktion in Scotts Fäuste hinein. Der Engländer kämpfte wie einer, der seinen Sieg schon mitgebracht hat und Diener mußte einstecken, was Scott ihm gab. In der sechsten Runde holte Diener mächtig auf; einige große Magenschläge geben Scott genug für die Runde. Doch die siebente Runde brachte Scott wieder, was er verlor, Diener mußte auf einen Kinnhacken hin bis 8 in die Knie. Schließlich war Dieners linke Kopfhälfte das Ziel Scottscher Siegeswünsche, die denn auch in Erfüllung gingen. Die Ringrichter entschieden einstimmig für Scott.

Der Einleitungskampf des Abends sah Ludwig Haymann und van der Veer (Holland) im Ring. Sie lieferten einen Kampf, bei dem Haymann mit dem reichlich massiven van der Veer nichts Rechtes anfangen konnte. Der Holländer verließ sich auf seine Linke, konnte sie aber nicht anbringen. Haymann war weitaus besser als van der Veer, an dessen Fettpolster alles abrutschte. Der Sieg von Haymann war verdient. — Domgörgens Kampf gegen Nitram (Frankreich) war einer der besten Faustkämpfe, die je gestartet wurden. Der Franzose setzte von Anfang an ein noch nie gesehenes Tempo auf, dem der Deutsche nicht gewachsen war. Er mußte sich von seinem Gegner noch Gefallen im Ring treiben lassen und hatte zu tun, die Runden zu überstehen. Nitram siegte haushoch — man sah einen Boxer!

Meisterschaft der Zeitungsfahrer. Unter den 166 Zeitungsfahrern, die am Sonntag nachmittag auf dem Gelände der Rütt-Arena ihren Meister bestimmen wollen, befinden sich viele bekannte Bahn- und Straßenfahrer aus den Kreisen der Professionals und Amateure. Eine Kommission, bestehend aus Rütt, Aberger und Dobbrack, hat inzwischen die Gewichtszulagen bestimmt, die diejenigen Fahrer erhalten, die bereits größere Erfolge auf Bahn und Straße errungen haben. Während das Gros mit je 25 Pfd. Zeitungsmakulatur in Rucksäcken belastet wird, haben die „Kanonen" bis zu 40 Pfd. zu transportieren. Nachdem sich in den beiden Vorläufen über je 10 Runden (rund 8½ Kilometer) die Spreu vom Weizen gesondert hat, treten die 50 Qualifizierten zum Endlauf an. Hier erhält jeder Fahrer einen Preis.

Dem Ehren-Wettfahrausschuß gehört u. a. der bekannte Schauspieler und Radsportfreund Alfred Abel an. Den Startschuß gibt Paul Samson-Körner ab.

Explosionsunglück in den Leunawerken. In der Technischen Versuchsanstalt im Bau 24a des Leunawerkes explodierte eine Ammoniak-Gasflasche. Von den sechs in dem Raum beschäftigten Angestellten wurden vier schwer verletzt und einer getötet.

Ein Warenhaus niedergebrannt. Das Warenhaus der Firma Rudolf Karstadt A.-G. in Winsen (Hannover) ist in der Nacht zum Freitag durch ein Schadenfeuer im Innern völlig ausgebrannt. Die Bewohner des Hauses konnten sich rechtzeitig retten. Der Schaden ist sehr erheblich, da große Warenvorräte dem Feuer und dem Wasser zum Opfer fielen. Der Brand soll auf eine veraltete Schornsteinanlage zurückzuführen sein.

Aufdeckung eines Mordes nach 22 Jahren. Der wegen eines Sittlichkeitsverbrechens in das Hofer Gerichtsgefängnis eingelieferte Bauer Dorsch ist, wie die Untersuchung ergeben hat, dringend verdächtigt, vor 22 Jahren in Böhmen den 18jährigen Kunstschüler Arno Seidel aus Plauen beim Schmuggeln ermordet zu haben. Man hält Dorsch durch Aussagen seiner verstorbenen Frau für überführt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

11. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Die Abteilungsleiter werden dringend gebeten, heute, Sonnabend, 5. März, nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr von der Spedition, Belziger Str. 27, Plakate für die öffentliche Versammlung abzuholen. — Montag, 7. März, 8 Uhr, bei Will, Martin-Luther-Str. 69, findet der Vortrag des Genossen Stadtrat Wutzky über „Wohnungs-, Siedlungs- und Städtebau" statt. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Heute, Sonnabend, 5. März:

40. **Abt.** Soweit es noch nicht geschehen, sind die Flugblätter gegen den Mietwucher sofort von Keusner, Hagelberger Str. 30a, abzuholen und zu verteilen.

78. **Abt. Schöneberg.** 5½ Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Beteiligung aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Neukölln. 91. **Abt.** Funktionärsitzung mit den Kreisvertretern abends 7½ Uhr bei Ramin, Mainzer Str. 12. Jeder Funktionär ist verpflichtet, zu dieser Sitzung unbedingt zu erscheinen. — 94. **Abt.** 7½ Uhr bei Schröder, Steinmetzstr. 52, Funktionärsitzung. Erscheinen ist Pflicht. — 95. **Abt.** 6½ Uhr wichtige Besprechung der Bezirksführer bei Härtler, Prinz-Handjery-Str. 54. Material abholen. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Abt. 124a Mahlsdorf-Süd. 8 Uhr im Lokal Heidekrug, Mahlsdorf-Süd, Köpenicker Allee 98—99, **Konzertabend.** Mitwirkende: Konzert-Vereinigung, Direktor Rochow, Gesangverein „Freiheit" Mahlsdorf-Kaulsdorf, Sologesang: Herr Hennemann. Eintritt 1 M. einschl. Steuer. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlichst eingeladen.

Morgen, Sonntag, 6. März:

21. **Abt. Arbeiterwohlfahrt:** Wichtige kurze Besprechung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen vormittags 10½ Uhr in der Baracke 10 der 312. Gemeindeschule, Gerstr. 84, gegenüber der Hennigsdorfer Straße.

23. **Abt.** Vormittags 10 Uhr bei Grunwaldt, Kameruner Str. 19, wichtige Funktionärsitzung.

Jungsozialisten:

Gruppe Tiergarten: Heute, Sonnabend, 5. März, gemeinsamer Besuch des Vortrages von Dr. Max Adler-Wien im Herrenhaus, Leipziger Str. 3, abends 7 Uhr.

Frauenveranstaltungen:

84. **Abt. Lankwitz.** Sonntag, 6. März, vormittags, Führung durch die Erziehungsanstalt Lindenhof in Lichtenberg, Gudrunstraße. Treffpunkt vormittags 9¾ Uhr vor dem Lindenhof. Straßenbahnverbindung: Linie 69.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Kreis Kreuzberg, Gruppe Südwest: Heute, Sonnabend, 5. März, 5 bis 7 Uhr, unsere erste Gruppenzusammenkunft im Jugendheim Yorckstr. 11, 2. Hof. Festsetzung des Gruppenplanes, dann fortlaufend Mittwochs und Sonnabends 5 bis 7 Uhr. Neuanmeldungen bei Lotte Knauer, Hagelberger Str. 8.

17. **Kreis Lichtenberg.** Sonnabend, 5. März, von 5 bis 7 Uhr Tanzkursus der größeren Kinder im Jugendheim an der Parkaue 10. Sonnabend, 5. März, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung ebenfalls im Jugendheim. Gäste willkommen.

J. A.: Grosche.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Führung durch die Nationalgalerie für die Werbebezirke Tiergarten, Wedding, Osten, Neukölln-Lichtenberg und Reinickendorf am Sonntag, 6. März. Treffpunkt 10 Uhr vor den Kolonnaden am Lustgarten.

Heute Sonnabend:

Kottbuser Tor: Jugendheim Reichenberger Str. 66, Mitgliederversammlung. — **Neukölln VI:** Spielen in der Königsheide. Treffpunkt 3 Uhr Herzbergplatz (Zeitungskiosk). Genossen anderer Gruppen sind eingeladen. — **Friedenau:** Zur Fahrt nach Velten Treffpunkt ⅛6 Uhr Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau.

Werbebezirk Schöneberg: Werbefahrt zur Gründungsfeier der Gruppe Velten. Treffpunkt heute, Sonnabend, ¼7 Uhr Bahnhof Schöneberg. Sonntag früh 7 Uhr Bahnhof Schöneberg.

Heute Sonntag:

Humannplatz: Fahrt nach Königswusterhausen. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Prenzlauer Allee. Fahrgeld 60 Pf. — **Hasenheide:** Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Kottbuser Tor. — **Charlottenburg (Bebel und Liebknecht):** Fahrt Briesclang. Treffpunkt ½8 Uhr Bahnhof Charlottenburg, Haupteing. Fahrt bis Finkenkrug.

Werbebezirk Kreuzberg: Jugendheim Lindenstr. 3. 7½ Uhr Bunter Abend: „Unser Wandern."

Werbebezirk Osten: Schulaula Frankfurter Allee 37. 7½ Uhr Revolutionsfeier.

Werbebezirk Westen: Gemeinsame Treffahrt nach Brieselang. Treffpunkt für alle Gruppen des Bezirks 11 Uhr Jugendherberge Brieselang.

Werbebezirk Lichtenberg: Besuch der Nationalgalerie. Treffpunkt 10 Uhr vor der Galerie. Abends Friedrich-Ebert-Gedenkfeier im Jugendheim Parkaue 10.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Achtung, Funktionärkonferenz! Die Konferenz findet am Mo., d. 7., 8 Uhr, in der Stadthalle Klosterstraße statt. Der Kam. Franz Künstler wird über das Thema „Reichswehr und Sowjetrepublik" sprechen. Die für die letzte Funktionärkonferenz ausgegebenen Karten und die Vorstandsausweise haben Gültigkeit. — **Wilmersdorf:** So., d. 5., treffen sich die Kameraden zum gemütlichen Beisammensein bei Kroschs, Holsteinische Straße. — **Wilmersdorf:** Sportübungen Sonntag, d. 6., vorm. 9.40 Uhr. Treffen Bhf. Halensee. — **Steglitz (Kreis):** Antreten zum Werbeumzug Sonntag, d. 6., um 1¼ Uhr (nicht 12½ Uhr) auf dem Düppelplatz in Bln.-Steglitz. Pflichtveranstaltung. — **Tiergarten:** Kameradschaft Hansa Mo., d. 7., 8 Uhr, bei Berger, Jagowstraße, Vortragsabend: „Eindrücke aus dem neuen Frankreich," mit Lichtbildern. — **Pankow (Kreis):** Mo., d. 7., 7½ Uhr, Kreisgen.-Vers., Türkisches Zelt, Breite Str. 14. Bericht, Neuwahl des Kreisvorstandes. Verschiedenes. — **Weißensee:** Sonnabend nachm. 3 Uhr Beerdigung des Kam. Richard Borchert, Gemeindefriedhof, Roelckestraße. Antreten ½ Stunde vorher. — **Neukölln-Britz:** Sonntag, d. 6., nachm. 3 Uhr, Antreten aller Kameradschaften mit Spielleuten und Fahnen in Britz, Rudower, Ecke Werderstraße.

Freie Vereinigung von Sternfreunden, Berlin. Versammlung Sonnabend, 5. März, 8½ Uhr, beim Vorsitzenden, Schuldirektor G. Freund, Halensee, Westfälische Str. 27a, 1 Tr. Vortrag: „Das Zodiakallicht." Gäste haben nach vorheriger Anmeldung, Uhland 8623, unentgeltlich Zutritt.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Zentrale Wien. Abt. Prenzlauer Berg: Sonntag 7.15 Uhr Stettiner Fernbahnhof, Melchow—Nonnenfließ.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Waldmannslust-Freie Scholle: Versammlung Sonnabend, 5. März, 8 Uhr, Restaurant Bergschloß. Vortrag und Wahl von Funktionären.

Briefkasten der Redaktion.

M. W. 4. Ja. — **G. H. 79.** 1. Nein. 2. Nein. Im übrigen sind die Bestimmungen des Mietvertrages maßgebend. — **H. 21.** Ist noch nicht gesetzlich geregelt. — **E. S.** 1. Führen Sie gegen den ablehnenden Bescheid der Erwerbslosenfürsorgestelle Beschwerde und verweisen Sie auf das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 28. Dezember 1926. Der bisherige Unterstützungsfall muß fortgesetzt werden. 2. Zentralverband der Hausangestellten, Engelufer 19. — **K. D. 72.** 1. 100 Proz. 2. Der Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer ist auf die Mieter umzulegen. Die Umlage hat nach dem Verhältnis der reinen Friedensmiete für selbständige Wohnungen zu erfolgen. — **W. F. 7.** 1. Grundsätzlich soll in einem Zeugnis nicht der Grund der Vertragsauflösung enthalten sein. Der Arbeitnehmer kann aber die Angabe der Gründe verlangen. 2. Die Versicherungskarte ist dem Arbeitgeber zum Einkleben der Marken vorzulegen. — **M. H. 94.** 1. Ja, wenn 120 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt sind. 2. Ja. — **G. B.** Maßgebend ist der Arbeitsvertrag oder der Tarifvertrag, sofern ein solcher besteht. Gesetzlich ist die Frage nicht geregelt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Weiterhin sehr mild, zeitweise stärker bewölkt mit Neigung zu leichten Regenfällen. Mäßige Winde aus südwestlicher Richtung. — **Für Deutschland:** Fortbestand der sehr milden Witterung. Stellenweise leichte Niederschläge.

Funkwinkel.

Adele Schreiber zeichnete das Porträt Lily Brauns in schlichten biographischen Umrissen, wissend, verstehend, ohne Glorie, voll Menschlichkeit. In einer knappen Zeit wurde diese seltene Frau lebendig. Sie ist oft mißverstanden, oft nicht verstanden worden. Vielleicht haben die Ausführungen Adele Schreibers doch manchem Funkhörer diese aristokratische Sozialistin nahegebracht. — Einen zeitgegebenen Vortrag „Okkultismus und Wissenschaft" hielt Dr. Friedrich Luther. Wahrscheinlich waren nicht alle, die ihn hörten, davon befriedigt. Wohl herrscht die Relativitätstheorie, aber wir bevorzugen in der praktischen Anwendung doch das Absolute, weil es das Bequemere ist, das rascher Faßbare, das uns nicht mit „wenn" oder „aber" aufhält. Dr. Luther jedoch ist ein skeptischer, kühler Kopf, weder fanatisch im Bejahen noch im Verneinen. Er diskutiert Möglichkeiten und läßt Möglichkeiten offen. Okkultismus im Sinne von Spiritismus, von Geisterglauben, lehnte er natürlich ab. Im übrigen aber verwies er auf das Unabgeschlossene unserer Erkenntnis, die schließlich immer unfertig bleiben wird. — Das Abendkonzert brachte zwei Orchesterwerke Franz Schrekers. Das leidenschaftliche „Vorspiel zu einem Drama" und die anmutige Suite „Der Geburtstag der Infantin". Schreker, der das Funkorchester selbst leitete, bot Aufführungen von schönster Eindringlichkeit. Anschließend folgten Orchesterkompositionen von Julius Bittner, die Professor Dr. Felix M. Gatz verständnisvoll leitete. Emilie Bittner, die Gattin des Komponisten, sang die „Sechs Lieder der edlen Damen Pang Tschi Yü".

tes.

Wir hatten Recht

als wir die neueste Tabakernte mit der besten Weinernte verglichen haben

Feinschmecker und Kenner sind sich einig, dass die neuen leichten Mischungen

GOLD-SABA-4₰ KÖNIG.V. SABA-4₰

BACCARAT-5₰

nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, das köstlichste sind, was dem Raucher zur Zeit geboten werden kann

GARBÁTY

Sonnabend
5. März 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Die Liebe im Sarg.

Von Max Barthel.

Das Haus in der Weinstraße, in dem der Student Eugen Weinmeister wohnte, wurde allgemein „Der Sarg" genannt. Weinmeister stammte aus Eßlingen am Neckar und hatte aus einer Laune, wie sie oft verwöhnte Menschen überfällt, ausgerechnet im vierten Stock jener Kaserne ein möbliertes Zimmer genommen. Sein Vater war Großkaufmann. Eugen studierte an der Technischen Hochschule und hätte sehr gut am Bayrischen Platz wohnen können. Aber vielleicht gerade dieser höllische Gegensatz riß ihm in das alte, vermorschte Haus, den Sarg, in dem alles zu finden war außer den blanken Blitzen der Technik: keine Technik des Glücks und keine Technik des Unglücks. Ueber den Sarg stürzte das Unglück ohne jede Technik in langweiligen Jammerkurven.

Der Sarg hatte seinen Namen mit Recht bekommen. Grau in grau stiegen aus schmutzigem Grund die Fassaden der Mauern hoch, über denen das flache Dach wie ein Erdhügel lagerte. Auch Sterbemusik war zu hören, denn jeden Tag stellten sich die Hofmusikanten und Drehorgelspieler an den schmutzigen Mülltästen auf. Wächserne Kinder kamen, die niemals ein freies Tier oder ein grünes Saatfeld gesehen hatten, und tanzten.

Im Erdgeschoß des Hauses sauste die Säge einer Tischlerei. Im dritten Stockwerk knallten die Karren einer Mützenfabrik, die sich nur deshalb Fabrik nannte, weil sieben dünne Mädchen in ihr noch dünner gemacht wurden. Wenn spät am Abend die Arbeit ruhte, und der kleine Unternehmer die Gewinne des Tages berechnete, brach oft der Haß einer dreißigjährigen Ehe brüllend hoch. Der Mützenmacher schien aus der Anwesenheit der anderen Männer seine Kraft zu holen (am Tage war er meistens still, seine Frau führte das Wort), aber nun stand er dunkel und donnernd gegen das Geschrei seines Weibes. Auch die anderen Männer, die aus den Fabriken heimgekehrt waren, standen wie vom Tode auf, und rüttelten an dem Käfig ihrer Ehe. Noch mit Haß im Herzen gingen sie dann schlafen. Aber der Sarg war nun kein Sarg mehr. Das morsche Haus wurde eine mächtig schwankende Wiege, in der die Kinder des Volkes lagen und aufwuchsen.

Weinmeister, zwanzigjährig, Sohn eines Großkaufmanns, kühl bis ans Herz hinan, aber doch voll geheimer Schwärmerei, verliebte sich in jenem Sarg in die Tochter des Gemüsehändlers, der tief unten im Keller Kartoffeln, Salat, Eier, Oel und Mohrrüben verkaufte. Sein Betriebskapital erreichte die phantastische Höhe von rund sechzig Mark. Das war kaum ein Tausendstel des Geldes, das in dem Geschäft von Weinmeister sen. in Eßlingen arbeitete. Aber wie zum Ausgleich wuchs in dem Keller die Schönheit heran in Gestalt der achtzehnjährigen Henriette, in die sich der junge Weinmeister verliebte. Vielleicht ist Liebe ein zu hohes Wort, sicherlich war auch Spieltrieb und Berechnung dabei, auch von Henriette, die das erste Schwanken des jungen Mannes klug ausnutzte und mit einem so strahlenden Lächeln nachstieß, daß er sich gern ergab.

Henriette hatte sich in ihren achtzehn Jahren schon manchmal ergeben. Im Sarg blieb kein Mensch lange jungfräulich. Sie war von jener angenehmen Kühle, die man nur in Berlin findet und die heftigster Leidenschaften fähig ist. Der etwas schwerfällige Student Weinmeister (er stammte ja aus Schwaben) stürzte nicht nur bildlich aus dem vierten Stock in den Keller, als er an einem schönen Sonntag nach Plötzensee hinausfuhr und im Carlshof bei dem brüllenden Jazz eines Riggertanzes in Henriette jene Bereitschaft zur Liebe fand, die er sonst nur aus seinen Träumen kannte. Natürlich war er auch schon ein Mann und kannte die Harmonie weiblicher Glieder, ohne Anatomie studiert zu haben. Als auf dem Heimweg Henriette „Komm, Eugen" sagte und in einen stillen Weg einbog, der in die Jungfernheide führte, da schlug sein Schwabenherz doch schneller.

Nach jenem Sonntag trafen sich die Verliebten noch oft und einmal kam auch Henriette aus dem Keller hinauf in den vierten Stock. Als sie in das Zimmer trat, lehnte ihr Freund gerade am Fenster, hatte einen Feldstecher vor den Augen und versenkte sich in den Anblick der kahlen Fensterhöhlen der gegenüberliegenden Häuserfront. Er sah in die kahlen Zimmer, in denen Nähmaschinen und Hutpressen sich bewegten, an denen einsame Männer und Frauen arbeiteten. Sie waren so tief in die Arbeit gebeugt, daß man von ihren Gesichtern alle Niederlagen des Lebens ablesen konnte.

„Henny," sagte der Student atemlos und ließ das Glas sinken, „Henny, guten Abend, Henny, das ist ja furchtbar! Hast du schon mal Gesichter gesehen, die wie gestorben sind, wenn sie sich unbeachtet fühlen?"

„Nein," sagte das Mädchen. „Aber ich habe an einem Gesicht genug. An deinem, Eugen."

Der Student wandte sich dem Zimmer zu. Die Gestalt seiner Freundin stand wie ein schwarzes Götzenbild im Raum. Und als sie nun die Arme bewegte, da schien es ihm plötzlich, als rührten sich die Flügel einer Mühle. Da überfiel ihn dunkle Angst. Er mußte an die jungen, geschichtslosen Männer denken, die in den Hausfluren mit ihren Mädchen zusammenstehen, und die untergehen und nichts sind als namenloses Volk.

„Mensch," sagte das Mädchen enttäuscht, „Mensch, hast du Angst vor dem Dunkel?" als er erregt das elektrische Licht andrehte.

„Nein, gewiß nicht Henny," wehrte er ab, „Angst habe ich nicht. Aber was hast du für sonderbare Ausdrücke! Mensch, Mensch. Natürlich bin ich ein Mensch, aber wie du das sagst, klingt es, als ob ich ein Unmensch wäre."

„Liebenswürdig bist du gerade nicht, mein Freund. Einmal warst du schon anders. In der Jungfernheide nämlich," antwortete das Mädchen.

„Ich war nicht anders, aber du bist anders geworden," sagte Weinmeister, „du warst anders, Schätzele. „Und als er das liebkosende Wort aussprach, wurde es bitter in seinem Munde. Da war das Herz nicht mehr dabei. Die Lüge saß wie ein kalter Frosch auf seiner Brust.

„Das ist alles?" wütete das Mädchen, „ich komme zu dir, das erstemal in dein Zimmer und du zeigst mir die Gesichter der Arbeiter von da drüben! Als ob ich sie nicht auswendig kenne mein Leben lang! Dein Gesicht wollte ich sehen, aber nicht deine Maske. Dein liebes Gesicht, Weinmeisterlein!"

„Henny," antwortete der Student, „vielleicht war es Unrecht von mir an dem Sonntag in der Jungfernheide. Und ich will ja alles tun . . . Aber ich bin in die Weinstraße gezogen, weil ich Weinmeister heiße und weil das so lustig zusammenklingt. Ich komme ja aus einer anderen Welt . . . Sei nicht böse Henny, wenn ich das sage. Ich will dich nicht beleidigen."

„Du dummer Junge," sagte das Mädchen und verging, „du dummer Junge! Ich habe dich lieb, weil du Gruß und Kuß warst aus einer anderen Welt. Und nun hast du gegrüßt und nun hast du geküßt, Eugen . . ."

„Ach Henny," seufzte er und freute sich, weil er frei war, „ach Henny, dieses Haus heißt Sarg, und es ist eigentlich gar kein Sarg. Ich habe dich jetzt, wo wir uns trennen, erst richtig lieb. Und weil ich dich lieb habe, muß ich gehen. Ich will nicht mit dir spielen."

„Spiele doch, du großes Kind," schrie das Mädchen und fiel ihm um den Hals, „spiele doch, du Weinmeister vom Neckar!"

Das elektrische Licht verlöschte.

Der kühle Mond machte die gegenüberliegende Häuserfront gläsern. Der Sarg war kein Sarg mehr. Wie eine Wiege schwankte die graue Mietkaserne durch die Nacht hinüber in das Morgenrot.

In den nächsten Tagen verließ der Student Eugen Weinmeister die Weinstraße. Er nahm Wohnung am Bayrischen Platz. Dort gab es keine Gemüseläden im Keller und keine Hennys, die ihre Liebe so verschwenderisch und so selbstlos verstreuten. Im Westen der Stadt fand Weinmeister die Technik, die er ja auch an der Hochschule studierte, überall: Technik des Glücks und Technik der Liebe. Aber die war auch danach.

Das Mecklenburger Wappen.

Solange diese beiden zusammenhalten, wird der Ochsenkopf Mecklenburgs Wappen bleiben.

François Villon.

Von Wolfgang Bardach.

Er peitschte das Leben und ward gepeitscht. Spielte mit dem Leben, ein Spielball des Lebens. In der Gasse geboren, an die Gasse verloren, sang er sein Lied wild in die Welt hinaus. Den Dolch in der Hand, das Lied auf der Zunge, hetzte er als Strolch durch die Lande, unstet wandernd, raubend und plündernd, arm und geächtet.

Seine Zeit war wild, war die Zeit des Hundertjährigen Krieges zwischen Frankreich und England. Kriegsvolk und Pest wüteten. Arm war Frankreich, blutend aus tausend Wunden, machtlos und kraftlos. Im Jahre, da auf dem Markte zu Rouen Jeanne d'Arc verbrannt wurde, im Jahre, da man ihre Asche in die Winde, ihr Herz in die Seine warf, ward zu Paris François Villon geboren, wie Jeanne d'Arc ein Kind des Volkes.

Arm ward ich geboren.
Arm bin ich noch heute.
Vater und Großvater
Arme Leute.
Die Armut quält uns. Will uns nicht schonen.
Keiner der Reichen sich mild erbarmt.
Doch bei den Seelen, die Gott umarmt,
Da sieht man nicht Zepter, sieht man nicht Kronen.

Aus seinem „Testament" klingen diese Worte. Ewig ihr Klang. Ewig ihr Wert.

Student in den Kollegien der Faculté des arts, lebte er faul und darbend toll in den Tag hinein.

Ach Gott! Wenn ich doch einst geschuftet hätte
In jener wirren, wilden Zeit der Jugend,
Wenn ich gelebt ein Leben voller Tugend,
So hätt' ich jetzt ein Haus, ein warmes Bette.
Zum Teufel! Wie ein kleiner fauler Wicht
Die Schule flieht, gabs auch für mich dort nie ein Bleiben.
Nun, da die müden Finger diese Worte schreiben,
Fehlt wenig, daß mein tolles Herz mir bricht.

An den Unruhen der Studenten nahm er teil, war Haupt einer Gaunerbande, die Paris durchzog; war Feind der Bürger und Freund der Dirnen.

Wind. — Hagel und Frost. — Ich leide nicht Not.
Zuhälter bin ich. Ich dab' mein Brot.
Wir kleben am Dreck. An uns klebt der Dreck.
Wir fliehen die Ehre. Sie läuft uns weg.
Wir treiben das Spiel von Katze und Maus,
Jagend gejagt wir bleiben
Im Haus der Freude, im Freudenhaus,
Hier im Bordell,
Das wir reell
Mit Konzession betreiben.

Um eine Dirne schlug er sich mit einem Priester; erschlug den Priester; mußte Paris verlassen. Trieb sich mit einer Diebsbande herum; schrieb in deren Gaunersprache eine Anzahl Balladen; kehrte nach einem Jahr dann im Besitz zweier Gnadenbriefe heim nach Paris. Doch er konnte das Rauben nicht lassen. Erbrach mit Genossen — unter ihnen auch ein Geistlicher — eine der theologischen Fakultät gehörende Kasse, für seinen Teil 120 Taler erbeutend. Wieder mußte er flüchten. Zog als Vagant durch die Welt. Kurzer Aufenthalt an den Höfen des Herzogs von Orleans und des Herzogs von Bourbon. Längerer Aufenthalt im Gefängnis des Bischofs Thibault d'Aussigny von Orleans, aus dem ihn Ludwig XI. auf seiner Krönungsreise befreite. Wenige Monate später — an einer Verhöhnung des bischöflichen Gerichts zu Paris mit nachfolgender blutiger Messerstecherei beteiligt — ward er mit einigen Genossen zum Galgen verurteilt. Rasch dichtete er sich noch eine Grabschrift:

Ich bin der François. Wie wird darob uns Herz mir bang.
Geboren bin ich zu Paris, der kleinen Stadt.
An einem Stricke baumelnd, der ein Klafter lang,
Weiß bald mein Hals, welch ein Gewicht mein Hintrer hat.

Ernster ist sein „Galgenlied", das er in jenen Stunden schrieb, da er verurteilt ward.

Brüder, die ihr atmet, ob wir auch gehenkt,
Brüder, so ihr uns Armen Mitleid schenkt,
Brüder, so ihr uns Sündern im Herzen nicht grollt,
Ist euren Sünden ewig der Ewige hold.
Hier seht ihr uns baumeln, fünf, sechs Kumpane.
Wir zittern im Wind wie die Wetterfahne.
Das Fleisch verwest, das wir einst so gemästet,
Es faulk unser Fleisch und riecht wie verpestet.
Staub werden die Knochen. Verspottet uns nicht!
Betet zu Gott! Er halte Gericht!
Er woll' uns erlösen in Christi Namen!
Amen!

Hier baumeln wir zu Liebe der Gerechtigkeit.
Daß wir euch dennoch „Brüder" nennen, dies verzeiht.
Ihr wißt: Nicht alle Menschen haben ruhig Blut.
Ihr wißt: Nicht alle Menschen handeln ewig gut.
Für unsre Seelen, Brüder, betet ohne Groll,
Daß uns der Sohn der Gnadenreichen helfen soll.
Daß seine Gnade uns nicht ewig fehle,
Daß seine Gnade rette unsre Seele.
Wir sind krepiert nun. Verspottet uns nicht
Betet zu Gott! Er halte Gericht!
Er woll' uns erlösen in Christi Namen!
Amen!

Der Regen hat uns gewaschen Kopf, Fuß und Hand.
Die Sonne hat uns getrocknet und schwarzgebrannt.
Raben krächzen. Haben die Augen uns ausgehackt,
An den Augenbrauen und am Bart uns gezwackt.
Wir ruhen am Galgen, ob wir auch ruhlos sind.
Pendeln hin, pendeln her. Und es schlägt uns der Wind.
Und es schlägt uns der Wind und peitscht uns im Rücken.
Und die Vögel wild unsre Leiber zerstücken.
Ihr Brüder aber, verspottet uns nicht!
Betet zu Gott! Er halte Gericht!
Er woll' uns erlösen in Christi Namen!
Amen!

Herr Jesus, der du Gnade für alle hast,
Sieh, daß uns nicht der Teufel am Kragen faßt.
Hängt am Leben, Brüder! Hängt am Galgen nicht!
Betet zu Gott! Er halte Gericht!
Er woll' uns erlösen in Christi Namen!
Amen!

Doch das Leben des göttlichen Galgenstricks endete nicht am teuflischen Strick des Galgens. Vom Parlament begnadigt, des Landes verwiesen, jagte er wiederum durch die Lande, ziellos und mittellos, unbekannt und verkannt, gehetztes Wild, ein wilder Geselle. Verweht sind die Spuren. Wie Spreu im Winde verweht seine Verse. Mühsam gesammelt von emsiger Hand schrillt sein Werk durch die Jahrhunderte, zeitbedingt und zeitlos zugleich. Frisch und derb packen seine Balladen den Tag. Die Formen einer schwülstigen Zeit sprengend, Blut und Glut in jagende Rhythmen zwängend, steht François Villon — ein Riese unter Zwergen — in Frankreichs Dichtung an der Schwelle der Neuzeit.

Wild ist sein Hohn. Seine Verse sind trunken; berauschend der Klang seiner Lieder. Irr und wirr war sein Leben, war wüst und roh. Aber hätte er anders gelebt, so hätte er anders gesungen. Jener unheimliche Takt hätte gefehlt, der Clement Marot, Rabelais und Molière gepackt, der Swinburne und Payne begeisterte, der Dehmel und Klabund zu Nachdichtungen hinriß. Der hinreißen wird, solange Menschen auf Erden, die noch im Abschaum den Schaum sehen.

Der Entdecker des elektrischen Stroms.

Alessandro Volta, der heute vor hundert Jahren in seiner Vaterstadt Como als Zweiundachtzigjähriger starb, ist der eigentliche Entdecker der fließenden oder strömenden Elektrizität und Begründer der Lehre von den elektrischen Strömen, die allgemein nach seinem Lehrer galvanische Ströme genannt werden. Galvani war Professor der Medizin in Bologna, er hatte zufällig beobachtet, daß Froschschenkel, die in der Nähe einer Elektrisiermaschine lagen, jedesmal zuckten, wenn ein Funke aus der Maschine gezogen wurde. In Verfolg dieser Beobachtung experimentierte er vielfach weiter mit Froschschenkeln, in denen er besonders kräftige tierische Elektrizität vermutete. Er fand solches Zucken auch ohne jede Elektrisiermaschine, als die Froschschenkel mittels Drahthaken am eisernen Gitter seines Balkons hingen, sobald sie zufällig mit dem Gitter in Berührung kamen. Für Volta wurden diese Versuche Anlaß zu der Annahme, daß nicht in den Froschschenkeln, sondern in den Metallen die Ursache der Elektrizitätserzeugung zu suchen sei. Durch die Konstruktion der Voltaschen Säule und der von ihm pietätvoll nach Galvani benannten galvanischen Batterie, in denen ohne Benutzung irgendeines tierischen Präparates ein dauerndes Fließen von Elektrizität hervorgebracht wurde, konnte er das Abwegige von Galvanis Ansichten im Gegensatz zu seinen eigenen Annahmen zeigen.

Wenn die Ansichten über die Entstehung des elektrischen Stromes in den seit Voltas Tod verflossenen hundert Jahren auch wesentlich andere geworden sind, so kann das die Verdienste Voltas um die Ergründung der Eigenschaften dieser Naturkraft nicht im geringsten schmälern. Heute ist diese Naturkraft nicht nur im Telegraphen und Telephon, die den im Draht fließenden Strom benutzen, in den Dienst der Menschheit gestellt, sondern auch in den drahtlosen elektrischen Wellen, die von den Radiostationen in alle Welt gefunkt werden. Je größere Fortschritte hierbei erreicht worden sind, um so stärker ist der Anlaß, des Mannes zu gedenken, dem zum ersten Male die Herstellung dauernder elektrischer Ströme gelang und dessen unermüdliche Arbeiten den Grundstein für die über ihn hinausführende Weiterentwicklung bildeten.

Volta wirkte als bescheidener Gymnasiallehrer in seiner Vaterstadt Como, später als Professor der Physik in Pavia. Zahlreiche physikalische Apparate verdanken ihm ihre Entstehung, z. B. der Elektrophor und das Elektroskop, die zuerst ein tieferes Eindringen in die Gesetze der ruhenden Elektrizität gestatteten. Auch der Plattenkondensator, den er mit dem Elektroskop verband, und der heute in so vielfach abgeänderter und verbesserter Form benutzt wird, ist eine Frucht von Voltas forschendem und erfinderischem Geist.

Seine Verdienste wurden schon von der Mitwelt anerkannt, und vielfache Ehren wurden ihm zuteil; so ernannte ihn Napoleon zum Grafen und Senator des Königreichs Italien. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in stiller Muße in seiner Vaterstadt, wo das heutige Italien, stolz auf diesen großen Sohn, eine Volta-Ausstellung veranstaltet, die die Entwicklung und die gewaltigen Fortschritte der Elektrotechnik und unserer Kenntnisse der elektrischen Erscheinungen, die auf seinen Forschungen beruhen, zur Anschauung bringen soll.

Dr. Bt.

Um den Schutz der Pächter.

Der Ruf nach dem Dauerschutz. – Tagung der deutschen Gutspächter.

Die geltende Reichspachtschutzordnung und mit ihr die von den einzelnen Ländern erlassenen Pachtschutzverordnungen laufen am 30. September d. J. ab. Der im Reichsarbeitsministerium sehr seßhafte Herr Dr. Brauns hat inzwischen schon erklärt, daß die Reichspachtschutzordnung um zwei weitere Jahre verlängert werden soll, weil die Zeit für eine Dauerregelung noch nicht gekommen sei.

Gewiß werden die landwirtschaftlichen Pächter über diese letzte Aeußerung sehr erstaunt sein, denn sie kämpfen ja schon seit sechs Jahren darum, daß die

kurze Befristung der Reichspachtschutzordnung,

die jede ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Pachtobjektes unterbindet, aufgehoben wird. Und sie haben diesen Kampf mit so guten Gründen geführt, daß selbst der Siedlungsreferent des Reichslandbundes, Geheimrat Ponfick, in zwei Aufsätzen, die er im vorigen Jahre in der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlichte, eingestehen mußte, „daß eine solche von Jahr zu Jahr befristete Regelung (höchstens zwei Jahre Dauer!) auf die Dauer eine Unmöglichkeit bedeutet, und daß mit dieser Art der Regelung ein Ende gemacht werden muß". Und wenn auch der „Reichsschutzverband landwirtschaftlicher Verpächter und Grundeigentümer" heute alle Minen springen läßt, um eine abermalige Verlängerung der Pachtschutzordnung zu verhindern, wobei er natürlich in vielen Ministern der Bürgerblockregierung eifrige Helfer findet, so darf das nicht hindern, erneut zu betonen, daß die Pächter nicht eher ruhen dürfen, bis sie eine Dauerregelung für den Pachtschutz erreicht haben, wie er in der Schweiz, in England, Dänemark, Holland, Schweden und in den Vereinigten Staaten seit langem für Pächter und Verpächter besteht.

Für eine dauernde Regelung der Pachtschutzfrage sprechen außer den bereits angeführten Momenten der Wirtschaftlichkeit noch besonders folgende Tatsachen. Einmal würden bei gänzlichem Fortfall der Pachtschutzordnung nur noch die Bestimmungen des BGB. in Kraft sein, die in zwölf dürftigen, noch nicht einmal zusammenhängenden Paragraphen niedergelegt sind und sich in der Hauptsache den auf das gänzlich abweichende Mietrecht zugeschnittenen Vorschriften angleichen. Damit würden die Pächter auf Gnade und Ungnade den Verpächtern ausgeliefert sein, weil der wirtschaftliche und der soziale Pachtschutz zu gleicher Zeit aufhören würden. Die Folgen dieser Umwälzung wären für weite Gebiete Deutschlands nicht auszudenken. Die abermalige zweijährige Verlängerung der Pachtschutzordnung ließe die bisherige Rechtsunsicherheit in vollem Umfange bestehen und würde weiterhin produktionshemmend wirken zu einer Zeit, wo allgemein anerkannt wird, daß eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung notwendig ist.

Aus all diesen Gründen haben sich die Pächter stets für eine

Dauerregelung im Pachtrecht

eingesetzt, wobei sie die Frage noch offen ließen, ob es zweckmäßiger ist, hierfür ein Sondergesetz zu schaffen oder die Pachtbestimmungen des BGB. entsprechend auszubauen. Die hohe Bedeutung dieser Materie für die deutsche Wirtschaft erhellt zur Genüge daraus, daß etwa die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe ganz oder teilweise auf Pachtland angewiesen ist. So konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß diese bedeutsame Angelegenheit auch in den letzten Jahren wiederholt Gegenstand von Erörterungen war, die sich zu ganz bestimmten Vorschlägen verdichteten. Die Pächter, deren Interessen sich sicher in einem Sondergesetz am wirksamsten wahren ließen, werden es als ihre besondere Aufgabe betrachten müssen, wenn eine nochmalige zweijährige Verlängerung der Reichspachtschutzordnung kommen sollte — bei der jetzigen Zusammensetzung der Reichsregierung dürfte das wohl noch am ehesten zu erreichen sein — in den kommenden Jahren ihre Vorschläge für die Dauerregelung so zu formulieren, daß sie möglichst ohne Aenderungen im Parlamente zur Annahme gelangen können. Hierfür sollen im folgenden noch einige Fingerzeige gegeben werden.

Die Nachteile und Gefahren

der geltenden Pachtschutzbestimmungen des BGB. liegen darin, daß in ihnen kein dauernder Pachtschutz gewährleistet ist, daß keine Regelung der Pachtpreise vorgesehen ist, daß dem Pächter bei Aufgabe des Pachtobjektes kein Ersatz für diejenigen Aufwendungen geleistet wird, die zur dauernden Verbesserung des Pachtgegenstandes geführt haben, daß sie öffentliche Pachtauktionen ermöglichen, bei denen durch allerhand Schliche und Kniffe der Verpächter unerhörte Pachtpreise erzielt werden können, und daß sie dem Verpächter ein Pfandrecht für den gesamten Pachtzins einräumen, welches sich auf die Früchte des Grundstücks und auf die nach der Zivilprozeßordnung pfändbaren Sachen erstreckt, wodurch den Pächtern auch die Aufnahme eines nur ganz bescheidenen Kredites so gut wie möglich gemacht wird. Die Bestimmungen des BGB. über die Pacht stellen also ein ganz einseitiges Verpächterrecht dar, und es darf daher nicht wundernehmen, wenn die Organisationen der Verpächter schon jetzt bei ihren Versammlungen darauf abzielen, diese Bestimmungen als völlig ausreichend hinzustellen und auf sie gestützt die Aufhebung der Reichspachtschutzordnung zu verlangen. Die Kenntnis all dieser Dinge hat daher auch dazu geführt, daß in den

sozialdemokratischen Agrarprogrammentwurf

besondere Forderungen zur Neuregelung des Pachtrechtes aufgenommen wurden, die die Pächter getrost als Richtschnur für ihre gesetzlichen Vorschläge annehmen könnten. Sie lauten:

„An Stelle der bestehenden vorläufigen Pachtschutzbestimmungen ist ein endgültiges Pachtschutzrecht als Bestandteil des bürgerlichen Rechts zu schaffen, das die Interessen der kleinen und mittleren Pächter gegenüber den privaten Grundherren nachhaltig sichert.

Das neue Pachtschutzrecht muß bestimmen:

a) daß Pachtverträge über landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke für einen Zeitraum abgeschlossen werden müssen, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglicht.

b) daß bei Beendigung des Pachtverhältnisses dem weichenden Pächter für diejenigen Aufwendungen, die den Wert des Pachtobjektes dauernd erhöhen, eine angemessene Entschädigung für seine Aufwendungen gewährt werden muß.

c) daß die Pacht nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes der verpachteten Grundstücke entspricht.

d) daß bäuerlichen Pächtern, insbesondere den Generationspächtern, die ohne ihr Pachtland ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten können, und die es ordnungsgemäß bewirtschaften, sichere Gewähr gegen Entziehung des Landes gegeben wird."

Nur, wenn all diese Forderungen unverändert in die Pachtbestimmungen des BGB. aufgenommen werden, könnten die Pächter auf die Regelung der Pachtschutzfrage durch ein Sondergesetz verzichten. Denn nur dann würden sie gesichert sein vor dem Versuch der Verpächter, von ihnen die Zustimmung zu kaum glaublichen Pachtverträgen zu erpressen. A. Lipschitz.

Forderungen der Pächterorganisationen.

Die von der Reichsarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Pachtbetriebe zusammengeschlossenen Pächterverbände (Domänenpächterverband, Reichsbund landwirtschaftlicher Pächter, Deutsche Domänenbank) im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses veranstaltete zweite Tagung deutscher Gutspächter gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung des Pächterstandes für ihre Forderungen: Nach einleitenden Begrüßungsworten des Rittergutspächters Fick und des Oberammanns Hanisch umriß Rechtsanwalt Klepper-Berlin die Stellung des Pächterstandes in der heutigen Wirtschaftspolitik. Der Pächterstand müsse, als Teil der Gesamtlandwirtschaft, Einfluß auf die allgemeine Agrarpolitik gewinnen. Das Ziel sei, die deutsche Landwirtschaft mit Hilfe einer erziehlich wirkenden Zollpolitik organisch in die Weltwirtschaft einzugliedern. Die deutschen Pächter haben mit Gründung der Domänenbank als einheitliches Pächterkreditinstitut die finanzielle Gesundung der Pachtbetriebe eingeleitet. Diese Ansätze harrten der Fortentwicklung. Daneben müsse ein Pachtrecht geschaffen werden, das bis zum Abschluß der Kapitalbildung innerhalb der Pachtbetriebe das Risiko der Konjunkturschwankungen zwischen Pächter und Verpächter verteile, und darüber hinaus die Produktionsfähigkeit der Pachtbetriebe und die Bewegungsfreiheit der Pächter sicherstelle. Rechtsanwalt Dr. Richter-Halle forderte die Verlängerung der im Herbst v. J. ablaufenden Pachtschutzordnung, die als Uebergang zu dem allseits als notwendig erkannten Dauerpachtrechte unentbehrlich sei. Diplomlandwirt Brandt-Berlin betonte, daß die an und für sich vorhandene größere Krisenanfälligkeit des Pachtbetriebes durch den Ausbau des Pächterkreditwesens einigermaßen ausgeglichen sei, und stellte als Ziel der Wirtschaftspolitik die Loslösung von allgemeinen Schlagworten und die organische Anpassung des Einzelbetriebes an seine produktionstechnischen und finanziellen Möglichkeiten hin.

Die Wirtschaft im Reichsbankspiegel.

Zum Wochenausweis für Ende Februar.

Seit die Reichsbank durch ihre letzte Diskontermäßigung das allgemeine Zinsniveau in Deutschland dem des Auslandes stark angenähert hat, sind in der deutschen Wirtschaft zahlreiche Vorgänge ausgelöst worden, die im Zusammenhang mit der abklingenden englischen Sonderkonjunktur und dem Ringen um eine neue allgemeine Konjunkturbelebung zu einer merkwürdigen stoßweisen Inanspruchnahme der Reichsbank geführt haben.

Am markantesten kam das bekanntlich in der plötzlichen Herabminderung des Devisenbestandes der Reichsbank in kurzen vier Wochen auf weniger als die Hälfte zum Ausdruck, die nicht nur mit fälligen Zinszahlungen für investiertes Auslandskapital zu tun hatte, sondern sicher auch mit der Finanzierung der bedeutsam in den letzten Monaten gestiegenen Einfuhr bei gleichzeitiger Verknappung des Zugangs von Ausfuhrdevisen. Die allgemeine Senkung des Zinsniveaus führte aber auch, trotz des großen Zuganges flüssiger Mittel im Gefolge der englischen Sonderkonjunktur bei zahlreichen Großunternehmungen, zu einer starken Ausschöpfung des inländischen Kapitalmarktes durch Reichs- und Länderanleihen, wodurch die Geldnachfrage notwendig stark der Reichsbank zugelenkt werden mußte. Hinzu kamen endlich scharfe Kämpfe der Spekulationsparteien auf der Börse, die Jahresabschlüsse der Banken und der erste diesjährige Termin für die Zweimonatsbilanzen, die große Ansprüche des Geldmarktes an die Reichsbank lenkten.

An sich zeigt der Wochenausweis der Reichsbank für Ende Februar nichts sonderlich Auffälliges. Zum Monatsende, besonders aber zu den Terminen der Zweimonatsbilanzen, steigt die Geschäftstätigkeit der Reichsbank meist um ein Mehrfaches. Aber wenn der letzte Ausweis mit einer Neubeanspruchung von 537,7 Millionen für das Kreditgeschäft der Reichsbank noch diejenige der letzten Dezemberwoche (470,5 Millionen) um fast 70 Millionen übersteigt, so ist das ein Beweis dafür, wie stark die Sondermomente der gegenwärtigen Wirtschaftslage auf die Reichsbank zurückwirken. Geradezu frappant ist der Vergleich mit der letzten Januarwoche 1927, wo gegenüber der Vorwoche nur eine Mehrbeanspruchung der Reichsbankmittel von 106,6 Millionen zu verzeichnen war, oder ziemlich genau nur ein Fünftel der letzten Februarwoche. Dabei zeigen beide Hauptkonten der Kreditgewährung eine sehr starke Erhöhung: Die Bestände an Wechseln und Schecks sind gegenüber der Vorwoche um 395,8 Millionen auf 1643,8 Millionen und diejenigen an Lombarddarlehen um 141,8 Millionen auf 154,8 Millionen gestiegen. Die entsprechende Dezembersteigerung mit 415,8 Millionen für Wechselkredite ist zwar nicht ganz erreicht, auch der Wechselbestand lag Ende Dezember mit 1828,6 Millionen noch um fast 160 Millionen höher; dafür ist aber der Zugang an Lombarddarlehen gegenüber der letzten Dezemberwoche (54,7 Millionen) um 87 Millionen und gegenüber der letzten Januarwoche (72 Millionen) um 70 Millionen größer. Die Inanspruchnahme der Reichsbank zum Monatsultimo war also im Februar seit vielen Monaten die größte, die zu verzeichnen ist. Nicht zuletzt wird sie auch deshalb so groß gewesen sein, weil die wachsende Anspannung an den Geldmarkt den Zugang von Einlagen auf dem Girokonto der Kundschaft verlangsamt hatte, so daß in der letzten Februarwoche nur 114,1 Millionen von diesem Konto abgezogen werden konnten, das sich auf 539,4 Millionen senkte.

	3. Quartal	Ende 1926	Januar 1927	Febr. 1927
		(in Mill. Mark)		
Noten und Schulden				
Banknotenumlauf . . .	3 251	3 785	3 410	3 465
Giroeinlagen d. Kundschaft	595	648	575	539
Kredite a. d. Wirtschaft				
Lombardkredite	142	84	82	155
Wechselkredite	1 384	1 829	1 415	1 614
Notendeckung				
durch Gold	1 598	1 831	1 835	1 834
durch Devisen	522	519	421	204
Deckungsverhältnis				
Gold u. Devisen zusammen	63,2%	62,9%	66,2%	58,8%

Entsprechend dieser starken Inanspruchnahme sind große Mengen an Zahlungsmitteln in den Verkehr abgeflossen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 538,8 Millionen auf 3465,2 Millionen, derjenige an Rentenbankscheinen um 80,7 Millionen auf 1114 Millionen erhöht. Das bedeutet den großen Abfluß an Zahlungsmitteln in den Verkehr von 619,5 Millionen im Laufe einer Woche. Der Reichsbanknotenumlauf selbst bleibt allerdings hinter den Ziffern von Ende Dezember (mit 3735,5 Millionen) um 70 Millionen noch zurück. Da aber im Laufe der letzten Wochen die Devisenbestände so erheblich zurückgegangen sind — trotz des Zuganges in der letzten Woche von 21,2 Millionen beträgt der heutige Devisenbestand nur 203,9 Millionen —, hat die Deckung des Notenumlaufes durch Gold- und deckungsfähige Devisen zusammen einen seit langem nicht mehr verzeichneten Tiefstand erreicht. Diese Deckung ist auf 58,8 Proz. zurückgegangen gegenüber 62,9 Proz. Ende Dezember, wo der Notenumlauf noch um rund 70 Millionen Mark höher war.

Natürlich bleibt dieser Deckungsgrad noch sehr hoch, und die mit 1833,9 Millionen nahezu unveränderten Goldbestände geben dieser Deckung noch eine besondere Stärke; aber für die kommende Entwicklung muß doch beachtet werden, wie relativ stark und schnell Spannungs- und Richtungsänderungen in der Geldmarkt- und Wirtschaftslage die Notendeckung verringern. Diese große Empfindlichkeit der Reichsbank fordert in der Zukunft erhöhte Beachtung.

Russische Hochschutzzollpolitik.

Der neue russische Zolltarif.

Dem Rat der Volkskommissare der Sowjetunion liegt jetzt der vom Handelskommissariat ausgearbeitete Zolltarif zur Beschlußfassung vor. Er gliedert sich in den allgemeinen Einfuhrzolltarif, in eine Reihe von Bestimmungen über Vorzugszölle für entlegene Häfen sowie in den allgemeinen Ausfuhrzolltarif.

Der Einfuhrzolltarif interessiert besonders. Er hat in Rußland zwar nicht ganz die gleiche Wirkung wie in anderen Ländern, weil die russische Einfuhrpolitik durch das Außenhandelsmonopol ziemlich straff geregelt ist. Auch wenn kein Einfuhrzolltarif bestehen würde, kann die Sowjetrepublik nach ihrem eigenen Ermessen und ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis ihre Waren in bestimmten Ländern einkaufen, denen es gerade politische und wirtschaftliche Vorteile zuwenden will. Die Einfuhrzölle tragen jedoch starken Schutzzollcharakter und engen, da sie in jedem Falle auf die Ware aufgeschlagen werden, die Bewegungsfreiheit des Außenhandelsmonopols wesentlich ein. Sie bedeuten schließlich für den russischen Konsumenten genau dieselbe Belastung, wie ein ähnlicher Tarif innerhalb der kapitalistischen, freien Einfuhrtätigkeit anderer Länder. Daneben verfolgen die Einfuhrzölle ausgesprochen fiskalische Zwecke und wirken als indirekte Steuern, wie sie von den deutschen Kommunisten mit besonderer Leidenschaft bekämpft wird. Für verschiedene Waren wie Kaffee, Kakao, Gewürze, Kautschuk, Wolle, Rohmaterialien für die Herstellung von Luxuswaren usw., sind die Einfuhrzölle bedeutend erhöht worden. Der neue Einfuhrzoll auf Kaffee beträgt 115 Rubel pro 100 Kilogramm gegenüber bisher 37 Rubel, auf Kakao 100 Rubel pro 100 Kilogramm (18 Rubel), auf Gewürze 4 bis 100 Rubel pro Kilogramm (1,20 bis 12 Rubel). Dagegen sind die Einfuhrzölle auf Zucker, Salz, gewisse Gummiwaren, Blatteisen, Heugabeln, Schaufeln u. dgl., Soda usw. herabgesetzt worden. Die im Tarif vom Jahre 1924 bezeichneten zollfreien Waren dürfen auch in Zukunft zollfrei dann nach Rußland eingeführt werden, wenn diese Warengattungen von Rußland selbst exportiert werden und daher für die einheimische Produktion keine Gefahr bilden. Es handelt sich hier um Getreide, Flachs, Tiere, einige tierische Produkte usw. Zollfrei ist auch die Einfuhr solcher Waren, deren Import im Interesse der russischen Volkswirtschaft erfolgen muß (Faßdauben aus Eichenholz, Chinin, Traktoren, Lumpen für Schreibpapierproduktion usw.).

Der allgemeine Ausfuhrzolltarif hat nur in bezug auf einen Artikel eine Aenderung erfahren: der bisherige Ausfuhrzoll auf Kaviar ist zur Förderung des Exports aufgehoben worden. Mithin enthält der neue Ausfuhrzolltarif nur sieben verzollbare Ausfuhrgruppen.

Die Rekordumsätze beim Kalisyndikat.

Die Erwartung, daß das Deutsche Kalisyndikat auch im Februar, entgegen seinen pessimistischen Behauptungen bei der Preiserhöhungsdiskussion im Dezember, einen Rekordumsatz erzielen wird, hat nicht getrogen. Wie das Kalisyndikat mitteilt, wurden im Februar nicht weniger als 1 828 375 Doppelzentner Kali abgesetzt. Das ist ein Absatz, der denjenigen der Februarmonate der beiden Vorjahre fast erreicht, wenn man ihn mit den Januarziffern aber zusammen nimmt, ganz bedeutend überschreitet. Das Kalisyndikat hat im Januar und Februar dieses Jahres 3 732 000 Doppelzentner abgesetzt gegen 2 804 600 in den beiden ersten Monaten 1926 und 3 680 200 Doppelzentner in den beiden ersten Monaten 1925.

Diese Ziffern beweisen ein Mehrfaches: einmal für die Kaliindustrie, daß ihre Absatzberechnungen falsch waren und für den Reichswirtschaftsminister Curtius, daß sein Veto gegen die Preiserhöhung eine Notwendigkeit gewesen wäre. Für die Landwirtschaft beweisen sie, daß ihre allgemeine Lage sehr günstig sein muß, denn sie kauft diese erhöhten Mengen zu erhöhten Preisen, und daß auf der anderen Seite die landwirtschaftlichen Vertreter im Reichskalirat der Landwirtschaft überflüssigerweise höhere Düngerpreise zugewälzt hat, zum privaten Vorteil der Kaliindustrie.

Für die breiten Konsumentenmassen allerdings ergibt sich nur der empörende Schluß, daß sie in der Verteuerung der Lebensmittel die Sondergewinne der Kaliindustrie und die erhöhten Rabatte der Kalizwischenhändler tragen muß, um so mehr als die Interessen des Agrariertums und der Schwerindustrie in der Wirtschafts- und Handelspolitik der gegenwärtigen Regierung Trumpf sind.

Auch eine schweragrarische Rußlandkonzession am Ende. Der Landbundgraf von Kalkreuth zeichnet mit mehreren anderen Großagrariern als Verantwortlicher in der Deutsch-Russischen Agrar-A.-G., die seit dem Jahre 1923 in Verbindung mit der Bank der Wolgadeutschen in Sowjetrußland eine landwirtschaftliche Konzession von über 12 500 Hektar auszunutzen übernommen hat. Aehnlich wie bei der Mologa-A.-G. steht jetzt auch bei dieser Gesellschaft fest, daß die Konzession mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine rentable Bewirtschaftung nicht erzielen kann und daß es nach den bisherigen Erfahrungen auch zweifelhaft ist, ob in dem Konzessionsgebiet überhaupt eine rentable Wirtschaft zu betreiben ist. Schon am Ende des Jahres 1924 hatte die Gesellschaft auf ihr Kapital von 680 000 Mark einen Verlust von 322 000 Mark auszuweisen, also fast die Hälfte des gesamten Kapitals. Wie gemeldet wird, beabsichtigt die Deutsch-Russische Agrar-A.-G. jetzt ihr Vertragsverhältnis mit dem russischen Staat als Konzessionär zu lösen. Die Konzession soll also preisgegeben werden. Vielleicht wäre es zweckmäßig, und vielleicht könnte auch die Sanierung der Mologa-A.-G. dadurch gefördert werden, daß die deutschen Teilhaber dieser beiden Konzessionen sich in einer Treuhandgesellschaft zum Austausch ihrer Erfahrungen als Rußlandkonzessionäre zusammenschlössen und ihrer Regierung über ihre Erfahrungen berichteten.

Aus der brasilianischen Wirtschaft berichtete im Rahmen einer Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft Reichsbahndirektionspräsident Denicke auf Grund persönlicher Eindrücke und Erlebnisse. In Deutschland mache man allgemein den Fehler, die Größenverhältnisse Brasiliens zu unterschätzen, die diejenigen von ganz Europa noch übertreffen. Dagegen hat es nur 30 Millionen Einwohner, wovon ungefähr die Hälfte der weißen Rasse angehören. Neben Kaffee und Kakao wird viel Baumwolle gebaut, deren Kurzfaserigkeit aber dazu führt, daß Brasilien nur dann auf dem Weltmarkt verkaufen kann, wenn die klassischen Baumwolländer Nordamerika, Indien, Aegypten eine schlechte Ernte haben. So entwickelte sich in Brasilien eine ausgedehnte zollgeschützte Textilindustrie, von der sich der Protektionismus automatisch auf andere Industrien (schwere Industrie, Chemie, Braugewerbe usw.) übertrug. Schon seit Jahren sei der Schiffsverkehr von Brasilien nach Deutschland größer als der von Brasilien nach Nordamerika und Frankreich. Er wird nur noch von dem Verkehr von Brasilien nach England übertroffen. Das Hauptproblem für den brasilianischen Staat und die Wirtschaft ist die Stabilisierung des Milreis, für deren Gelingen der Redner aber nur geringe Hoffnung hat.

Im Kampf gegen die Tuberkulose.

Ueber den vom Hauptgesundheitsamt veranstalteten Ausspracheabend über das Thema: „Hochgebirgskuren bei der Behandlung der Tuberkulose unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz?“ hat der „Vorwärts“ schon objektiv berichtet, jedoch ist es notwendig, vom sozialhygienischen Standpunkt einige kritische Betrachtungen anzuknüpfen und die aus der Aussprache für die Berliner Verwaltung sich ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Der erste Redner, der eine Lungenheilanstalt in der Ebene leitet, konnte zwar über gute Erfolge berichten, hat aber gleichwohl die Vorzüge, die das Hochgebirgsklima bietet, nicht bestritten und nur mit Recht betont, daß es zur Erreichung der klimatischen Erfolge nicht notwendig sei, ins Ausland mit seinen besonders großen Höhen zu gehen, sondern daß auch die geringeren Höhen im Deutschen Reiche selbst, z. B. im Allgäu bis 1000 Meter, dafür ausreichen würden. Der zweite Redner, der die deutsche Heilstätte in Davos (Schweiz) leitet, erklärte, daß nach seiner Erfahrung für mindestens 10 Proz. der Tuberkulosen das Hochgebirge unentbehrlich sei, daß aber auch von den übrigen zahlreiche Kranke aus der Behandlung im Hochgebirge große Vorteile ziehen würden. Der dritte Redner schließlich, kein Leiter einer Heilanstalt, sondern ein bekannter Kliniker Hamburgs, nahm einen vermittelnden Standpunkt ein, verhehlte aber nicht, daß auch er das Hochgebirge nach seiner langjährigen Erfahrung sehr empfehlen könnte. Dieser Redner machte zugleich die ebenso richtige wie wichtige Bemerkung, die vielleicht als der größte Erfolg des Abends zu buchen sein wird und nicht in Vergessenheit geraten darf, daß nämlich in vielen Fällen ein Wechsel in der Heilstätte notwendig sei, wenn sich nach anfänglichem Erfolge ein Stillstand in der Heiltendenz zeige. Auf jeden Fall zeigte der Ausspracheabend, daß Hochgebirgskuren, so um 800 bis 1000 Meter herum, bei der Behandlung der Tuberkulose nicht zu entbehren sind; mehr oder weniger sprachen sich alle Redner dafür aus.

Wie steht es nun damit in Berlin? Hier gab es Ende September des vorigen Jahres 26 906 nach dem Preußischen Gesetz vom 4. August 1923 meldepflichtige Fälle. Dazu kommt ein Mehrfaches von solchen Fällen, die in einem weniger schweren Stadium sich befinden, im ganzen vielleicht schlecht gerechnet 100 000 Fälle. Berlin könnte also dauernd eine große Heilanstalt im Hochgebirge füllen, wenn man selbst nur diejenigen 10 Proz. zählen wollte, für die das Hochgebirge unentbehrlich ist. Tatsächlich verfügt Berlin über keine solche Anstalt. Neben einigen in der Ebene gelegenen, die die meisten Kranken aufnehmen, werden in nicht zu großer Zahl einige Anstalten beschickt, die in 500 bis 600 Meter Höhe liegen. Hier besteht also eine wirkliche Lücke, die um so empfindlicher ist, als private Vereinigungen, kleinere Städte, Landesversicherungsanstalten durchaus nicht so spröde sind und für einen Teil ihrer Kranken das Hochgebirgsklima längst in Anspruch nehmen. Die Verhältnisse sind gerade nach dem Ausspracheabend auch in Berlin so weit gediehen, daß der Stadtverordnetenfraktion zu raten ist, unverzüglich auf den Bau einer Heilstätte an einer geeigneten Stelle im Hochgebirge zu dringen und damit für die Berliner Bevölkerung zu schaffen, was anderwärts selbst in kleineren Verhältnissen schon lange besteht.

Stand der Abend, soweit das klinisch-medizinische Gebiet in Frage kam, auf voller wissenschaftlicher Höhe, so kann das gleiche von den sozial-medizinischen Ausführungen der Redner, auch einiger Diskussionsredner, leider nicht behauptet werden. Von vielen Seiten wurde vor „Beunruhigung des Publikums“ gewarnt, man solle doch die Kuren im Hochgebirge nicht so sehr loben, da sonst niemand mehr in die Ebene gehen werde. Diese „Beunruhigung“ besteht und sie wird so lange bestehen, als die Aerzte es für unumgänglich halten, ihren begüterten Patienten unter allen Umständen Heilstätten mit klimatischen Heilfaktoren zu empfehlen, mögen dieselben im Hochgebirge, Nordsee, Meran, Riviera oder in Aegypten gelegen sein. Diese Zwiespältigkeit der wissenschaftlichen Auffassung ist auf die Dauer unerträglich, sie muß Beunruhigung schaffen, ja mehr noch Mißtrauen erwecken. Diese Beunruhigung wird auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß man behauptet, der kranke Arbeiter könnte im Gegensatz zum begüterten Privatpatienten das Hochgebirgsklima nicht vertragen und er würde, wieder in seiner erbärmlichen Wohnverhältnisse zurückgekehrt, viel leichter rückfällig werden. Gegen solche Anschauungen ist das größte Mißtrauen am Platze. Wer, gesund oder krank, gezwungen ist, sein ganzes Leben lang in der Fabrik bei Lärm, Hitze, Zug, Nässe, Ruß, Staub und beizenden Gerüchen intensiv mindestens acht Stunden zu arbeiten, der wird wohl auch die „fürchterlichen gesundheitlichen Schädigungen“ des Hochgebirgsklimas vertragen können. Und wenn das doch nicht der Fall sein sollte, so könnte man nach gutem medizinischen Grundsatz höchstens folgern, daß der kranke Arbeiter in Etappen ins Hochgebirge gehen und ähnlich zurückkehren müsse, genau wie der Begüterte nach einer anstrengenden Kur in Karlsbad oder Elster eine Nachkur macht, ehe er sein Heim aufsucht. Man würde sich mit diesem Vorgehen aufs glücklichste mit der Anschauung von Professor Brauer treffen, der sich, wie erwähnt, von einem Wechsel in dem Aufenthaltsorte besondere Erfolge verspricht. Auf jeden Fall sollen solche Einwendungen uns nicht abhalten, zu erklären, daß es höchste Zeit für Berlin ist, an den Bau einer Heilstätte in zirka 800 bis 1000 Meter Höhe heranzugehen.

Dr. Roeder, Stadtarzt in Treptow.

Um den Berliner Zentralbahnhof.

Die Umgestaltung des Berliner Fernverkehrs ist seit Jahren von führenden Architekten, Städtebau- und Verkehrsfachleuten als notwendig bezeichnet worden. Das Umsteigen der Reisenden, die von einem Fernbahnhof zum anderen wollen, ist immer mit weiten Wegen durch die Stadt verknüpft.

Schon im Jahre 1910 wurde von den beteiligten Behörden ein Wettbewerb veranstaltet, der die Zusammenlegung aller Fernbahnhöfe zur Aufgabe stellte. Die damals eingereichten Pläne sind in den letzten Monaten in der Presse und in Fachvereinen wieder lebhaft diskutiert worden. In der „Märkischen Arbeitsgemeinschaft der freien Deutschen Akademie des Städtebaues“ hat Regierungsbaumeister Dr. ing. Sonntag einen neuen Vorschlag zur Zusammenlegung der Fernbahnhöfe vorgelegt. An der Sitzung der Akademie nahmen Vertreter der Reichsbahn, der Hoch- und Untergrundbahn und der Stadt Berlin teil, die starkes Interesse für diesen Vorschlag bekundeten und den Wunsch äußerten, die Ausführungen über den neuen Vorschlag gedruckt zu erhalten. Der bisherige nördliche und südliche Verkehr weist nach Dr. Sonntag immer noch fünf Kopf- bzw. Einzelfernbahnhöfe auf, nämlich den Stettiner, Lehrter, Potsdamer, Anhalter und Görlitzer Bahnhof. Anzustreben ist eine Vereinigung des Stettiner und Lehrter Bahnhofs zu einem Nordbahnhof auf dem Gelände am Humboldt-Hafen und eine Vereinigung des Potsdamer und Anhalter Bahnhofs zu einem Südbahnhof auf dem Gelände südlich des Potsdamer Bahnhofs, wobei dieser nach Süden verschoben, der Anhalter Bahnhof dagegen ganz fortfallen würde. Der Görlitzer Bahnhof wird entbehrlich, wenn sein Fernbahnverkehr über Neukölln, Südring, Tempelhof, Südbahnhof entlang bereits vorhandenen Bahnkörpern in die nordsüdliche Durchgangslinie geleitet, sein Vorortverkehr über Treptow und Stralau entlang gleichfalls bereits vorhandenen Bahnkörpern in die ostwestliche Linie geleitet oder wenigstens bis zu dem entsprechend als Umsteigebahnhof auszubauenden Ringbahnhof Treptow durchgeführt wird. Der neue Nordbahnhof würde zugleich Bahnhof der ostwestlichen und der nordöstlichen Linie und damit ein zentral gelegener Umsteigebahnhof für den Bahnverkehr, nicht aber ein Zentral- oder Hauptbahnhof im allgemeinen Sinne als zentraler Verkehrspunkt des Straßenverkehrs werden. Für den Umsteigeverkehr von den tiefliegenden Bahnhöfen der nordsüdlichen Linie des Nordbahnhofs und der hochliegenden der ostwestlichen Linie kommen Aufzüge und Rolltreppen als bewährte Verkehrsmittel in Betracht. Mit dem Fortfall der entbehrlich werdenden Anlagen der Stettiner, Lehrter, Potsdamer, Anhalter und Görlitzer Kopfbahnhöfe einschließlich entsprechender Gleisstrecken würde umfangreicher Geländegewinn zu verzeichnen sein, der zur Verbesserung der Stadtanlage und zur Verminderung der Baukosten verwertet werden könnte. Die Bahnhofshallen und Empfangsgebäude können nach entsprechendem Ausbau anderen, auch öffentlichen Zwecken dienstbar gemacht werden, z. B. als Schwimm-, Sport- und auch Markthallen mit Bahnanschluß. Für die Verbindung von Nord- und Südbahnhof dürfte es genügen, wenn Fern- und Stadt- einschließlich Wannseebahn mit je zwei Gleisen durchgeführt werden, wobei die Lichterfelder und Zossener Vorortbahn auf dem Südbahnhof mit Kopfbahnsteigen endigen könnten. Es kommt also ein viergleisiger Ausbau in Frage. Der Südbahnhof ist in der Höhe des Hochbahnhofes Gleisdreieck zwischen den Hochbahnstrecken Gleisdreieck-Kurfürstenstraße und Gleisdreieck-Bülow mit Front des westlich vorgelagerten Empfangsgebäudes zur Achse der Kurfürstenstraße vorgesehen. Die Fernhalle hat zwei Durchgangsbahnsteige, je einen mit zwei Gleisen für die Richtung nach Norden und Süden. Die Stadt- und Vorortbahnhalle hat drei Bahnsteige: zwei Durchgangsbahnsteige mit je zwei Gleisen für die Stadt- und Wannseebahn und einen Kopfbahnsteig für Vorortbahnen nach Lichterfelde und Zossen. Nördlich des Bahnhofs vor dem Schöneberger Ufer vereinigen sich je zwei Durchgangsgleise zu einem Gleis, so daß vier Gleise durchzuführen sind. Dies geschieht zunächst in schräger Längsrichtung über den Landwehrkanal bis zur Ecke Augusta- und Linkstraße, von da in der Diagonale durch den Häuserblock Eichhorn-, Linl-, Augusta- und Potsdamer Straße. Und zwar liegt die Straße vom Schöneberger Ufer bis zur Potsdamer Ecke Eichhornstraße, von wo sie unterirdisch zur Margaretenstraße verläuft.

Die Schellingstraße wird mit neuer Randbebauung in der Weise geschwenkt, daß zu beiden Seiten der Bahnrampe 1 : 40 je eine Straße geschaffen wird. Von der Potsdamer Straße werden die Gleise der Untergrundbahn im Zuge von Margaretenstraße, Viktoriastraße, Siegesallee, Platz der Republik und Alsenstraße unter der Spree zum Nordbahnhof geführt.

Die Lehrerbesoldung.

In einer stark besuchten Versammlung des Berliner Rektoren-Verbandes, in welcher Abgeordnete aller Parteien, auch der SPD. (Rickers und Traudt) zugegen waren, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 25. Februar 1927 in den Bismarcksälen tagende außerordentlich stark besuchte Versammlung des Berliner Rektoren-Vereins erhebt mit tiefster Empörung einmütig Einspruch gegen die durch nichts gerechtfertigte Ausschließung der Volksschullehrerschaft bei der sogenannten kleinen

HALPAUS-RARITÄT
№ 200
der weisse Rabe unter den 4 Pfg. Cigaretten.
Warum?
Weil gerade Der, der mit dem einzelnen Pfennig rechnen muss, Etwas Besonderes bekommt.
HALPAUS
RARITÄT
№ 200
ist die meistgerauchte, weil weitaus beste 4 Pfg. Cigarette Deutschlands.

Besoldungsreform. Nachdem Tausenden von Beamten im laufenden Haushaltsjahr ein Härteausgleich zugebilligt ist, fordert sie aus Gründen der Gerechtigkeit, der Staats- und der Schulpolitik, daß die Novelle zum Volksschuldiensteinkommen-Besoldungsgesetz, wie sie im Juli 1926 vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorgelegt worden ist, sogleich durchgeführt und damit jahrelang erduldetes schweres Unrecht endlich beseitigt wird."

Die Reform der Wohlfahrtsverwaltung.

Im Rahmen der vom Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt veranstalteten Vortragsabende sprach Gen. Dr. Hamburger über das oben angegebene Thema. Die Reform der Wohlfahrtsverwaltung ist ein Teilproblem der Reform der Verwaltung. Die Reform der Wohlfahrtsverwaltung ist für uns verbunden mit unserem Streben nach Demokratisierung der Verwaltung in sachlicher und personeller Beziehung. Sie ist für uns auch eine Rationalisierung zur Herbeiführung der zweckmäßigsten Art, mit geringstem Aufwand größte Ergebnisse zu erzielen. Keine Verwaltung läuft so leicht Gefahr, wie die Wohlfahrtsverwaltung, mit einem unwirtschaftlichen Aufwand zu arbeiten, der dem Zwecke einen Teil der für ihn in Aussicht genommenen Leistungen entzieht. Die Unfertigkeit der Reichsorganisation hat sich auch in der Wohlfahrtsverwaltung ausgewirkt. Dem Reiche steht lediglich die Wohlfahrtsgesetzgebung zu, während die Wohlfahrtsverwaltung Sache der Länder und Gemeinden ist. Die klare Scheidung ist allerdings dadurch verwischt, daß das Reich in mehreren seiner Haushaltspläne, dem Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium Mittel für Wohlfahrtszwecke eingesetzt hat. Werden solche Mittel in den Gesetzentwurf mit aufgenommen, dann entstehen auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege für das Reich Verwaltungsaufgaben und damit Doppelarbeiten. Die Beteiligung an den Wohlfahrtsarbeiten des Reiches muß mit einem Finanzausgleich, der den Aufgaben der Länder und Gemeinden gerecht wird, verschwinden. Die Art der Verwendung der Mittel durch das Reich läßt darauf schließen, daß die Reichsbureaukratie mit der Einstellung dieser Mittel in den Etat politische Sonderziele verfolgt. Die Verwendung der Mittel muß den Ländern überlassen bleiben, denen nach einem bestimmten Schlüssel die Gelder zugeteilt werden. Das Reich bemüht sich sogar, eigene Reichssiedlungsbehörden zu schaffen. Ueberall in den Reichsinstanzen tritt deutlich das Bestreben zutage, neben dem Behördenapparat der Länder noch einen eigenen aufzuziehen. Das Reichsarbeitsministerium ist sogar soweit gegangen, sich zur Verteilung seiner Mittel besonderer Organisationen der privaten Fürsorgevereine zu bedienen, ohne daß die Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfahren, wohin die Gelder im einzelnen fließen. Alle Reibungen und Doppelzuständigkeiten führen zu Doppelunterstützungen, vor allem aber zu einer Schwächung der Wirkungsmöglichkeiten und des Ansehens der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Nicht nur zwischen Reich und Ländern, sogar in den Ländern selbst ergeben sich immer wieder Doppelzuständigkeiten. So üben in Preußen der Minister für Volkswohlfahrt, des Innern und für Handel und Gewerbe die staatliche und Selbstverwaltungs-Wohlfahrtspflege aus. Die staatliche und Selbstverwaltung in Preußen verlaufen in zwei getrennten Strömen zwischen der Kreisinstanz und der Staatsleitung und die Funktionen der staatlichen Mittelinstanz verteilen sich abermals auf zwei Behörden, die Oberpräsidenten und die Regierungen. Dadurch sind in der Wohlfahrts- und Jugendpflege eine Reihe von überflüssigen und kostspieligen Behördenapparaten eingeschaltet. Die Tatsache, daß Bezirksfürsorge-, Landesfürsorgeverbände, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Wohlfahrts- und Innenministerium Fonds zur Verteilung von Wohlfahrtsunterstützung erhalten, zu denen das Reichsarbeits- und Reichsinnenministerium Mittel zuschießen können, schafft ein starkes Durcheinander in der Finanzierungsfrage.

Diese Zustände können allein geändert werden durch die Verwirklichung des Reichsgedankens, der Einordnung der Länder als Reichsprovinzen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, ist vor allem wichtig, die Selbstverwaltung der Provinzen zu stärken. Die Reform der Wohlfahrtsverwaltung vom Reich bis zur Gemeinde unter diesem Gesichtspunkt muß unser Ziel sein: Eingestellt auf die stärkste Herausarbeitung der Reichseinheit, die politisch brauchbare Lösung des Verhältnisses von Reich und Ländern. Sie muß sich stets bewußt bleiben, daß sie auf ein Minimum an Aufwand beschränkt sein muß, um ein Maximum von Ergebnissen zu erzielen. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Pflege der Wohlfahrt zu dienen und muß diesem Zweck ihre Form anpassen.

Niedergelegte Stadtverordnetenmandate.

Ein Oberverwaltungsgerichtsentscheid.

Die Stadtverordnetenversammlung in Wansleben setzte sich aus 15 Mitgliedern zusammen, von welchen 8 dem Rechtsblock, 3 der unpolitischen Liste und 4 den Sozialdemokraten angehörten. Für die Stadtverordnetenversammlung besteht seit 1919 eine Geschäftsordnung, wonach die Stadtverordnetenversammlung nur beschlußfähig ist, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

Um die Auflösung durch andauernde Beschlußunfähigkeit zu erzwingen, hatten verschiedene Stadtverordnete ihr Mandat niedergelegt. Als sich aber herausstellte, daß die Bestimmung der Geschäftsordnung in § 12 hinsichtlich der Beschlußunfähigkeit der Städteordnung widerspreche, widerriefen die betreffenden Stadtverordneten ihre Niederlegungserklärung. Der Regierungspräsident erließ einen Bescheid, wonach der Minister entschieden habe, daß § 12 der Geschäftsordnung unwirksam sei; die Vorschrift der Städteordnung, daß zur Beschlußfähigkeit mehr als die Hälfte aller Mitglieder anwesend sein müssen, könne nicht abgeändert werden. Was die Erklärung über die Mandatsniederlegung anlange, so habe der Minister entschieden, daß sie unwiderruflich sei. Die betroffenen Stadtverordneten seien nicht mehr berechtigt, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilzunehmen. Nunmehr erhoben P. und Genossen Klage beim Bezirksausschuß mit dem Antrage, den Bescheid des Regierungspräsidenten aufzuheben, da die Niederlegung der Mandate nur in der Annahme der Rechtswirksamkeit des § 12 der Geschäftsordnung erfolgt sei; für den einzelnen Stadtverordneten bestehe keine Veranlassung, die Gültigkeit der Geschäftsordnung anzuzweifeln. Der Bezirksausschuß wies aber die von P. und Genossen erhobene Klage als unzulässig ab und betonte, das Verwaltungsstreitverfahren finde nach § 54 (2) des Landesverwaltungsgesetzes nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen statt. Bei der angegriffenen Verfügung handelt es sich nicht um einen mit Rechtsmitteln angreifbaren Bescheid, sondern um eine Rechtsauskunft; die Feststellung der Listennachfolger unterlag der Entscheidung des Gemeindevorstandes, gegen welche Einspruch und Klage erhoben werden könnte. Dieses Urteil griffen P. und Genossen mit der Berufung beim Oberverwaltungsgericht an und behaupteten, es handle sich um mehr als eine Rechtsauskunft; der Magistrat habe auf Veranlassung des Regierungspräsidenten nichts unternehmen dürfen, bis der Minister entschieden habe. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte aber die Entscheidung des Bezirksausschusses als zutreffend und führte u. a. aus, der Vorderrichter habe die Klage mit Recht wegen Unzulässigkeit abgewiesen. Die Verwaltungsgerichte haben die Pflicht, ihre Zuständigkeit zu prüfen. Nach den Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes greife das Verwaltungsstreitverfahren nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen Platz. Es gebe kein Gesetz, das das Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfügungen des Regierungspräsidenten der in Rede stehenden Art zulasse.

Ständige Abnahme der Pferde in Berlin.

Die Viehzählung in Berlin vom 1. Dezember 1926 hat ergeben, daß die Zahl der Pferde im vergangenen Jahre um 1406 oder 3,1 Proz. zurückgegangen ist. Immerhin sind noch 44 528 dieser treuen Tiere vorhanden. Der Verkehr mit automatisch angetriebenen Fahrzeugen aller Art ist in ständigem Steigen begriffen. So hat die Reichspost die Umstellung des Pferdebetriebes in einen Kraftwagenbetrieb jetzt vollendet und die letzten Pferde abgeschafft. Die schon 1925 beobachtete Verringerung der Zahl der Reit- und Luxuspferde ist im letzten Jahre weiter fortgeschritten, ebenso die der Rennpferde. Auch die Spediteure und andere Firmen haben ihren Bestand an Pferden verkleinert. Bei der Entwicklung, die der Autoverkehr in unserer Stadt nimmt, wirken die viel langsamer fahrenden Pferdegeschirre oft geradezu als ein Hindernis. Oft halten die schwerbeladenen Lastwagen, die wegen anderer stillstehender Wagen oder sonstiger Hindernisse nach der Mitte der Straße ausbiegen müssen und sich nun langsam auf den Gleisen der Straßenbahn weiter bewegen, den ganzen Verkehr auf. Auf der anderen Seite ist die Frage, ob der Kraftwagenbetrieb in jedem Falle billiger und zweckmäßiger ist, durchaus noch nicht endgültig entschieden. Die bisher nach dieser Richtung angestellten Untersuchungen scheinen zu dem Ergebnis zu führen, daß der Autobetrieb auf längere Strecken unbedingt das Billigere ist. Dagegen sind die Pferdegespanne zweckmäßiger bei kurzen Strecken, wie z. B. bei der Müllabfuhr, bei der der Wagen immer nur um einige Häuser weiter fortbewegt wird. Bei der städtischen Müllabfuhr werden zurzeit Versuche mit den verschiedenen Systemen gemacht. Das oben Gesagte gilt besonders für die Verbrennungsmotoren, dagegen dürften sich elektrisch angetriebene Kraftwagen auch bei kürzeren Strecken und häufigerem Halten und Anrücken bewähren. Die Spreng- und Kehrmaschinen der städtischen Straßenreinigung werden mit elektrischer Kraft angetrieben, und ihre Verwendung hat sich im ganzen bewährt. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß das Straßenbild Berlins das Pferd noch lange Zeit neben dem Auto zeigen wird.

Eine neuzeitliche Hausfrauenschule eröffnet der Hausfrauenverein Tempelhof-Mariendorf, e. V. Anfang April im Henriettenhaus Marienfelde, Kolonie Marienfelde, die dicht am Bahnhof gelegen ist oder mit der Straßenbahn 199 in 15 Minuten von Tempelhof erreicht werden kann. Die Schule bezweckt die Vertiefung der hauswirtschaftlichen Kenntnisse für Angehörige aller Kreise. Vorgesehen sind neben Vollkursen auch Einzelkurse, die je nach Bedarf vormittags, nachmittags oder abends stattfinden sollen. Anfragen sind vorläufig an Frau Michels, Berlin-Neutempelhof, Hohenzollernkorso 11, zu richten.

Gewinn-Auszug

5. Klasse 28. Preußisch-Süddeutsche (254. Preuß.) Klassenlotterie

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

20. Ziehungstag — 3. März 1927, nachmittags

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

4 Gewinne zu je 10000 Mk. 177042 313438
4 Gewinne zu je 5000 Mk. 133191 303674
8 Gewinne zu je 3000 Mk. 97940 118084 303636 312728
10 Gewinne zu je 2000 Mk. 74549 131948 201269 226930 329624
34 Gewinne zu je 1000 Mk. 36117 41624 47832 52679 53872
73679 94095 113075 133016 164404 172388 203928 236306 285082
292388 297682 316547
78 Gewinne zu je 500 Mk. 5526 25606 29643 32545 34096 43670
46290 52716 56762 66708 78521 82402 82745 101747 106072
110176 110735 115782 129087 135656 156614 164363 180993
181536 204166 208798 212909 221813 223679 243175 246965
272762 276487 283584 306062 309717 325569 337787 337916
204 Gewinne zu je 300 Mk. 2132 8825 9358 13743 14240 17200
21317 29067 34081 38707 42932 44291 50557 52708 56951 58850
63385 72942 76324 98369 99606 105844 106797 109127 113753
118994 121024 122255 127862 129340 129538 133609 138527
138949 143339 147758 152104 161683 162004 163843 165990
167272 168239 168269 168639 169683 174435 175678 176296
186103 189577 193740 196877 197291 197603 204093 210150
210617 210887 211293 212020 213270 215168 222431 224638
234845 241178 248094 248240 251494 257908 258514 260604
262025 267782 268684 273006 285610 287704 288630 289473
292417 293718 294608 300867 308379 312960 313034 313284
313430 315202 321061 323534 324294 328609 332449 333059
336004 336996 338454 340068 340029

21. Ziehungstag — 4. März 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 10000 Mk. 159203
4 Gewinne zu je 5000 Mk. 40087 141588
6 Gewinne zu je 3000 Mk. 68707 216577 324711
42 Gewinne zu je 2000 Mk. 26991 30477 46662 78065 105585
130417 133031 146002 161828 180045 189076 192175 208302
210414 271797 284049 287940 289741 308741 316471 335678
14 Gewinne zu je 1000 Mk. 8578 41846 95303 104608 146223
288894 327203
78 Gewinne zu je 500 Mk. 6170 38841 48660 54699 56131 67496
78567 90986 92962 93536 118104 120098 130022 138344 139081
147445 151063 156304 175044 181285 184109 209106 218078
226428 226831 237856 237884 253306 254873 279434 279628
300779 304483 306488 309283 315959 324516 328618 344706
222 Gewinne zu je 300 Mk. 4789 9659 11147 11994 22238 28202
34547 35636 35798 38643 43106 44230 46173 46926 51533 61627
62562 65320 66714 68257 69191 80782 82199 91347 95160 100729
105772 114475 116217 118249 118367 119945 121901 123685
125579 127174 129595 130094 139183 139239 143204 143519
146970 150024 150554 158348 164827 165162 165998 168923
169378 171009 171974 176443 178540 178953 179664 183536
184116 187248 190384 192956 193307 197331 199547 209680
210496 212046 214003 214884 219645 223236 223370 224421
227694 229753 230987 232763 233999 236194 237187 245646
245678 253929 253538 257957 280718 280721 282769 282851
300136 302501 307379 309113 309338 309876 316075 317206
317464 319654 321321 322737 322776 333782 334575 334732
343327 343660 346258 349035 349496

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 8 U.: Royal Palace, Meister Petros Puppenspiele
Schauspielhaus 7 Uhr: Andacht zum Kreuz
Schiller-Theater 8 Uhr: Journalisten

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Zauberflöte Abonn.-Turnus III.

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 Uhr Bonaparte von Fritz von Unruh Regie: Gustav Hartung Montag, den 7. März Neidhardt v. Gneisenau

Kammerspiele Norden 10334—37 8 Uhr Die Gefangene von Bourdet Regie: Max Reinhardt

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr: Zirkusprinzessin

Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8¼ Uhr: Die Perle von Tristan Bernard Regie: Ferdinand Lorenz Heute Nachtvorstellung 11 Uhr: Rasch ein Kind

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 Uhr: Max Adalbert in „Müllers"

Thalia-Theater 8 Uhr: Der mutige Seefahrer

SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr: Rastelli und die übrigen Sensationen! Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstellungen 3½ und 8 Uhr. 3½ zu ermäßigt. Preisend. ganze Programm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Täglich 8 Uhr: Traumspiel Morgen 3 Uhr: Traumspiel 3 Uhr: Volpone
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Das Grabmal des unbekannten Soldaten.

Komische Oper Allabendlich 8¼ Uhr: Sünden der Welt Die weltstädtische James-Klein-Revue Sonntags nachm. 1 Kind frei bei halben Preisen.

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger Das wundervolle März-Programm! Nachmittags: halbe Preise, volles Programm! Dönhoff-Brettl Varieté, Konzert, Tanz.

CASINO-THEATER 8 Uhr: Das erste Volksstück in dieser Spielzeit Familie Habenichts! Ausschneiden: Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Th. Königgrätz. St. Hasenheide 2110 8 Uhr: Die treue Nymphe Elisabeth Bergner
Komödienhaus Norden 6394 8 Uhr: Dover — Calais

Walhalla-Theat. Täglich 8½: Nur noch wenige Tage! Sonntag 4½ u. 8½: Es war einmal in Heidelberg Vorzeiger dies. zahlen für Park. 60 Pf. Sonntag, nchm. 3 U. Struwwelpeter

Rose-Theater 4 Uhr: Rotkäppchen 8¼ Uhr: Das Mädchen von der Landstrasse

Dts. Künstler-Th. 8 Der Zarewitsch
Lessing-Theater 8 U.: Der Patriot

Lustspielhaus 8¼ Uhr: Hurra — ein Junge

Wallner-Theater 8¼ Der Schlager 8¼ Das blonde Wunder Sonntag 3½: Raub d. Sabinerinnen.

Haller-Revue Theater im Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr An u. aus 2 Sonntagsvorstellungen 2 3 u. 8¼ Uhr: Nachm. die ganze Vorstellung zu halben Preisen!

Circus Carl Hagenbeck Berlins! Sehenswürdigkeit Letzter Monat!

Trianon-Theater 8¼ Uhr: Absteigequartier Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der blonde Zigeuner

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität Conrad Müller Schkeuditz-Leipzig

Inserieren bringt ERFOLG

Erik Charell bringt im Grossen Schauspielhaus tägl. 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr ungekürzt zu erm. Preisen
Wie einst im Mai
von Bernauer und Schanzer. Musik: Walter Kollo mit Alfred Braun / Camilla Spira Donera, Sobiscinski, Held, Plessow, Margarete Kupfer, Wilhelm Bendow, Paul Westermeier, Döblin, v. Ledebur, Pittschau, v. Wolowsky u. a. Jon Parkers Jazzorchester, New-York
Der Reinertrag wird der Funkstunde A.-G. für „Künstler in Not" zugeführt.

8 Uhr Winter Varieté Garten Rauchen gestattet
Powers Tanz-Elefanten jetzt WINTERGARTEN im März-Spielplan: Ferner: Prof. Wiesenthal / Klara Karry in ihren Vorträgen. 10 internationale Kunstkräfte 10 Sbds. 3.30: Ermäß. Preise

Wasserwellen-Wettbewerb der Fachabteilung der Damenfriseure des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Berlin morgen, Sonntag, 6 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35 (Eingang Rochstraße)
22 Wasserweller aus 11 Verbandsorten beteiligen sich am Wettbewerb um den Verbandsschild.
Das Preisgericht bilden die Herren Baumgärtner, Bromberger, Kluczník, Lorbeer und Vörte.
Eintrittspreis 1.50 M. Anschließend Tanz.

SARRASANI NEUE AUTOHALLE KAISERDAMM Täglich 7.30. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr, Kinder halbe Preise

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Montag, den 7. März, nachm. 5½ Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung in den „Germania-Prachtsälen", Chausseestr. 110.
Tagesordnung
Berichterstattung von den Lohn- und Tarifverhandlungen.
Teilnehmer an der Generalversammlung sind neben den Bezirksdelegierten die im § 7 der Satzungen genannten Funktionäre.
Laut Beschluß des Verbandsvorstandes ist der Extrabeitrag von 50 Pfg. nur bis zum 5. März d. Js. zu bezahlen, sobald vom genannten Tage ab der Beitrag wiederum 1,60 Mk. beträgt.
Der Gauvorstand.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6393.

Bettenverkauf! Neue 9,75! 15,—! Prachtbetten 22,50! 27,50! Bettwäsche! Steppdecken! Tülldecken! Inlett! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Wenig getragene Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Taillenmäntel, Gehröcke 40,—, Wolfspelze 10,—, Skunkskragen, sämtliche Pelzarten spottbillig. Leihhaus, Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiter Weg lohnend. Lothringerstraße 58, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Monatsgarderoben allerbilligst. Müllerstraße 25 (Gesundbrunnen).

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Müller, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Metallbettstellen, Matratzen, Chaiselongues, Klappwagen, zurückgesetzte Gelegenheitsware. Neugebauer, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 66.

Waffenposten. Nußbaumbüfetts, Kredenzen, Schreibtische, Salonmöbel. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Musikinstrumente

Pianos, auch ohne Anzahlung. Brunnenstraße 51, Laden.

Fahrräder

Teilzahlung! Riesenauswahl! Diamanträder, Görickeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittlerräder, Monopolräder, hochmoderne, bildschöne Rennmaschinen, entzückende, schnellaufende Straßenrenner. Fünfjährige Garantie, kaufzwangloser Lagerbesuch erbeten. Fahrradrahmen 20,—, Kaffräder 45,—. Schlawe, Weinmeisterstraße elf.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Verkäufe

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Wall, Große Frankfurter Straße 47.

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte preiswert. Georg Wagner, Köpenickerstraße nur 71, Hof. Kein Laden, dafür billigere Preise.

Zwei Teppiche, gebrauchte 200/300 38,— und 250/350 59,—. Einzelstücke mit kleinen Webfehlern 50 Prozent unter Preis. Fabrikteppich-Verkauf Friedrichstraße Nr. 205, Ecke Zimmerstraße. Zahlungsentgegenkommen ohne Aufschlag.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Gabardine-Paletots, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Ulsterman-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Salpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20 (Adalbertstraße).

Vermietungen

Mietgesuche

Leerzimmer, eventuell Wohnung, sucht Heppner, Wattstraße 17.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Händler finden guten Verdienst durch Verkauf meiner Eukalyptus- und Wacholderbonbons, Pfefferminz, Wacholder- und Malzextrakt, Fichtennadelpräparate, Seifen und anderer Spezialitäten. Preisliste umsonst von Willi Schulze, Olbernhau in Sachsen 27.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Perfekte Monteure für Kälteanlagen sofort gesucht. Kupferschmiede und Rohrleger bevorzugt. Aka G. m. b. H. Baumschulenweg, Kiefholzstraße 176/178